



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

STATISTIKEN

Daten & Analysen

Die Quartalspublikation *Statistiken – Daten & Analysen* fokussiert ihre Berichte auf die österreichischen Finanzinstitutionen, Finanzströme und Außenwirtschaft.

Medieninhaberin und Herausgeberin Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
statistik.hotline@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-5555
Fax (+43-1) 40420-04-5499

Schriftleitung Johannes Turner, Gerhard Winkler, Michael Pfeiffer
Koordination Patrick Thienel
Redaktion Brigitte Alizadeh-Gruber
Grafische Gestaltung Abteilung Informationsmanagement und Services
Layout und Satz Walter Grosser, Melanie Schuhmacher, Andreas Kullerschitz
Druck und Herstellung Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

DVR 0031577

ISSN 2310-5364 (Online)

© Oesterreichische Nationalbank, 2016. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/028/024



Inhalt

Editorial

Kurzberichte

Entwicklung inländischer Investmentzertifikate im ersten Halbjahr 2016
aus Sicht der Gläubiger (ohne Fonds-in-Fonds-Investitionen) 8

Bianca Ullly

Geldvermögensbildung und Finanzierung des privaten Sektors
im zweiten Quartal 2016 11

Stefan Wiesinger

Entwicklung der Insolvenzen bis zum ersten Halbjahr 2016 15

Elizabeth Bachmann

Analysen

Executive Summaries/Übersicht 20

Positives Halbjahresergebnis für österreichische Kreditinstitute –
Kredite, Einlagen und Zinssätze österreichischer Finanzinstitute
im ersten Halbjahr 2016 22

Martin Bartmann, Stefan Kinschner, Birgit Hebesberger, Elizabeth Bachmann

Auswirkungen der Geldpolitik – Banken sehen weitere Zinssenkungen bei Krediten
und zunehmende Belastung ihrer Ertragslage – Österreich-Ergebnisse der
euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom Oktober 2016 29

Gerald Hubmann

Wertpapieremissionen stagnieren weiterhin –
Emissionen am Anleihe- und Aktienmarkt im ersten Halbjahr 2016 38

Andrea Fenzl

Der KMU-Faktor: Einfluss auf das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko
von Risikopositionen gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen und
Abbildung im aufsichtsstatistischen Meldewesen 44

Stefan Kinschner, Christoph Leitner

Zahlungsbilanz – Entwicklungen im ersten Halbjahr 2016 51

Thomas Cernohous, Bianca Ullly, Patricia Walter

Daten	
Tabellenübersicht	58
1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	59
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	60
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	61
4 Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	62
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	63
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	64
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	65
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	66
9 Sonstige Finanzintermediäre	67
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	68
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	69
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	70
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	71
14 Direktinvestitionen	72

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Im einleitenden Überblicksartikel von *Statistiken – Daten & Analysen* zu den österreichischen Finanzinstituten stellen Martin Bartmann, Stefan Kinschner, Birgit Hebesberger und Elizabeth Bachmann die Entwicklung des konsolidierten Periodenergebnisses der österreichischen Kreditinstitute im 1. Halbjahr 2016 dar. Weiters analysieren die Autoren das Kredit- bzw. Einlagenwachstum österreichischer Nichtbanken mit Stand August 2016 sowie das entsprechende Zinssatzniveau.

Wie gewohnt werden Ihnen die aktuellsten Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft von Gerald Hubmann präsentiert. Hier werden sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite der Kreditvergabe sowie die Refinanzierungssituation näher beleuchtet.

Andrea Fenzal berichtet über die – derzeit stagnierende – Jahreswachstumsrate des Anleiheumlaufs österreichischer Emittenten. Dabei analysiert sie die Emissionen aller Sektoren, wie z. B. Bankensektor, öffentlicher Sektor und nichtfinanzielle Unternehmen, im Detail. Gleichzeitig wird auch geklärt, welche Auswirkung die Laufzeit auf die Nachfrage nach Emissionen hat.

In ihrem Beitrag geben Stefan Kinschner und Christoph Leitner einen Überblick über die generelle Berechnung des Eigenmittelerfordernisses der Banken für das Kreditrisiko von Risikopositionen gegenüber KMUs und analysiert den Einfluss verschiedener Faktoren (wie dem KMU-Faktor) auf das Risikogewicht.

Im Anschluss analysieren Thomas Cernohous, Bianca Ullly und Patricia Walter die aktuellen Daten zur österreichischen Zahlungsbilanz. Ihr Fokus liegt dabei auf der Identifikation der Treiber des gegenwärtigen hohen Leistungsbilanzüberschusses sowie der üblichen Revision, mit der aktuellen Informationen Rechnung getragen wird.

Kurzberichte sowie eine Kurzauswahl von 14 Tabellen ergänzen das vorliegende Heft. Auf unserer Website steht Ihnen unter <http://statistik.oenb.at> ein umfassendes Datenangebot zur Verfügung. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf folgende Links aufmerksam machen:

Standardisierte Tabellen: <http://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html>

Benutzerdefinierte Tabellen:

<http://www.oenb.at/isaweb/dynal.do?lang=DE&go=initHierarchie>

Veröffentlichungskalender: <http://www.oenb.at/isaweb/releasehierarchie.do?lang=DE>

Seit November 2011 steht Ihnen das umfangreiche OeNB-Statistikangebot für Smartphones und <http://app.oenb.at> präsentiert.

Sollten Sie Fragen zum Datenangebot der OeNB haben, wenden Sie sich bitte an unsere Statistik-Hotline, +43-1-40420-5555 oder statistik.hotline@oenb.at.

Wenn Sie per E-Mail über Neuerscheinungen informiert werden möchten, bitten wir Sie, sich unter www.oenb.at/Service/Newsletter.html zu registrieren.

Johannes Turner
Gerhard Winkler
Michael Pfeiffer

Kurzberichte

Entwicklung inländischer Investmentzertifikate im ersten Halbjahr 2016 aus Sicht der Gläubiger (ohne Fonds-in-Fonds-Investitionen)

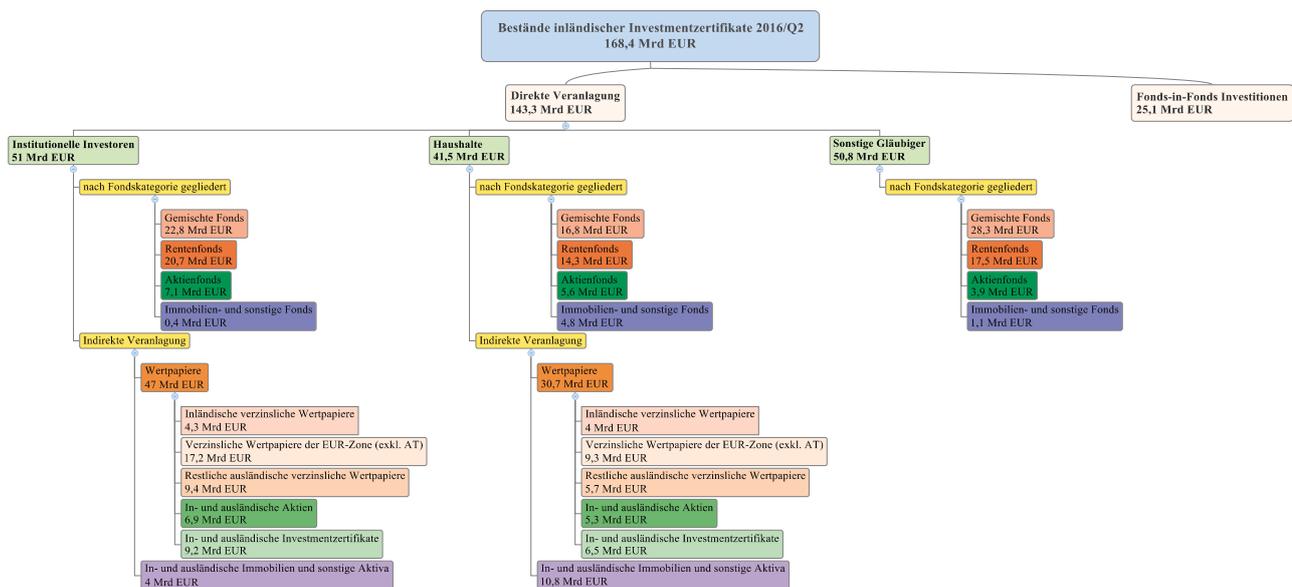
Bianca Ullly¹

1 Seitwärtsbewegung bei inländischen Investmentzertifikaten

Die Bestände inländischer Investmentzertifikate betragen Ende Juni 2016 insgesamt 168,4 Mrd EUR. Davon fielen 143,3 Mrd EUR auf direkte Veranlagung in inländische Investmentzertifikate sowie 25,1 Mrd EUR auf Fonds-in-Fonds-Investitionen.² Dieser Kurzbericht legt den Fokus auf direkte Veranlagung in inländische Investmentzertifikate, weshalb Fonds-in-Fonds Investitionen nicht näher beschrieben werden.

negative Auswirkungen auf die Aktienmärkte hatte, auf der anderen Seite sich die Anleihemärkte gut entwickelt haben. Inländische Aktienfonds mussten im Jänner 2016 die absolut und relativ gesehen höchsten Kursverluste in Höhe von 1,5 Mrd EUR bzw. $-8,4\%$ in Relation zum Endstand 2015 verzeichnen. Die negativen Bewertungseffekte der inländischen Investmentfonds in Summe fielen im Jänner 2016 mit $-2,8$ Mrd EUR (-2% in Relation zum Endstand 2015) hingegen moderat aus, da

Grafik 1



Quelle: OeNB.

Die Entwicklung inländischer Investmentzertifikate war im ersten Halbjahr 2016 durchwachsen, da auf der einen Seite besonders am Jahresanfang die Sorge um Chinas Konjunktur-entwicklung sowie der Ölpreisverfall

nur 12 % aller inländischen Investmentfonds reine Aktienfonds waren. Im Zeitraum Februar bis Juni 2016 konnten inländische Investmentfonds positive Bewertungseffekte in Höhe von 3,1 Mrd EUR ($+2,2\%$ in Relation zum

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken; bianca.ully@oenb.at

² Unter Fonds-in-Fonds-Investitionen versteht man die Bestände inländischer Investmentfonds an inländischen Investmentzertifikaten.

Endstand 2015) erzielen, da besonders Rentenfonds (+1,6 Mrd EUR bzw. +3%) sowie gemischte Fonds (+1,3 Mrd EUR bzw. +2%) im aktuellen Niedrigzinsumfeld von steigenden Anleihekursen profitierten. Somit erhöhten sich über das gesamte erste Halbjahr betrachtet die Bestände aufgrund der leicht positiven Kurswertveränderung (+0,4 Mrd EUR) und geringer Zukäufe (+0,2 Mrd EUR) minimal von 142,8 Mrd EUR Ende 2015 auf 143,3 Mrd EUR Ende Juni 2016 (+0,4%).

Inländische Investmentzertifikate spielen in Österreich als Pensions- und Zukunftsvorsorge eine bedeutende Rolle, weshalb die institutionellen Investoren³ sowie inländische Haushalte⁴ die Hauptinvestoren im Bereich dieses Finanzierungsinstruments darstellen. Die größte Gläubigergruppe inländischer Investmentzertifikate, die institutionellen Investoren, hatten Ende Juni 2016 Bestände in Höhe von 51 Mrd EUR im Portfolio. Das entsprach 36% aller Veranlagungen in inländische Investmentzertifikate. Die negativen Transaktionen dieses Sektors im ersten Halbjahr 2016 in Höhe von 0,3 Mrd EUR wurden durch positive Bewertungseffekte in Höhe von 0,4 Mrd EUR ausgeglichen. Institutionelle Investoren konzentrierten sich bei ihrer Veranlagung weiterhin auf gemischte Fonds sowie Rentenfonds mit einem Anteil von 45% bzw. 41% ihres Portfolios. Aktienfonds hingegen machten Ende Juni 2016 nur 14% des Fondsportfolios der institutionellen Investoren aus.

Unter Anwendung des Look-through-Ansatzes wird ersichtlich, dass institutionelle Investoren über ihre Bestände in inländischen Investmentfonds in in- und ausländische Wertpapiere im Wert von 47 Mrd EUR veranlagten (92% des Investmentfonds-Volumens der ins-

titutionellen Investoren). Die übrigen 4 Mrd EUR der Bestände inländischer institutioneller Investoren an inländischen Investmentfonds wurden von diesen auf andere Aktiva wie Immobilien sowie Cashbestände aufgeteilt. Die indirekten Veranlagungen der institutionellen Investoren konzentrierten sich im ersten Halbjahr 2016 großteils auf Anleihen: 66% aller Wertpapierinvestitionen (30,9 Mrd EUR) sind der Kategorie der verzinslichen Wertpapiere zuzuschreiben, hiervon waren 14% (4,3 Mrd EUR) inländische Emissionen sowie 56% (17,2 Mrd EUR) Emissionen innerhalb des Euroraums (exklusive Österreich). Besonders beliebt waren italienische (1,7 Mrd EUR), französische (1,6 Mrd EUR) und deutsche Staatsanleihen (1,6 Mrd EUR).

Inländische Haushalte tätigten als einzige Investorengruppe im ersten Halbjahr 2016 Nettozukäufe in Investmentfonds (+0,6 Mrd EUR). Diese Nettozukäufe sind auf das stetige Auslaufen inländischer Bankanleihen zurückzuführen, weshalb Haushalte – auf der Suche nach alternativen Wertpapierinvestments – vermehrt in inländische (und ausländische) Investmentfonds veranlagten. Innerhalb der inländischen Investmentfonds wurden am stärksten gemischte Fonds (+0,6 Mrd EUR) sowie Immobilienfonds (+0,4 Mrd EUR) zugekauft, während Rentenfonds im Ausmaß von 0,5 Mrd EUR verkauft wurden. Die Bestände der Haushalte an inländischen Investmentfonds betragen im Juni 2016 41,5 Mrd EUR. Das entsprach 29% aller Veranlagungen in inländischen Investmentfonds. Haushalte konnten im Gegensatz zu den institutionellen Investoren keine Bewertungsgewinne verzeichnen. Die Kursverluste im

³ Versicherungen, Pensionskassen sowie betriebliche Vorsorgekassen.

⁴ Private Haushalte sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck.

ersten Halbjahr betragen 0,2 Mrd EUR (−0,6 % in Relation zum Bestand 2015); hauptsächlich bedingt durch Kursverluste der Aktienfonds in Höhe von 0,4 Mrd EUR (−6,8 % in Relation zum Bestand der Aktienfondsveranlagung Ende 2015).

Indirekt über ihre Bestände an inländischen Investmentfonds veranlagten die Haushalte Ende Juni 2016 30,7 Mrd EUR in in- und ausländische Wertpapiere (74 % des Investmentfonds-Volumens der Haushalte). Die indirekten Wertpapierinvestitionen waren wie bei den institutionellen Investoren auf verzinsliche Wertpapiere konzentriert (18,9 Mrd EUR bzw. 62 % der indirekten Wertpapierveranlagungen). In dieser Kategorie waren besonders französische

Staatsanleihen (1,3 Mrd EUR) beliebt, gefolgt von italienischen und deutschen Staatsanleihen (je 1 Mrd EUR).

Die übrigen knapp 11 Mrd EUR der Bestände inländischer Haushalte an inländischen Investmentfonds wurden von diesen auf andere Aktiva wie Immobilien und Cashbestände aufgeteilt. Dieser hohe Anteil an Nicht-Wertpapierveranlagungen ist darauf zurückzuführen, dass Haushalte – besonders seit dem Immobilienboom – die stärkste Investorengruppe bei inländischen Immobilienfonds sind, mit Beständen in Höhe von 4,7 Mrd EUR Ende Juni 2016. Das entspricht 11 % der Investitionen der Haushalte in inländische Investmentfonds sowie drei Viertel des Volumens inländischer Immobilienfonds.

Geldvermögensbildung und Finanzierung des privaten Sektors im zweiten Quartal 2016¹

Nichtfinanzielle Unternehmen

Das Geldvermögen nichtfinanzieller Unternehmen in Österreich betrug im zweiten Quartal 2016 477,9 Mrd EUR. Verglichen mit dem zweiten Quartal des Vorjahres (464,8 Mrd EUR) bedeutet dies ein Wachstum von 2,8%. Beteiligungen³ spielten in der Vermögensstruktur nichtfinanzieller Unternehmen im zweiten Quartal 2016 die dominante Rolle. Mit 221,6 Mrd EUR entwickelte sich die Beteiligungsposition gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres (214,2 Mrd EUR) vor allem auf Grund neuer Investitionen (9,9 Mrd EUR) positiv. Durch ungünstige Marktentwicklungen und die daraus resultierenden Preiseffekte sowie Wechselkurseffekte reduzierte sich dieser Wert gleichzeitig um 2,5 Mrd EUR.

Die zweitwichtigste Aktivposition inländischer Unternehmen ist jene der vergebenen Kredite (119,3 Mrd EUR; 2015Q2: 120,7 Mrd EUR), wobei 54,5% aller Kreditforderungen im Inland bestehen und fast ausschließlich (96%) an andere inländische Unternehmen vergeben wurden. Diese finanzielle Kreditverflechtung innerhalb eines Sektors wird innersektorale Kreditforderung genannt und spielt vor allem bei konsolidierter Unternehmensanalyse eine wesentliche Rolle. Auf Grund vermehrter Rückzahlungen offener Forderungen sanken diese innersektoralen Kredite gegenüber dem zweiten Quartal 2015 transaktionsbedingt um 1,1 Mrd EUR.

Der heimische Unternehmenssektor baute in den letzten vier Quartalen mit knapp über 5,0 Mrd EUR Kapitalreser-

ven bei Banken in Form von Einlagen auf, für den Ultimo Juni 2016 lag der entsprechende Bestand bei 60,0 Mrd EUR. Verglichen mit dem Wert des zweiten Quartals 2015 (55,0 Mrd EUR) bedeutet dies eine Steigerung von 9,1% und verdeutlicht somit ein wachsendes Bedürfnis der Unternehmen, Sicherheiten aufzubauen. Die restlichen Posten des Finanzvermögens⁴ des Unternehmenssektors machten in Summe für das zweite Quartal 2016 76,9 Mrd EUR aus. Verglichen mit dem Vorjahreswert (74,9 Mrd EUR) bedeutet dies ein Wachstum von 2,6%.

Die gesamte Geldvermögensbildung nichtfinanzieller Unternehmen betrug für den gleitenden Jahreswert der letzten vier Quartale 16,2 Mrd EUR. Verglichen mit dem gleitenden Jahreswert des Vorjahres (13,0 Mrd EUR) ist eine klare Tendenz zu Investitionen in das Geldvermögen erkennbar (+24,6%). Die realwirtschaftliche Komponente der Investitionen des nichtfinanziellen Unternehmenssektors (Bruttoinvestitionen) zeigte im zweiten Quartal 2016 mit 47,9 Mrd EUR einen Wert, der lediglich um 3,5% über dem Vorjahresniveau von 46,3 Mrd EUR lag.

Der heimische Unternehmenssektor hatte im zweiten Quartal 2016 ausstehende Verbindlichkeiten in Höhe von 726,5 Mrd EUR. Verglichen mit dem Wert des Vorjahres (711,6 Mrd EUR) bedeutet dies ein Wachstum von 2,1%. Die Kapitalstruktur zeigt, dass die Verbindlichkeiten im zweiten Quartal 2016 mit 388,3 Mrd EUR mehrheitlich aus Fremdkapital (in unkonsolidierter⁵ Be-

Stefan Wiesinger²

¹ Redaktionsschluss: 19. Oktober 2016.

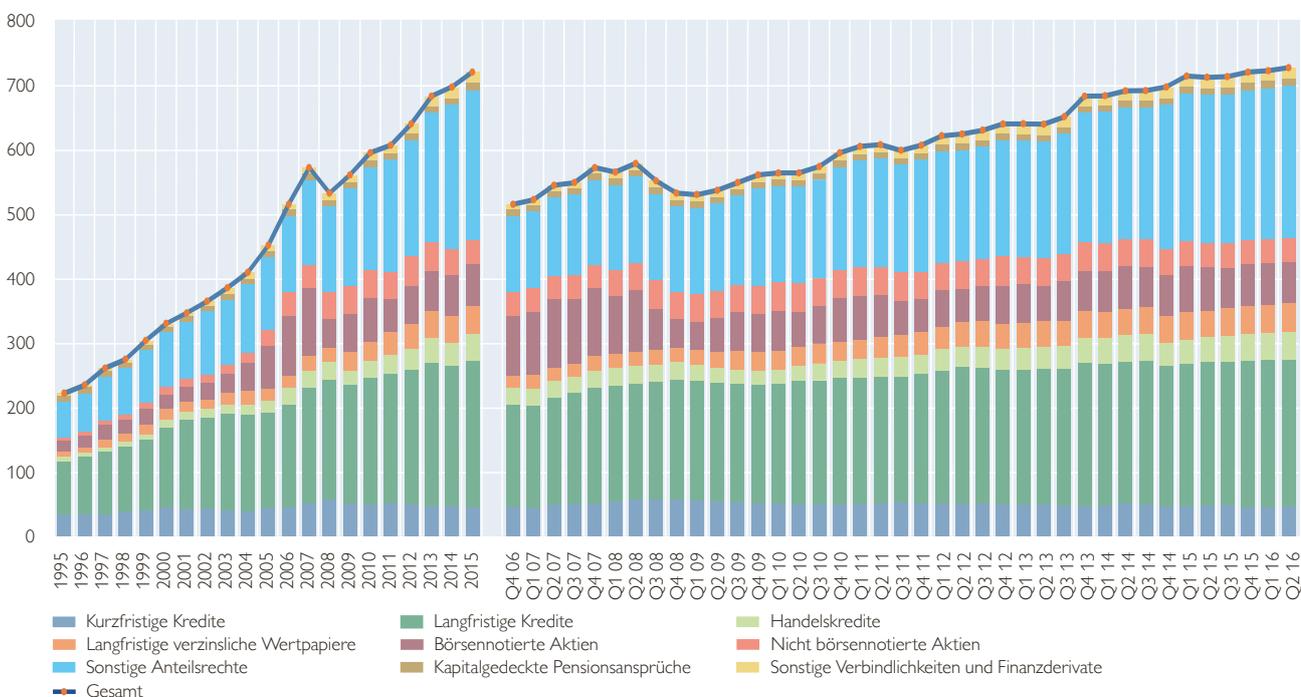
² Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, stefan.wiesinger@oenb.at.

³ Darin sind börsennotierte und nicht börsennotierte Aktien sowie sonstige Anteilsrechte enthalten.

⁴ Darunter fallen Bargeld, verzinsliche Wertpapiere, Handelskredite, Investmentzertifikate, Nicht-Lebensversicherungsansprüche sowie sonstige Forderungen und Finanzderivate.

Verpflichtungen der nichtfinanziellen Unternehmen in Österreich

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

trachtung) bestanden. Verpflichtungen nichtfinanzieller Unternehmen aus Anteilsrechten⁶ (Eigenkapital) standen mit 338,3 Mrd EUR zu Buche. Verglichen mit dem Wert des Vorjahres zeigt sich, dass die Bedeutung der Anteilsrechte auf der Passivseite der Unternehmensbilanz leicht an Bedeutung verloren hat. Während im zweiten Quartal 2015 noch 47,1 % Eigenkapitalanteil⁷ vorhanden war, sank dieser Wert bis zum aktuellen Rand auf 46,6 %. Grund dieser Entwicklung waren hauptsächlich fallende Kurse börsennotierter Aktien, die auf kumulierter Jahresbasis den Eigenkapitalwert um 3,7 Mrd EUR drückten.

Zwischen dem zweiten Quartal 2015 und dem zweiten Quartal 2016 stiegen die Kreditverbindlichkeiten von

270,1 Mrd EUR transaktionsbedingt auf 273,0 Mrd EUR (+1,1 %). Dabei spielte der österreichische Bankensektor eine besonders wichtige Rolle, da er als Gläubiger für mehr als die Hälfte dieser ausstehenden Kreditverbindlichkeiten (146,8 Mrd EUR) auftrat. Dynamischer entwickelten sich auf der Passivseite die verzinslichen Wertpapiere. Unternehmen finanzierten sich in den letzten vier Quartalen über Emissionen verzinslicher Wertpapiere in Höhe von 2,8 Mrd EUR. Auf Grund ungünstiger Marktentwicklungen stiegen die Verbindlichkeiten des Unternehmenssektors in Form dieser verzinslichen Wertpapiere um zusätzliche 0,5 Mrd EUR auf 44,1 Mrd EUR (2015Q2: 40,8 Mrd EUR). Die restlichen Posten⁸ des Fremd-

⁵ Dabei werden innersektorale Verbindlichkeiten hinzugerechnet.

⁶ Darunter fallen börsennotierte und nichtbörsennotierte Aktien sowie sonstige Anteilsrechte (GmbH Beteiligungen etc.)

⁷ Der Eigenkapitalanteil errechnet sich aus dem Verhältnis Anteilsrechte zu gesamten Verbindlichkeiten.

kapitals des Unternehmenssektors stiegen in den letzten vier Quartalen größtenteils transaktionsbedingt (4,3 Mrd EUR) auf einen Endwert von 71,2 Mrd EUR im zweiten Quartal 2016.

Österreichische nichtfinanzielle Unternehmen hatten im zweiten Quartal 2016 eine nicht konsolidierte Verschuldungsquote⁹ von 114,8 %, die leicht unter dem 3-Jahres-Durchschnitt (2013–2015) von 119,1 % lag. Die konsolidierte Verschuldungsquote betrug demgegenüber 108,9 % (3-Jahres-Durchschnitt 2013–2015: 116,8 %).

Haushalte

Der Wert der letzten vier Quartale für das verfügbare Einkommen des Haushaltssektors¹⁰ betrug im zweiten Quartal 2016 in Summe 194,9 Mrd EUR. Verglichen mit dem Wert des Vorjahres (189,8 Mrd EUR) bedeutet dies einen Zuwachs in Höhe von 2,7 %. Die Netto-Ersparnisbildung für den gleichen Zeitraum betrug 15,3 Mrd EUR (Vorjahreswert: 13,3 Mrd EUR). Die daraus resultierende Sparquote zeigt, dass der österreichische Haushaltssektor im zweiten Quartal 2016 auf kumulierter Jahresbasis mit 7,8 % über dem Vorjahreswert von 6,9 % lag.

Das Geldvermögen des Haushaltssektors betrug im zweiten Quartal 2016 622,8 Mrd EUR. Dies entspricht einer Steigerung von 1,4 % verglichen mit dem Vorjahreswert (614,5 Mrd EUR). Davon hatten private Haushalte im zweiten Quartal 2016 Geldvermögen in Höhe von 610,4 Mrd EUR und selbstständig Erwerbstätige, Einzelunternehmer sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck 12,4 Mrd EUR. Die Angaben in diesem Kurzbericht beziehen

sich in weiterer Folge auf die Vermögens- und Verschuldungswerte der privaten Haushalte.

Das Geldvermögen privater Haushalte wurde im zweiten Quartal 2016 durch traditionell sichere Veranlagungsformen dominiert. Jeder dritte Euro des Finanzvermögens österreichischer Haushalte lag in Form von Einlagen bei Banken. Mit Ultimo Juni 2016 waren dies 228,3 Mrd EUR. Verglichen mit dem Wert des Vorjahres (2015Q2: 219,8 Mrd EUR) bedeutet dies ein Wachstum von 3,8 %. Bei Betrachtung der Bindungsdauer zeigt sich ein anhaltender Trend der Umschichtung von gebundenen Einlagen zu sofort verfügbaren Einlagen. In den letzten vier Quartalen wurden 5,6 Mrd EUR von gebundenen Konten abgezogen und 14,1 Mrd EUR in täglich fälligen Einlagenkonten veranlagt. Anteilsrechte in Form von börsennotierten Aktien sowie Investmentzertifikate spielten im Portfolio österreichischer Haushalte mit 71,2 Mrd EUR eine deutlich weniger wichtige Rolle. Dabei verhielten sich Investmentzertifikate (52,1 Mrd EUR) zu börsennotierten Aktien (19,2 Mrd EUR) im Verhältnis von 3:1. Die Bestände der Haushalte von inländischen Investmentzertifikaten betragen im Juni 2016 41,5 Mrd EUR. Somit deckten österreichische Haushalte rund 29 % aller Veranlagungen durch inländische Investmentfonds (exklusive Fonds-in-Fonds-Investitionen) ab. Trotz ungünstiger Marktentwicklungen der letzten vier Quartale, als börsennotierte Aktien 1,3 Mrd EUR und Investmentzertifikate 2,1 Mrd EUR an Wert verloren, investierten österreichische Haushalte verstärkt in diese Wertpapiere (börsennotierte Aktien:

⁸ Darunter fallen Handelskredite, kapitalgedeckte Pensionsansprüche sowie Sonstige Verbindlichkeiten und Finanzderivate.

⁹ Die Verschuldungsquote ist die Relation von Fremdkapital zu Eigenkapital.

¹⁰ Private Haushalte einschließlich selbstständig Erwerbstätiger, Einzelunternehmer sowie privater Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Gewerkschaften, kirchliche Organisationen).

1,0 Mrd EUR; Investmentzertifikate: 2,8 Mrd EUR). Das stetige Auslaufen inländischer Bankanleihen bei gleichzeitig reduzierten Neuemissionen war einer der Gründe für den sinkenden Einfluss verzinslicher Wertpapiere im Portfolio der Haushalte. Wurden im zweiten Quartal 2015 noch 37,5 Mrd EUR gehalten, so sank dieser Wert bis zum zweiten Quartal 2016 transaktionsbedingt auf 35,5 Mrd EUR. Versicherungsansprüche sowie Pensionsansprüche¹¹ wiesen in den letzten vier Quartalen eine Abwärtsbewegung auf. Jeder fünfte Euro steckte in dieser Veranlagungsform, wobei der nominelle Wert gegenüber dem zweiten Quartal

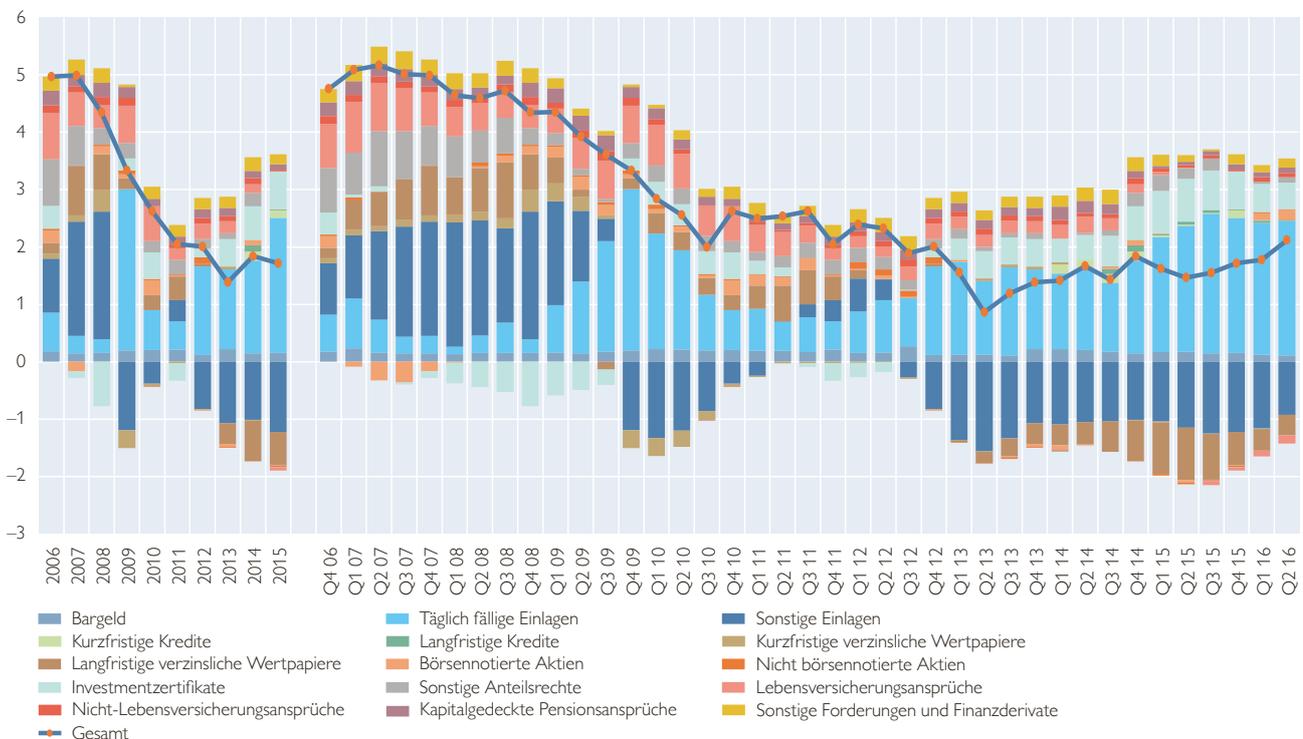
2015 (125,7 Mrd EUR) um 1,4% auf 123,9 Mrd EUR im zweiten Quartal 2016 sank. Die restlichen Bestandteile des Geldvermögens¹² privater Haushalte betragen im zweiten Quartal 2016 knapp 149,7 Mrd EUR.

Haushalte hatten zum Stichtag Ultimo Juni 2016 Verpflichtungen in Höhe von 175,2 Mrd EUR. Verglichen mit dem Wert des Vorjahres (172,3 Mrd EUR) bedeutet dies einen Anstieg von 1,7% (2,9 Mrd EUR). Traditionell dominant erscheinen bei der Kreditfinanzierung die Wohnbaukredite, die auf kumulierter Jahresbasis um knapp 3,5% (4,2 Mrd EUR) auf einen Stand im zweiten Quartal 2016 von 122,0 Mrd EUR anstiegen.

Grafik 2

Transaktionsbedingtes Jahreswachstum des Geldvermögens der Haushalte

kapitalgewichtete Anteile in %



Quelle: OeNB.

¹¹ Darunter fallen Lebensversicherungsansprüche, Nicht-Lebensversicherungsansprüche sowie kapitalgedeckte Pensionsansprüche.

¹² Darunter fallen Bargeld, Handelskredite, nicht börsennotierte Aktien, sonstige Anteilsrechte sowie sonstige Forderungen und Finanzderivate.

Entwicklung der Insolvenzen bis zum ersten Halbjahr 2016

Betrachtet man die Anzahl der neu eröffneten Unternehmensinsolvenzen, so lässt sich aus der Mehrzahl der in der OeNB zugänglichen Datenquellen ein Anstieg für das 1. Halbjahr 2016 ableiten. In diesem Zusammenhang berichten für diesen Zeitraum sowohl der Kreditschutzverband 1870 (KSV) über einen Zuwachs von +4,7% (2.652 betroffene Unternehmen), als auch der Alpenländische Kreditorenverband (AKV) über ein Plus von 2.830 betroffenen Unternehmen. Die OeNB-Datenbanken bestätigen dieses Bild und zeigen darüber hinaus einen Anstieg der Anzahl jener Neu-Insolvenzen, die über große Kreditengagements verfügen und somit im Zentralkreditregister (ZKR) erfasst werden. Im Ausblick deuten derzeit alle Datenquellen auf moderate Anstiege bei neuen Insolvenzen für das Gesamtjahr 2016 hin.

Zunahme von Unternehmensinsolvenzen auch in der 1. Jahreshälfte 2016

Bezogen auf die Anzahl der neu eröffneten Unternehmensinsolvenzen berichtet der KSV für das 1. Halbjahr 2016 über einen leichten Zuwachs in Höhe von +4,7% (2.652 betroffene Unternehmen).² Auch der AKV publiziert für das 1. Halbjahr 2016 einen

Anstieg bei neu eröffneten Unternehmensinsolvenzen von +9,6% (Anzahl der betroffenen Unternehmen: 2.830 Insolvenzfälle).³ Damit setzt sich der Trend steigender Insolvenzzahlen im 2. Halbjahr 2015 auch im 1. Halbjahr 2016 weiter fort. Die Abweichung der prozentuellen Anstiege zwischen KSV und AKV erklärt sich aus der unterschiedlichen Datenbasis.⁴

In der OeNB-Stammdatenbank werden auf Basis des österreichischen Firmenbuchs erfasste Insolvenzen eingespiegelt und stehen für weiterführende Analysen zur Verfügung. Die einzelnen Insolvenzverfahren unterscheiden sich im Groben durch sogenannte Insolvenzsiegel, die zum Teil zeitgleich, überwiegend jedoch in zeitlicher Abfolge gesetzt werden. Grafik 1 gibt eine vereinfachte Darstellung der Insolvenzverfahren wieder.

Die Anzahl der im 1. Halbjahr 2016 in der OeNB-Stammdatenbank erfassten neuen Insolvenzfälle österreichischer (protokollierter sowie nicht protokollierter) Unternehmen betrug 1.613. Diese Zahl ist mit den Zahlen, die in externen Quellen angeführt werden, vergleichbar. Damit kann für die weiterführende Analyse das Sample der OeNB als repräsentativ erachtet werden.

Elizabeth Bachmann¹

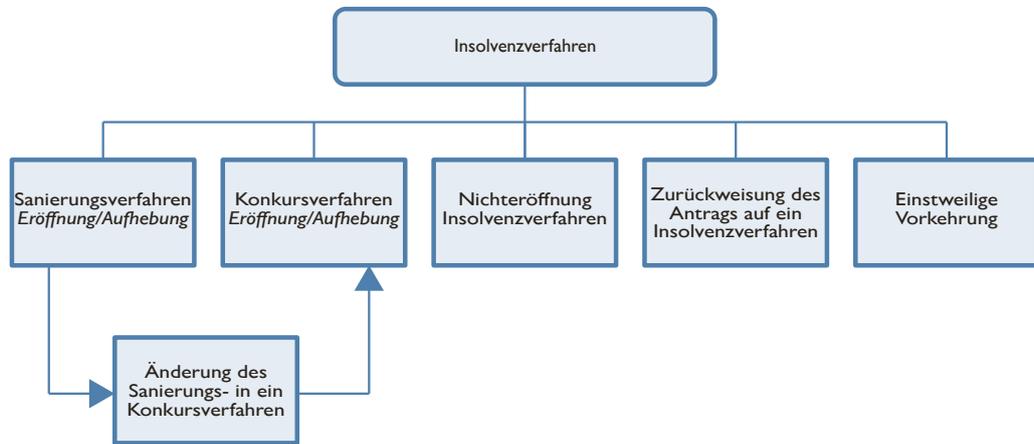
¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, elizabeth.bachmann@oenb.at

² Bei den Privatkonkursen verzeichnet der KSV hingegen einen Rückgang um 4,3% gegenüber dem 1. Halbjahr 2015.

³ Auch der AKV berichtet von einem Rückgang bei den Privatkonkursen um 3,52% gegenüber dem Vergleichszeitraum (1. Halbjahr 2015). Als Ursache für das Minus bei den Privatinsolvenzen nennt der AKV die hohe Zahl an arbeitslosen Personen, bei denen Einkommen als Grundvoraussetzung für die Schuldenregulierung fehlt.

⁴ Grundlage der Insolvenzanalyse des KSV sind neben den übermittelten Daten der zuständigen Landes- und Bezirksgerichte auch Informationen aus der KSV-Wirtschaftsdatenbank. Dieser Auswertung liegt ein standardisiertes Verfahren zugrunde, das regelmäßig die gleiche Art von Analyse liefert und daher die Insolvenzzahlen seit Jahren konsistent abbildet. Abweichungen – bei abgewiesenen Konkursanträgen, eröffneten Verfahren – erklären sich daraus, dass je nach Verfahrensart die Insolvenz einer Firma nur ein Mal pro Jahr gezählt wird. Auch Änderungen der Gerichtszuständigkeit während des Insolvenzverfahrens können leichte Verschiebungen bewirken.

Insolvenzverfahren im Überblick



Quelle: OeNB.

Moderater Rückgang der Insolvenzquote trotz zunehmender Insolvenzfälle

Ein Indikator für die Entwicklung der Insolvenzen ist die Insolvenzquote. Dabei werden die laufenden Insolvenzverfahren der Grundgesamtheit der in Österreich ansässigen Unternehmen gegenübergestellt. Die Berechnung der Insolvenzquote stellt sich wie folgt dar:

$$\text{Insolvenzquote} = \frac{\sum_{i=1}^n \text{Anzahl der laufenden Insolvenzverfahren}}{\sum_{i=1}^n \text{österreichische Unternehmen}}$$

Auf Basis der vorliegenden Insolvenzdaten zeigt sich für die Entwicklung der Insolvenzquote, dass diese seit dem 4. Quartal 2010 kontinuierlich sinkt, obwohl die Anzahl der Insolvenzfälle absolut betrachtet gestiegen ist.⁵

Im 2. Quartal 2016 waren in der OeNB-Stammdatenbank insgesamt 270.480 gültige Unternehmen mit Geschäftssitz in Österreich erfasst. Hievon

befanden sich 7.647 Unternehmen in einem laufenden Insolvenzverfahren. Daraus ergibt sich für das 2. Quartal 2016 eine Insolvenzquote für österreichische Unternehmen in Höhe von 2,8% (der Höchststand betrug im 4. Quartal 2010 3,3%).

Die OeNB-internen Datenbanken ermöglichen außerdem eine Verknüpfung der Stammdateninformationen mit den Kreditrisikodaten. Für den vorliegenden Kurzbericht wurde als Datenbasis zusätzlich das Zentralkreditregister (ZKR, vormals Großkreditvidenz) herangezogen, in dessen Rahmen die OeNB Daten auf Einzelkreditnehmer-Ebene erhebt. Alle Kredit-⁶ und Finanzinstitute sowie Unternehmen der Vertragsversicherung mit Sitz in Österreich sind verpflichtet, Kredite gemäß Zentralkreditregistermeldeungs-Verordnung (ZKRM-V) gegenüber in- und ausländischen Schuldner zu melden, wenn die Kredithöhe

⁵ Da die Grundgesamtheit der Unternehmen stärker gestiegen ist als die Anzahl der Insolvenzfälle, wird insgesamt ein Rückgang bei der Insolvenzquote ausgewiesen.

⁶ Einschließlich Zweigstellen von CRR-Kreditinstituten (CCR – Capital Requirements Regulation) aus Mitgliedstaaten in Österreich gemäß § 9 Bankwesengesetz (BWG).

die Meldegrenze von 350.000 EUR überschreitet.⁷ Im vorliegenden Bericht werden die unkonsolidierten ZKR-Daten ab dem 1. Halbjahr 2008 betrachtet.

Durch die Verknüpfung mit diesen Kreditrisiko-Daten sind weiterführende Analysen hinsichtlich der Größe der betroffenen Kreditengagements möglich.

Bei der Analyse und Interpretation der Daten muss hinsichtlich der Datenverfügbarkeit zwischen der Grundgesamtheit der Stammdaten über solvente und insolvente Einheiten und der Grundgesamtheit der ZKR-relevanten Daten unterschieden werden. Mit den verfügbaren Daten können auf Basis der Grundgesamtheit der Stammdaten Aussagen bis zum 3. Quartal 2016 getätigt werden. Da die ZKR-Daten erst zu einem späteren Zeitpunkt als die Stammdaten verfügbar sind, sind Analysen nur bis zum 1. Halbjahr 2016 möglich.

Moderater Anstieg bei Neu-Insolvenzen mit großen Kreditengagements

Betrachtet man ausschließlich jene Insolvenzfälle, die über ein entsprechendes ZKR-Vorkommen zum Insolvenztermin verfügen und verknüpft man beide Datenbanken, so zeigt sich zunächst, dass der Anteil der ZKR-relevanten Insolvenzfälle an der Gesamtzahl der in der OeNB-Stammdatenbank erfassten Insolvenzen derzeit 10,9% beträgt. Im Vergleich zum 1. Halbjahr 2015 ist absolut betrachtet die Anzahl der neuen insolventen Kreditnehmer um +4,1% gestiegen und weist damit erstmals seit dem 1. Halbjahr 2009 wieder einen Anstieg aus.

Wir schließen daraus, dass die Anzahl der Insolvenzen mit großen Kreditengagements (die in der ZKR erfasst werden) moderat im Steigen begriffen ist. Diese Entwicklung deckt sich mit den Analysen externer Datenquellen.

Neu-Insolvenzen und Insolvenzbestand: Unterschiede auf regionaler Ebene und nach Branchen

Die Analyse des ZKR-Volumens insolventer Kreditnehmer stellt sich differenziert dar. Bei neu verzeichneten Insolvenzen betrug das Gesamtobligo mit einem ZKR-Vorkommen im 1. Halbjahr 2016 276 Mio EUR. Die größten Insolvenzzuwächse gab es in der Steiermark, Oberösterreich und Niederösterreich. Nach Branchen betrachtet verteilen sich die Neu-Insolvenzen auf die Immobilienbranche (L), den Handel (G) und den Tourismus (I) als Top-3-Branchen.

Insgesamt belief sich das Gesamtobligo aller insolventen Unternehmen, die per Juni 2016 über Kredite gemäß ZKRM-V verfügten, auf 2.191 Mio EUR. Dies entspricht 0,48% des gesamten ZKR-Obligos von 456 Mrd EUR. Die meisten Insolvenzen stammen aus Niederösterreich, gefolgt von der Steiermark und Wien. Auf Ebene der Branchenabschnitte dominieren das Bauwesen (F) vor der Herstellung von Waren (C) und dem Handel (G). Im Vergleich zum Vorjahr verringert sich der Anteil um 0,03 Prozentpunkte.

Trotz steigender Neu-Insolvenzen moderater Rückgang des Insolvenzportfolio-Volumens

22,9% der als ausgefallen eingestuften Unternehmen (Default-Portfolio) sind

⁷ Rechtliche Grundlage der Zentralkreditregistermeldung sind das BWG, die Ausweisrichtlinie zur Zentralkreditregistermeldungs-Verordnung (ZKRM-V) und die Verordnung über den Internationalen Austausch von Daten des zentralen Kreditregisters. Gemäß § 75 BWG sind Kredit- und Finanzinstitute sowie Unternehmen der Vertragsversicherungen verpflichtet, Kredite über der Meldegrenze von 350.000 EUR der Oesterreichischen Nationalbank auf monatlicher Basis zum jeweiligen Monatsultimo zu melden.

auf einen Insolvenztatbestand zurückzuführen. Das Gesamtvolumen im Ausfall betrug gemäß ZKR zum selben Zeitpunkt 9.546 Mio EUR. Damit war im Vergleich zum 1. Halbjahr 2015 volumenmäßig ein Rückgang des gesamten ZKR-Defaultportfolios um 14,4% zu verzeichnen. Die Watchlist-Klasse (CCC bis C), als Frühwarnindikator für künftig drohende Defaults, ist gegenüber dem 1. Halbjahr 2015 ebenfalls rückläufig (um -15,2% auf 4.758 Mio EUR).

Prognosen für das Gesamtjahr 2016

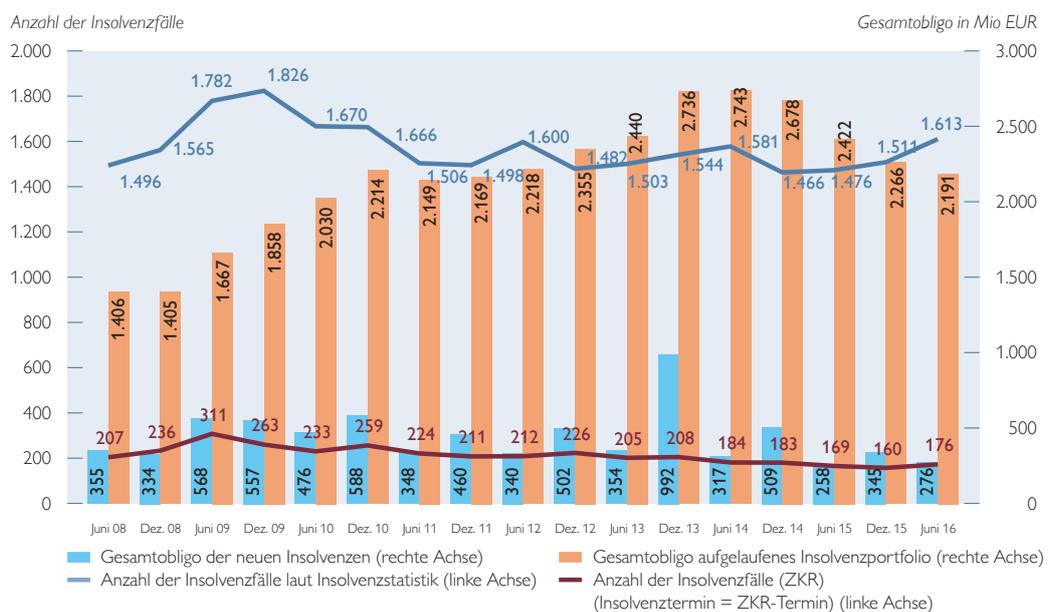
Im Ausblick wird abschließend auf die Prognosen externer Quellen für das Gesamtjahr 2016 eingegangen. Bedingt durch die Steuerreform und den real verfügbaren Einkommensanstieg erwarteten die Ökonomen, dass für das Jahr 2016 positive Effekte für Konjunktur und Konsum erzielt würden. Diese Erwartungen werden laut AKV bislang in der Insolvenzstatistik für das 1. Halbjahr 2016 nicht sichtbar.

Vielmehr setzt sich der Trend steigender Insolvenzzahlen seit dem 2. Halbjahr 2015 weiter fort. Anzumerken ist jedoch, dass die 2. Jahreshälfte 2015 von zahlreichen Großinsolvenzen geprägt war. Die Insolvenzanträge großer Unternehmen halten sich im 1. Halbjahr 2016 in Grenzen. In der Jahresprognose für 2016 geht auch der KSV von einem mäßigen Anstieg bei den Insolvenzen aus, der durch die aktuellen Zahlen bestätigt wird und sich auch im 2. Halbjahr 2016 fortsetzen wird. Der in der OeNB-Stammdatenbank zuletzt festgestellte Anstieg bei den Insolvenzfällen im 1. Halbjahr 2016 bestätigt diese Prognosen.

Der Wertanstieg bei den Neu-Insolvenzen per September 2013 in Grafik 2 erklärt sich unter anderem auch durch die Großinsolvenz der ALPINE Bau GmbH, die am 4. Juli 2013 vonseiten des Handelsgerichts Wien das Sigel VK (Änderung von Sanierungs- in Konkursverfahren) erhalten hat. Dies wurde mit 6. Juli 2013 in der OeNB-Stammdatenbank eingetragen.

Grafik 2

Insolvenzstatistik für Österreich 1. Halbjahr 2008 bis 1. Halbjahr 2016



Quelle: OeNB-Stammdatenbank, ZKR.

Analysen

Executive Summaries

Austrian credit institutions post half-year profit Lending, deposits and interest rates in the first half of 2016

In the first six months of 2016, Austrian credit institutions recorded a consolidated end-of-period profit of around EUR 2.9 billion, EUR 255.8 million more than in the first half of 2015. This positive result was mainly possible because of strong decreases in risk provisioning, which more than compensated for the marked decline in net interest income, the most important earnings component, and for the shrunk commission and trading income.

Banks see monetary policy causing further lending rate cuts and increasing strain on profitability

In the latest bank lending survey, the Austrian participants expressed clear views about the negative deposit rate; they see an ongoing downward pressure on lending rates and, to an even greater extent, a strain on interest income. Also, the expanded asset purchase program negatively affects banks' profitability (through reduced interest margins). The survey results are unclear about whether the purchase program has generated momentum for bank lending, which seems at least possible.

Credit standards, credit terms and conditions, and credit demand remained largely unchanged in the third quarter of 2016 – as in the three preceding quarters. That said, credit

The growth of credit to Austrian nonbanks has been positive in 2016, reaching an annual rate of 1.8% in August 2016. Credit growth in Austria has largely been driven by the still dynamic expansion of housing loans (+4.9%). Also, households have been increasingly choosing products with long interest-rate lock-in periods to benefit from the historically low interest rates over an extended period of time.

terms and conditions for corporations were reported to have eased moderately.

Austrian banks' access to refinancing had deteriorated since the beginning of 2014. Especially the acquisition of long-term deposits and the issuance of medium- to long-term bonds had been affected. This unfavorable development intensified in the course of 2015 and marked a considerable and negative deviation from the euro area trend. However, the deterioration did not continue in the third quarter of 2016 and may already be bottoming out.

Securities issues continue to stagnate

Bond and stock issuance in the first half of 2016

The annual growth rate of Austrian-issued bonds in circulation continued to stagnate in the first half of 2016. At –0.5% in the first half of 2016, the average growth rate of Austrian bond issues was similar to that of euro area bond issues (–0.6%). The banking sector in particular recorded a continuous decline in

bond finance, not least because of the favorable conditions offered in the ECB's tender operations. By contrast, the public sector increasingly made use of refinancing in the bond market. The majority of bonds were issued with maturities of 10 to 15 years.

The SME supporting factor: How does it affect capital requirements for credit risk on exposures to SMEs? How is it reflected in supervisory statistics?

Small and medium-sized enterprises (SMEs) are largely dependent on bank loans for the financing of their day-to-day business operations. Bank lending behavior, on the other hand, depends strongly on regulatory capital requirements. Against this background, the SME supporting factor was introduced in 2013 to improve SMEs' access to credit. The application of this factor reduces banks' capital requirements for credit risk

on exposures to SMEs. In this paper, we explain how banks' capital requirements for credit risk on exposures to SMEs are calculated and analyze how risk weights are influenced by various factors (like the SME supporting factor). We also discuss how the SME supporting factor is reflected in supervisory statistics.

Current account: Austria posts solid surplus in the first half of 2016

According to preliminary results, Austria recorded a current account surplus of EUR 5.5 billion or 3.3% of GDP in the first half of 2016, the highest absolute value achieved in seven years, i.e. since the sharp decline in global trade observed in 2009. The improvement in the current account was mainly driven by the EUR 5.8 billion surplus achieved by the travel and tourism sector, which is an all-time high. Cross-border financial transactions were affected by the reorganization of an international group. As a consequence, both outward and inward FDI de-

clined. Similarly, cross-border portfolio investment flows remained weak in a long-term comparison. Austrian investments abroad were mainly channeled into mutual funds. Funding obtained abroad declined in net terms, a fact that is mainly attributable to the domestic banking sector. Together with these half-year results, the OeNB has also published standard revisions of the current account figures for the two previous years (2014 and 2015).

Positives Halbjahresergebnis für österreichische Kreditinstitute Kredite, Einlagen und Zinssätze österreichischer Finanzinstitute im ersten Halbjahr 2016

Im ersten Halbjahr 2016 erzielten die österreichischen Kreditinstitute ein positives konsolidiertes Periodenergebnis in Höhe von rund 2,9 Mrd EUR und damit um 255,8 Mio EUR mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahrs. Für das positive Ergebnis sorgten vor allem die stark gesunkenen Risikovorsorgen, die nicht nur die deutlichen Rückgänge beim Nettozinsergebnis als wichtigste Ertragskomponente, sondern auch die geringeren Erträge aus den Provisionen und dem Handelsergebnis mehr als ausgleichen konnten.

Das Kreditwachstum österreichischer Nichtbanken entwickelte sich im Lauf des Jahres 2016 positiv und erreichte im August 2016 eine Jahreswachstumsrate von 1,8%. Vor allem die anhaltend dynamische Entwicklung bei Wohnbaukrediten (+4,9%) trug wesentlich zum Kreditwachstum in Österreich bei. Zusätzlich nahmen private Haushalte verstärkt Produkte mit längerfristig fixiertem Zinssatz in Anspruch, um sich historisch niedrige Zinsen über einen längeren Zeitraum zu sichern.

Auswirkungen der Geldpolitik – Banken sehen weitere Zinssenkungen bei Krediten und zunehmende Belastung ihrer Ertragslage

Aus Sicht der Banken führt die Geldpolitik zu weiteren Zinssenkungen bei Krediten, ihre Ertragslage wird aber zunehmend belastet.

Im Rahmen der Befragung äußerten sich die befragten Banken sehr deutlich zu den Auswirkungen des negativen EZB-Einlagensatzes. Sie sehen einen anhaltenden Abwärtsdruck auf die Kreditzinsen und mehr noch eine Belastung ihrer Zinserträge. Auch das erweiterte Ankaufprogramm wirkt sich über gesunkene Zinsmargen leicht negativ auf die Ertragslage der Banken aus. Impulse des Ankaufprogramms für die Kreditvergabe sind den Ergebnissen der Umfrage nicht schlüssig zu entnehmen, erscheinen aber zumindest möglich.

Bei den Kreditrichtlinien, den Kreditbedingungen und der Kreditnachfrage kam es im dritten Quartal 2016, wie schon in den drei Quartalen davor, kaum zu Änderungen. Es wurde zuletzt lediglich über geringfügige Lockerungen der Kreditbedingungen im Unternehmenskundengeschäft berichtet.

Seit Anfang 2014 kam es zu Verschlechterungen beim Refinanzierungszugang für österreichische Banken. Vor allem der Zugang zu langfristigen Einlagen und die Möglichkeit, mittel- bis langfristige Anleihen zu begeben, waren betroffen. Diese ungünstige Entwicklung, die sich im Lauf des Jahres 2015 intensiviert und auch im Euroraum-Vergleich negativ auffällt, hat sich im dritten Quartal 2016 nicht fortgesetzt und könnte eine Talsohle erreicht haben.

Wertpapieremissionen stagnieren weiterhin Emissionen am Anleihe- und Aktienmarkt im ersten Halbjahr 2016

Die Jahreswachstumsrate des Umlaufs von Anleihen österreichischer Emittenten stagnierte auch im ersten Halbjahr 2016. Die durchschnittliche Jahreswachstumsrate bei österreichischen Anleihen lag im ersten Halbjahr 2016 bei -0,5 % und damit annähernd auf demselben Niveau wie jene des Euroraums (-0,6 %). Vor allem der Bankensektor wies einen

kontinuierlichen Rückgang bei der Anleihefinanzierung auf – nicht zuletzt aufgrund der günstigen Tenderoperationen der EZB. Hingegen nützte der öffentliche Sektor vermehrt die Refinanzierung über den Anleihemarkt. Die meisten Emissionen erfolgten bei Anleihen mit einer Laufzeit von 10 bis 15 Jahren.

Der KMU-Faktor: Einfluss auf das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko von Risikopositionen gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen und Abbildung im aufsichtsstatistischen Meldewesen

Bei der Finanzierung ihrer laufenden Geschäftstätigkeit sind kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) zu einem großen Teil abhängig von Bankkrediten. Die Kreditvergabe der Banken hängt wiederum stark von den Eigenmittelvorschriften ab. Um KMUs einfacheren Zugang zu Krediten zu verschaffen, wurde 2013 der sogenannte KMU-Faktor eingeführt, durch den die Eigenmittelvorschriften der Banken für das Kreditrisiko von Risikopositio-

nen gegenüber KMUs erleichtert werden. Der vorliegende Beitrag zeigt einen Überblick über die generelle Berechnung des Eigenmittelerfordernisses der Banken für das Kreditrisiko von Risikopositionen gegenüber KMUs und analysiert den Einfluss verschiedener Faktoren (wie dem KMU-Faktor) auf das Risikogewicht. Eingegangen wird auch auf die Abbildung des KMU-Faktors im aufsichtsstatistischen Meldewesen.

Zahlungsbilanz – Entwicklungen im ersten Halbjahr 2016

Im ersten Halbjahr 2016 erzielte Österreich laut vorläufigem Ergebnis einen Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 5,5 Mrd EUR oder 3,3% des BIP. Das ist der höchste absolute Wert seit sieben Jahren und damit seit dem globalen Handelseinbruch des Jahres 2009. Tragende Säule der Entwicklung war der Reiseverkehr, der mit einem Einnahmenüberschuss im Ausmaß von 5,8 Mrd EUR einen neuen Spitzenwert erreichte. Der Kapitalverkehr war von der Reorganisation eines internationalen Konzerns geprägt. In Folge gab es Rückgänge sowohl

auf der Forderungs- als auch auf der Verpflichtungsseite der Direktinvestitionen. Die internationalen Wertpapierveranlagungen entwickelten sich im langfristigen Vergleich weiterhin schwach. Investitionen aus Österreich betrafen überwiegend Investmentfonds, die Finanzierung im Ausland wurde insgesamt verkürzt, zurückzuführen vor allem auf den heimischen Bankensektor. Mit der Veröffentlichung des Halbjahresergebnisses hat die OeNB routinemäßig die Zahlungsbilanz der beiden Vergleichsjahre, aktuell 2014 und 2015, revidiert.

Positives Halbjahresergebnis für österreichische Kreditinstitute

Kredite, Einlagen und Zinssätze österreichischer Finanzinstitute im ersten Halbjahr 2016

Martin Bartmann,
Stefan Kinschner,
Birgit Hebesberger,
Elizabeth Bachmann¹

Im ersten Halbjahr 2016 erzielten die österreichischen Kreditinstitute ein positives konsolidiertes Periodenergebnis in Höhe von rund 2,9 Mrd EUR und damit um 255,8 Mio EUR mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahrs. Für das positive Ergebnis sorgten vor allem die stark gesunkenen Risikovorsorgen, die nicht nur die deutlichen Rückgänge beim Nettozinsergebnis als wichtigste Ertragskomponente, sondern auch die geringeren Erträge aus den Provisionen und dem Handelsergebnis mehr als ausgleichen konnten.

Das Kreditwachstum österreichischer Nichtbanken entwickelte sich im Lauf des Jahres 2016 positiv und erreichte im August 2016 eine Jahreswachstumsrate von 1,8%. Vor allem die anhaltend dynamische Entwicklung bei Wohnbaukrediten (+4,9%) trug wesentlich zum Kreditwachstum in Österreich bei. Zusätzlich nahmen private Haushalte verstärkt Produkte mit längerfristig fixiertem Zinssatz in Anspruch, um sich historisch niedrige Zinsen über einen längeren Zeitraum zu sichern.

Risikovorsorgen gesunken

Das konsolidierte Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen von allen in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten wurde im ersten Halbjahr 2016 mit insgesamt 2,9 Mrd EUR angegeben. Dies entspricht einem Anstieg um 255,8 Mio EUR (+9,7%) gegenüber dem ersten Halbjahr 2015. Die im Rahmen des SSM² direkt von der EZB beaufsichtigten Kreditinstitute wiesen ein um 386,3 Mio EUR (+25,3%) auf 1,9 Mrd EUR gestiegenes Periodenergebnis aus.

Aufgrund der Abspaltung eines wesentlichen Teilgeschäftsbereichs einer Großbank und der damit zusammenhängenden geänderten Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung sind einzelne Aufwands- und Ertragspositionen im Halbjahresergebnis nur stark eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die nachfolgend angeführten prozentuellen Veränderungen beziehen sich auf eine um diese Großbank be-

reinjigte Datenbasis. Das ausgewiesene Halbjahresergebnis in Höhe von rund 2,9 Mrd EUR bleibt davon jedoch unberührt. Aus den derzeit vorliegenden Zahlen ist ersichtlich, dass das Halbjahresergebnis durch die Abspaltung um rund 750 Mio EUR geringer ausfallen würde.

Im ersten Halbjahr 2016 gingen die bereinigten konsolidierten Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen) der übrigen österreichischen Kreditinstitute um 7,8% zurück. Nennenswerte Veränderungen gab es beim Nettozinsergebnis, das als wichtigste Ertragskomponente der österreichischen Kreditinstitute verglichen mit dem ersten Halbjahr 2015 um 6,4% zurückging. Diese Entwicklung ist mehrheitlich durch eine Großbank beeinflusst, die unter anderem aufgrund einer Reduktion des Kreditportfolios einen starken Rückgang beim Nettozinsergebnis auswies.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, martin.bartmann@oenb.at und Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, stefan.kinschner@oenb.at, birgit.hebesberger@oenb.at, elizabeth.bachmann@oenb.at.

² SSM (Single Supervisory Mechanism): Bedeutende Banken werden seit 4. November 2014 direkt von der Europäischen Zentralbank – unter Mitwirkung der nationalen Aufsichtsbehörden – beaufsichtigt.

Negativ auf die Betriebserträge wirkten sich zudem das um 2,6% gesunkene Provisionsergebnis, der um 10,3% niedrigere Handelserfolg³ sowie das deutlich gesunkene sonstige betriebliche Ergebnis aus. Weitgehend stabil blieben die Dividenden und anderen Beteiligungserträge (UGB), die sich nur geringfügig verschlechterten.

Das konsolidierte Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorge) wies einen Rückgang um 25,5% aus. Dies ist vor allem auf die um 28,9% gestiegenen Abschreibungen von Vermögenswerten⁴ zurückzuführen. Zudem stiegen die Verwaltungsaufwendungen geringfügig um 1,3%, wobei sich diese

Entwicklung sowohl bei den Sachaufwendungen (+1,2%) wie auch bei den Personalaufwendungen (+1,3%) widerspiegelt.

Dass es trotz des gesunkenen Betriebsergebnisses zu einem Anstieg des konsolidierten Periodenergebnisses nach Steuern um 5,5% kommt, ist vor allem auf die um 70,2% gesunkenen Risikovorsorgen im Kreditgeschäft zurückzuführen. Zwei Großbanken konnten die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft in der Ukraine und in Russland bzw. in Ungarn, Kroatien und Österreich im Vergleich zum Vorjahr deutlich reduzieren.

Tabelle 1

Konsolidierte Ertragslage der Bankkonzerne und Einzelinstitute

	Q1 16	Q1 15	Differenz		Differenz bereinigt ³
	in Mio EUR	in Mio EUR	absolut	in %	in %
Zinsergebnis	7.239,5	9.348,9	-2.109,4	-22,6	-6,4
+ Provisionsergebnis	3.246,6	3.862,7	-616,1	-15,9	-2,6
+ Handelserfolg ¹	632,4	936,6	-304,2	-32,5	-10,3
+ Dividendenerträge, Erträge aus Beteiligungen (nur UGB)	306,8	322,2	-15,4	-4,8	-5,1
+ Sonstiges betriebliches Ergebnis	-197,0	-7,2	-189,8	-2636,1	-584,1
= Betriebserträge netto	11.228,2	14.463,2	-3.235,0	-22,4	-7,8
- Verwaltungsaufwendungen	7.264,4	8.025,0	-760,6	-9,5	1,3
- Abschreibungen von immateriellen und materiellen Vermögen, Wertminderungen nichtfinanzieller Vermögenswerte und Beteiligungen	823,2	701,2	122,0	17,4	28,9
= Betriebsergebnis	3.140,6	5.736,9	-2.596,3	-45,3	-25,5
- Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	376,3	1.897,3	-1.521,0	-80,2	-70,2
- Sonstige Rückstellungen ²	6,0	104,0	-98,0	-94,2	-94,3
- Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen	-28,6	-27,4	-1,2	-4,4	-20,0
+ Gewinn oder (-) Verlust aus Beteiligungen ²	389,2	412,6	-23,4	-5,7	-0,6
+ Sonstiger Saldo in Summe	15,1	48,0	-32,9	-68,5	-71,3
= Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	3.191,1	4.223,7	-1.032,6	-24,4	-3,2
- Ertragssteuern	691,6	896,3	-204,7	-22,8	-8,5
+ Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ²	778,9	-208,4	987,3	473,8	-
- Minderheitenanteile ²	385,9	482,4	-96,5	-20,0	-31,9
= Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	2.892,4	2.636,6	255,8	9,7	5,5

Quelle: OeNB.

¹ Handelsergebnis + sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP + sonstige realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften.

² Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach IFRS erhoben.

³ Bereinigte Darstellung ohne jene Großbank, die aufgrund ihrer geänderten Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung (Abspaltung Teilgeschäftsbereich) zu wesentlichen Verzerrungen im Vergleich der Halbjahresergebnisse führt.

³ Handelserfolg = Handelsergebnis + sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP + sonstige realisierte Gewinne / Verluste aus Finanzgeschäften.

⁴ Diese Position beinhaltet Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwerte), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen.

Ergebnisverbessernd wirkten sich auch die gesunkenen sonstigen Rückstellungen, die geringeren Ertragssteuern und der reduzierte Minderheitenanteil aus.

Beständiges Kreditwachstum in Österreich

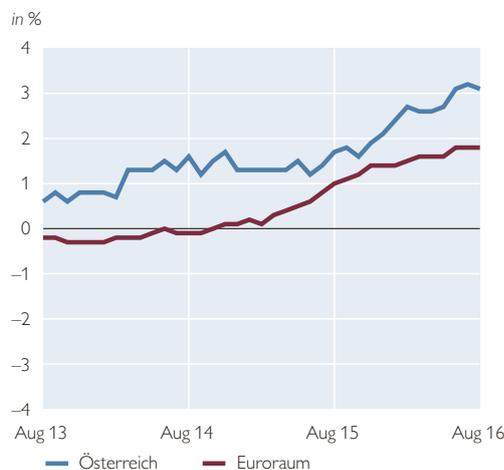
Die Summe des bei österreichischen Banken aushaftenden Kreditvolumens von inländischen Nichtbanken entwickelte sich in den letzten Monaten positiv; die Wachstumsrate erreichte im August 2016 1,8%. Vor allem die anhaltend große Nachfrage privater Haushalte nach Wohnbaukrediten trug wesentlich zum Kreditwachstum in Österreich bei. Die Jahreswachstumsrate stieg in diesem Segment von 3,6% im Vorjahr auf 4,9% im August 2016. Bei sonstigen Krediten an private Haushalte – dieses Segment wird vor allem von Krediten an selbstständig Erwerbstätige (Anteil rund 72%) dominiert – kam es mit einer Jahreswachstumsrate von 0,5% ebenfalls zu einer Ausweitung des aushaftenden Kreditvolumens, während Konsumkredite mit –1,0% nach wie vor rückläufig waren. Insgesamt lag das Kreditwachstum privater Haushalte im August 2016 bei 3,1%, was einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres (+1,7%) bedeutet.

Betont werden soll auch, dass das Kreditwachstum privater Haushalte in Österreich ausschließlich aus dem EUR-Bereich kam. Fremdwährungskredite waren im August 2016 mit –11,5% nach wie vor deutlich rückläufig. Der seit 2009 anhaltende Rückgang führte dazu, dass der Anteil der Fremdwährungskredite am gesamten aushaftenden Kreditvolumen privater Haushalte in Österreich im August 2016 nur noch bei 15,0% lag, gegenüber 30,8% Anfang 2009. Mit insgesamt 22,3 Mrd EUR – der Großteil davon (96% bzw. 21,4 Mrd EUR) CHF-Kredite – lag der Anteil Österreichs am gesamten aushaftenden Volumen von Fremdwährungskrediten im Euroraum im August 2016 noch immer bei 30,9%. Aber auch hier war ein Rückgang zu beobachten. Anfang 2009 waren noch 40,7% aller im Euroraum vergebenen Fremdwährungskredite von österreichischen Banken gewährt.

Grafik 1

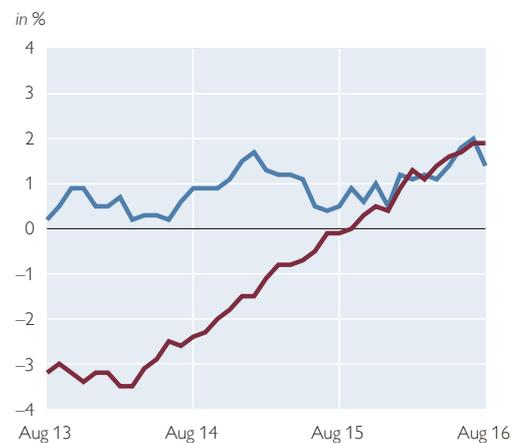
Jahreswachstum von Krediten

an private Haushalte



Quelle: OeNB, EZB.

an nichtfinanzielle Unternehmen



Im gesamten Euroraum lag die Jahreswachstumsrate von Krediten privater Haushalte im August 2016 bei 1,8% und damit deutlich unter dem Österreich-Vergleichswert von 3,1%. Jedoch war auch im Euroraum seit Februar 2015 eine deutlich zunehmende Dynamik bei Krediten privater Haushalte erkennbar. Insbesondere Wohnbaukredite – sie stellen mit 85% den Großteil des aushaftenden Kreditvolumens privater Haushalte im Euroraum dar – mit einem Jahreswachstum von 2,3%, aber auch Konsumkredite (+3,4%) leisteten (anders als in Österreich) einen positiven Beitrag zum Wachstum des Kreditvolumens im Euroraum. Bei sonstigen Krediten war hingegen mit –0,8% eine rückläufige Entwicklung zu beobachten. Betrachtet man die einzelnen Euroraum-Länder, so waren es vor allem Deutschland (2,9%) und Frankreich (4,1%), die das Kreditwachstum privater Haushalte im Euroraum stark beeinflussten.

Das Jahreswachstum bei Unternehmenskrediten verbesserte sich im letzten Jahr ebenfalls kontinuierlich und wies in Österreich im Juli 2016 2,0% auf. Im August 2016 kam es jedoch zu einem Rückgang der Jahreswachstumsrate auf 1,4%, bedingt durch einen deutlichen Abbau (–7,3%) kurzfristiger Finanzierungen (Laufzeit bis ein Jahr). Längerfristige Kredite mit einer Laufzeit von ein bis fünf Jahren bzw. über fünf Jahre stiegen im Jahresvergleich hingegen deutlich mit jeweils 3,7%. Im Euroraum-Durchschnitt waren es ebenfalls ausschließlich längerfristige Finanzierungen, die einen positiven Beitrag zum Kreditwachstum lieferten. Die bereinigte Jahreswachstumsrate bei Krediten mit Ursprungslaufzeit über fünf Jahre lag bei 1,8%, jene mit Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre erreichte 6,4%. Kurzfristige Finanzierungen waren im Euroraum hingegen

im Jahresvergleich mit –4,0% rückläufig. In Summe lag das Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen im Euroraum bei 1,9%. Auch in diesem Segment war die Entwicklung in Deutschland (2,9%) und Frankreich (5,4%) deutlich dynamischer. Spanien (–1,3%) bzw. Italien (0,1%) hatten hingegen einen dämpfenden Einfluss, der sich allerdings im Lauf der letzten Jahre reduzierte.

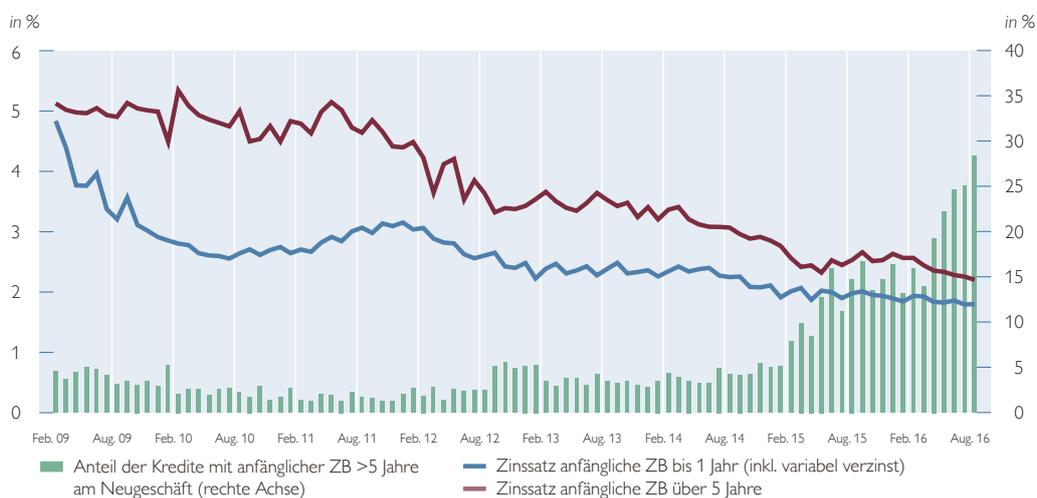
Private Haushalte sichern sich verstärkt günstiges Zinsumfeld

Die EZB-Leitzinssatzsenkung auf 0,0% im März 2016 führte zu weiter sinkenden Geldmarktzinssätzen. Der 3-Monats-Euribor – ein wichtiger Referenzzinssatz bei neu vergebenen Krediten in Österreich – entwickelte sich weiter rückläufig (–27 Basispunkte (BP) im Jahresvergleich) und erreichte im August 2016 mit –0,30% einen neuen historischen Tiefststand.

Die weiterhin sinkenden Geldmarktzinssätze führten in Österreich zu besseren Kreditkonditionen für private Haushalte, wenngleich die Rückgänge weniger stark als bei den Geldmarktzinssätzen bzw. im Euroraum-Vergleich ausfielen. So ging der kapitalgewichtete Durchschnittszinssatz für neu an private Haushalte vergebene Kredite im Jahresvergleich um 7 BP zurück und lag im August 2016 bei 2,34%. Im Euroraum waren mit –33 BP hingegen im Jahresvergleich deutlichere Rückgänge bei den Zinskonditionen privater Haushalte zu beobachten, das Zinsniveau für das Kreditneugeschäft privater Haushalte lag mit durchschnittlich 2,62% jedoch nach wie vor über jenem Österreichs.

Vor allem bei Wohnbaukrediten profitierten private Haushalte im Euroraum seit August 2015 von rückläufigen Zinssätzen. In diesem Segment wurde im Euroraum mit 1,88% (–41 BP) ein

Neugeschäft Wohnbaukredite nach anfänglicher Zinsbindungsfrist (ZB) in Österreich



Quelle: OeNB, EZB.

historisch niedriges Niveau erreicht, das erstmals seit März 2009 unter jenem Österreichs lag (1,91 %, –13 BP). Das historisch niedrige Zinsniveau verstärkte vor allem in Österreich die Nachfrage nach Produkten mit längeren Zinsbindungsfristen. So stieg im Neugeschäft der Anteil von Wohnbaukrediten mit einer anfänglichen Zinsbindungsfrist von über einem Jahr von durchschnittlich 24 % im Jahr 2015 auf 32 % in den ersten acht Monaten des Jahres 2016. Die größte Dynamik war bei sehr langfristigen Zinsbindungsfristen (über fünf Jahre) zu erkennen, die bis vor Kurzem in Österreich kaum von Bedeutung waren. Ihr Anteil am gesamten Neugeschäft bei Wohnbaukrediten stieg innerhalb von zwei Jahren von 4 % auf 28 % im August 2016. Neben dem historisch niedrigen Zinsniveau dürften auch die im Lauf der Jahre gesunkenen Zinsaufschläge für Kredite mit langfristiger Zinsbindung für steigendes Interesse bei privaten Haushalten gesorgt haben. So waren Kredite mit über fünfjähriger Zinsbindungsfrist im August 2016 im Schnitt

mit 2,21 % verzinst, der Zinssatz für Kredite mit anfänglicher Zinsbindung bis ein Jahr (inklusive variabel) lag mit 1,80 % nur um 41 BP darunter. Vor zwei Jahren betrug die Zinsdifferenz noch 82 BP.

Im Euroraum, wo längerfristig fixierte Zinssätze traditionell eine höhere Bedeutung als in Österreich haben, lag der Anteil von neu vergebenen Wohnbaukrediten mit einer anfänglichen Zinsbindung von über fünf Jahren im August 2016 bei 77 %. Ähnlich wie in Österreich war in den letzten Jahren auch im Euroraum – speziell im Bereich Wohnbau – eine steigende Bedeutung von Krediten mit längerer Zinsbindungsfrist erkennbar.

Bei neu vergebenen Unternehmenskrediten kam es im Jahresvergleich sowohl in Österreich als auch im Euroraum zu spürbaren Veränderungen. Vor allem bei neu vergebenen Krediten bis 1 Mio EUR gingen die Zinssätze im Jahresvergleich mit –18 BP auf 1,88 % (Österreich) bzw. –42 BP auf 2,33 % (Euroraum) deutlich zurück. Unter dem Euroraum-Durchschnitt lagen in

dieser Kategorie Länder wie Belgien (1,71%) oder Frankreich (1,87%), Deutschland mit einem Zinssatz von 2,36% hingegen geringfügig darüber.

Die Zinskonditionen bei Großkrediten über 1 Mio EUR reduzierten sich in Österreich im Jahresvergleich um durchschnittlich 7 BP und lagen im August 2016 bei 1,56%. Mit einem Zinssatz von 1,30% (-22 BP) wies der Euroraum erneut einen historischen Tiefststand auf und lag deutlich unter dem Vergleichswert Österreichs. Unter dem Euroraum-Durchschnitt lagen zum Beispiel Deutschland (1,21%), Italien (1,12%) oder die Niederlande (1,14%).

Positives Einlagenwachstum trotz Niedrigzinsumfelds

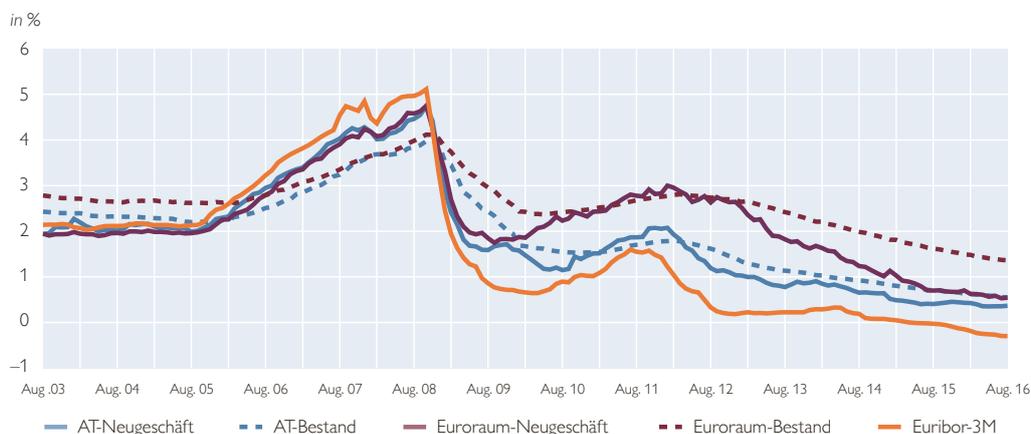
Wie fast überall im Euroraum erreichten die Zinssätze für Neueinlagen auch in Österreich in vielen Kategorien historische Tiefststände. Die Entwicklung der letzten 12 Monate zeigt jedoch, dass der Spielraum für weitere Zinssatzsenkungen bei Einlagen sehr begrenzt war. So ging der Zinssatz für Neueinlagen privater Haushalte in Österreich seit August 2015 um 4 Basispunkte auf 0,37% im August 2016 zurück. Deutlich stärker war der Rück-

gang der Einlagenzinssätze im Euroraum (-16 BP auf 0,54%), allerdings ging er von einem deutlich höheren Niveau (0,7% im August 2015) aus.

Trotz historisch niedriger Zinssätze war in Österreich nach wie vor ein deutlich positives Jahreswachstum bei Einlagen von privaten Haushalten zu verzeichnen (per August 2016 4,3% bzw. 9,4 Mrd EUR). Für diese Entwicklung war ausschließlich der starke Zuwachs bei täglich fälligen Einlagen verantwortlich, die sich um 14,8% bzw. 14,7 Mrd EUR ausweiteten. Einlagen mit vereinbarter Bindungsfrist waren hingegen weiter rückläufig und wiesen ein negatives Jahreswachstum von -4,4% bzw. -5,3 Mrd EUR auf. Eine ähnliche Entwicklung war im Euroraum insgesamt erkennbar. Auch hier waren ausschließlich täglich fällige Einlagen mit +10,6% für das positive Einlagenwachstum von 3,6% verantwortlich. Der verringerte Zinsunterschied zwischen täglich fälligen und längerfristig gebundenen Einlagen sowie ein Mangel an Veranlagungsalternativen dürften für diese Entwicklung ausschlaggebend sein. Dies führte dazu, dass sowohl in Österreich als auch im Euroraum im August 2016 jeder zweite

Grafik 3

Zinssätze von Einlagen privater Haushalte mit vereinbarter Bindungsfrist



Euro täglich verfügbar war. Generell haben im Euroraum Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist⁵ eine deutlich höhere Bedeutung als in Öster-

reich. Tabelle 2 gibt Aufschluss über die Zusammensetzung der Einlagen privater Haushalte in Österreich bzw. im Euroraum im August 2016.

Tabelle 2

Einlagenstruktur privater Haushalte

	Bestand		Jahreswachstum	
	AT	Euroraum	AT	Euroraum
	in Mrd EUR		in %	
1 Einlagen von privaten Haushalten	228	6.721	4,3	3,6
1.1 Täglich fällige Einlagen	114	3.235	14,8	10,6
1.2 Einlagen mit vereinbarter Bindungsfrist	114	1.429	-4,4	-4,9
1.2.1 Bindungsfrist bis 1 Jahr	61	466	0,3	0,0
1.2.2 Bindungsfrist 1 bis 2 Jahre	19	210	-13,9	-14,0
1.2.3 Bindungsfrist über 2 Jahre	34	754	-6,7	-4,9
1.3 Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist	0	2.052		-0,2
1.4 Einlagen aus Pensionsgeschäften	0	4		-24,7

Quelle: ???

⁵ Die Kündigungsfrist entspricht dem Zeitraum zwischen dem Zeitpunkt, zu dem der Inhaber die Absicht, seine Einlage aufzulösen, bekannt gibt, und dem Zeitpunkt, zu dem der Inhaber seine Einlage tatsächlich zurückbekommt, ohne eine Vertragsstrafe zahlen zu müssen.

Auswirkungen der Geldpolitik – Banken sehen weitere Zinssenkungen bei Krediten und zunehmende Belastung ihrer Ertragslage

Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom Oktober 2016

Gerald Hubmann¹

Im Rahmen der Befragung äußerten sich die Banken sehr deutlich zu den Auswirkungen des negativen EZB-Einlagensatzes. Sie sehen einen anhaltenden Abwärtsdruck auf die Kreditzinsen und mehr noch eine Belastung ihrer Zinserträge. Auch das erweiterte Ankaufprogramm wirkt sich über gesunkene Zinsmargen leicht negativ auf die Ertragslage der Banken aus. Impulse des Ankaufprogramms für die Kreditvergabe sind den Ergebnissen der Umfrage nicht schlüssig zu entnehmen, erscheinen aber zumindest möglich.

Bei den Kreditrichtlinien, den Kreditbedingungen und der Kreditnachfrage kam es im dritten Quartal 2016, wie schon in den drei Quartalen davor, kaum zu Änderungen. Es wurde zuletzt lediglich über geringfügige Lockerungen der Kreditbedingungen im Unternehmenskundengeschäft berichtet.

Seit Anfang 2014 kam es zu Verschlechterungen beim Refinanzierungszugang für österreichische Banken. Vor allem der Zugang zu langfristigen Einlagen und die Möglichkeit, mittel- bis langfristige Anleihen zu begeben, waren betroffen. Diese ungünstige Entwicklung, die sich im Lauf des Jahres 2015 intensiviert und auch im Euroraum-Vergleich negativ auffällt, hat sich im dritten Quartal 2016 nicht fortgesetzt und könnte eine Talsohle erreicht haben.

Punktuelle Ergebnisse für die einzelnen Quartale sind den Tabellen 1 bis 3 zu entnehmen, die Grafiken 1 bis 4 stellen längerfristige Trends von Hauptergebnissen dar. Erläuterungen finden sich im Kasten am Ende des Artikels. In den Abschnitten 4 und 5 geht es um die Auswirkungen von geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems. Vorab erfolgt der wichtige Hinweis, dass die Geldpolitik auf den Euroraum insgesamt ausgerichtet ist. Ihre Wirksamkeit kann nicht anhand der hier präsentierten Österreich-Ergebnisse besprochen werden.

1 Unternehmenskredite: Kreditbedingungen leicht gelockert

Während es bei den Kreditrichtlinien seit dem dritten Quartal 2015 kaum zu Änderungen kam, wurden aufgrund der Wettbewerbssituation die Kredit-

bedingungen und insbesondere die Margen als wichtiger Teil davon zuletzt leicht gelockert (siehe Tabelle 1). Zudem wurden Fristigkeiten und Nebenvereinbarungen im dritten Quartal 2016 im Geschäft mit großen Unternehmen für diese etwas günstiger gehandhabt. Insgesamt sind dies in Relation zum Gesamtbild jedoch eher geringfügige Veränderungen.

Die Nachfrageentwicklung blieb nach wie vor verhalten. Längere Phasen einer zunehmenden Nachfrage nach Unternehmenskrediten gab es zuletzt nur unmittelbar vor der Finanzkrise in den Jahren 2006 und 2007, danach schwächte sie sich tendenziell ab. Seit dem vierten Quartal 2015 ist kein eindeutiger Trend mehr erkennbar. Vereinzelt Angaben der Umfrageteilnehmer weisen zudem in unterschiedliche Richtungen.

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, gerald.hubmann@oenb.at.

Tabelle 1

Kredite oder Kreditrahmen für Unternehmen

Veränderung im jeweiligen Quartal¹, Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten,² Antworten von 7 bzw. 8 Banken

	2013				2014				2015				2016			
	Q1	Q2	Q3	Q4												
Kreditrichtlinien																
<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																
Gesamt	-1	-1	0	0	-1	-2	1	0	-2	-3	0	0	-1	0	-1	0
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	-1	1	0	0	0	2	0	-1	-2	0	0	0	0	-1	0
Kredite an große Unternehmen	-1	-1	0	0	-1	-2	1	0	-3	-2	1	0	-1	1	-1	0
Kurzfristige Kredite (Laufzeit bis zu einem Jahr)	-1	-1	0	0	-1	-1	0	0	-1	-2	0	0	-1	0	-1	0
Langfristige Kredite (Laufzeit über ein Jahr)	-3	-1	0	0	-1	-2	0	-1	-3	-4	0	0	-1	-1	-1	-1
Kreditbedingungen																
<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																
Gesamt	-3	-2	0	0	-1	0	2	..
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-2	-2	0	0	-1	-1	1	..
Kredite an große Unternehmen	-3	-2	0	0	-1	0	1	..
Margen für durchschnittliche Kredite																
<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																
Gesamt	-1	0	-1	0	-1	1	-1	-1	-3	0	0	1	-1	2	3	..
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	-1	2	-1	-1	2	-1	-1	-1	0	2	2	0	1	2	..
Kredite an große Unternehmen	-2	-1	0	0	-1	2	-1	-1	-3	-1	1	0	-2	2	2	..
Margen für risikoreichere Kredite																
<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																
Gesamt	-4	-3	-1	-1	-2	-2	-1	-1	-3	-2	-1	0	-2	0	1	..
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-3	-3	-1	-2	-1	-2	-1	-1	-1	-2	-1	0	-2	-1	0	..
Kredite an große Unternehmen	-3	-3	-2	-1	-2	-2	-1	-2	-3	-3	-1	0	-2	0	2	..
Genehmigte Kreditanträge																
<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																
Anteil bezogen auf das Gesamtvolumen	0	-1	-1	0	-1	0	1	..
Kreditnachfrage																
<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																
Gesamt	-1	-2	0	0	-2	0	-3	-2	1	-1	-2	0	-1	1	1	1
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	-1	-1	-1	-2	0	-1	-2	0	0	0	1	-1	1	1	1
Kredite an große Unternehmen	-3	-2	-1	-1	-2	-1	-2	-1	0	-1	-2	0	-1	1	-1	0
Kurzfristige Kredite (Laufzeit bis zu einem Jahr)	1	0	-1	-1	-1	0	0	0	1	-1	-1	0	0	0	1	0
Langfristige Kredite (Laufzeit über ein Jahr)	0	-1	0	1	-2	0	-3	-2	-1	0	-1	1	-1	1	-1	1
Einfluss von Refinanzierungskosten und bilanziellen Restriktionen auf:																
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																
Kreditbedingungen	-4	-3	-1	-1	-3	-1	-1	..
Margen für durchschnittliche Kredite	-3	-2	0	-1	-3	-1	-1	..
Margen für risikoreichere Kredite	-4	-2	0	-1	-4	-1	-1	..
Einfluss der Wettbewerbssituation auf																
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																
Kreditbedingungen	0	0	1	0	-1	3	2	..
Margen für durchschnittliche Kredite	1	1	3	2	-1	2	2	..
Margen für risikoreichere Kredite	-1	0	0	0	-1	0	1	..
Kreditnachfrage gesamt, ausgewählte Einflussfaktoren																
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																
Anlageinvestitionen	-3	-3	-1	1	-4	-1	-5	-5	-3	-2	-1	1	-1	0	-2	..
Allgemeines Zinsniveau	0	0	0	0	0	0	1	..
Refinanzierung, Umschuldung und Neuverhandlung	-1	0	0	-1	-1	1	1	0	0	1	0	1	0	3	1	..
Innenfinanzierung	0	0	0	0	2	0	0	-1	-1	-1	-1	-1	-3	-3	-2	..
Begebung/Tilgung von Schuldverschreibungen	0	-2	-2	-2	-2	-1	0	-1	-2	0	-2	-1	-1	-1	-1	..

Quelle: OeNB.

¹ Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

² Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

Trotz der im Aggregat weitgehend unveränderten Nachfrage ermöglichen die Umfrageergebnisse Aussagen über ihre Einflussfaktoren. Seit dem ersten Quartal 2016 zeigte sich die Innenfinanzierung der Unternehmen als dämpfender Faktor. Auch der schwächer gewordene Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen trat zuletzt wieder leicht negativ in Erscheinung. Dieser Faktor war seit 2008 fast durchgehend das dominierende Hemmnis für die Entwicklung der gesamten Kreditnachfrage gewesen – zuletzt mit besonderer Deutlichkeit im zweiten Halbjahr 2014 und in geringerem Ausmaß im ersten Halbjahr 2015. Positive Entwicklungen bzw. Erwartungen hinsichtlich der Bruttoanlageinvestitionen² schlagen hier also (noch) nicht durch. Alternative Finanzierungsquellen könnten der Grund dafür sein (z. B. Anleihefinanzierung oder Innenfinanzierung).

2 Kredite an private Haushalte: Situation weitgehend unverändert

Schon seit einigen Quartalen sind der Umfrage kaum Änderungen des Angebots- und Nachfrageverhaltens im Privatkundengeschäft zu entnehmen. In den letzten zwei Jahren fielen Entwicklungen hinsichtlich der Nachfrage und der Margen vom vierten Quartal 2014 bis zum dritten Quartal 2015 auf (siehe Tabelle 2). Dabei war vor allem ein Anstieg der Nachfrage nach Wohnbaukrediten bei gleichzeitiger Verschärfung der Margen (höhere Margen) für risikoreichere Wohnbaukredite zu beobachten, während die Margen für

durchschnittliche Wohnbaukredite nahezu unverändert blieben. Im selben Zeitraum wurden die Margen für durchschnittliche Konsumkredite gelockert (geringere Margen). Die Entwicklung bei jenen für risikoreichere Konsumkredite war nicht eindeutig. Langfristig fiel die Margenentwicklung bei risikoreicheren Krediten generell restriktiver aus als bei durchschnittlichen Krediten (siehe Grafik 5 im letzten Bericht zur Umfrage über das Kreditgeschäft).³

3 Retail- und Wholesale-Refinanzierung: negative Entwicklung vorerst gestoppt

Seit Anfang 2014 ist den Ergebnissen dieser periodisch durchgeführten Umfrage eine negative Entwicklung beim Zugang der österreichischen Banken zu Refinanzierungsquellen zu entnehmen, die sich im Verlauf des Jahres 2015 intensiviert und auch im Euroraum-Vergleich auffällig ist. Vor allem der Zugang zu langfristigen Einlagen und die Möglichkeit, mittel- bis langfristige Anleihen (Schuldtitel) zu begeben, waren betroffen.⁴

Seit dem Frühjahr 2016 kam es jedoch zu einer Entschleunigung und schließlich im dritten Quartal 2016 weitgehend zu einem Stopp der Abwärtsentwicklung. Zwei Umfrageteilnehmer vermerkten zwar leichte Verschlechterungen beim Zugang zur mittel- bis langfristigen Anleiherfinanzierung, zwei andere Umfrageteilnehmer gaben jedoch leichte Verbesserungen an. Insgesamt erscheint die Situation stabil – auch im Ausblick auf das vierte Quartal 2016, wobei nicht vergessen werden darf, dass sich die Bedingungen zuvor

² WIFO und IHS erwarten für 2016 und 2017 ein Wachstum der realen Bruttoanlageinvestitionen. WIFO: 3,4% und 2,3%. IHS: 2,7% und 2,2%. Prognosen vom September 2016.

³ Statistiken – Daten & Analysen Q3/16, S. 48, Oesterreichische Nationalbank.

⁴ Ausführlichere Diskussionen zu dieser Thematik finden sich in vorherigen Berichten zur Umfrage über das Kreditgeschäft: Statistiken – Daten und Analysen Q1/16, S. 32 ff, und Q2/16, S. 30 ff, jeweils Abschnitt 3, Oesterreichische Nationalbank.

Tabelle 2

Kredite an private Haushalte

Veränderung im jeweiligen Quartal¹, Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten², Antworten von 7 Banken

	2013				2014				2015				2016			
	Q1	Q2	Q3	Q4												
Kreditrichtlinien																
<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																
Wohnbaukredite	0	1	0	0	0	0	1	0	0	2	0	-1	0	-2	1	-1
Konsumkredite und sonstige Kredite	0	1	0	0	0	1	1	0	-1	1	0	-1	0	0	1	0
Kreditbedingungen																
<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																
Wohnbaukredite	-1	-1	0	-1	0	-1	0	..
Konsumkredite und sonstige Kredite	1	0	0	0	0	0	0	..
Margen für durchschnittliche Kredite																
<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																
Wohnbaukredite	1	1	1	1	1	2	1	-1	0	0	0	-1	1	1	1	..
Konsumkredite und sonstige Kredite	0	-1	1	1	1	2	0	1	3	1	1	0	-1	0	0	..
Margen für risikoreichere Kredite																
<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																
Wohnbaukredite	-1	-1	0	0	0	0	-1	-2	-2	-3	-2	0	-1	0	0	..
Konsumkredite und sonstige Kredite	-1	-2	0	0	0	1	-1	1	1	-2	-1	0	-1	0	0	..
Genehmigte Kreditanträge																
<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																
Wohnbaukredite	1	1	0	0	0	0	0	..
Konsumkredite und sonstige Kredite	-2	-1	-1	-1	0	1	0	..
Kreditnachfrage																
<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																
Wohnbaukredite	2	2	0	-3	1	3	0	1	1	2	3	0	1	1	0	1
Konsumkredite und sonstige Kredite	0	0	0	-3	1	3	0	-2	-1	0	2	-1	0	0	1	1
Nachfrage nach Wohnbaukrediten, ausgewählte Einflussfaktoren																
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																
Aussichten auf dem Wohnimmobilienmarkt und voraussichtliche Entwicklung der Preise für Wohneigentum	3	1	0	-1	0	2	0	1	1	2	1	0	0	0	0	..
Konsumentenvertrauen	1	0	0	0	1	2	1	0	0	0	2	1	2	1	1	..
Allgemeines Zinsniveau	2	3	4	1	2	1	1	..
Kredite von anderen Banken	-1	1	-1	-1	-1	-1	0	-1	-1	0	-1	-2	-2	-1	-1	..
Nachfrage nach Konsumkrediten und sonstigen Krediten, ausgewählte Einflussfaktoren																
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																
Konsumentenvertrauen	0	-1	1	0	0	2	1	-1	0	0	2	0	0	0	0	..
Allgemeines Zinsniveau	1	1	2	0	0	0	1	..
Kredite von anderen Banken	0	0	-1	-1	-1	-1	0	-2	-1	0	0	-1	-1	-1	-1	..
Weiter ausgewählte Einflussfaktoren																
<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																
Wettbewerbssituation -> Margen für durchschnittliche Wohnbaukredite	0	-1	1	-1	1	2	1	..

Quelle: OeNB.

¹ Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

² Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

Tabelle 3

Zugang der Banken zu ausgewählten Refinanzierungsquellen

Veränderung im jeweiligen Quartal¹, Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten², Antworten von 8 Banken (vor 2015 von 5 bis 7 Banken)

	2013				2014				2015				2016			
	Q1	Q2	Q3	Q4												
<i>(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)</i>																
Retail-Refinanzierung																
Kurzfristige Einlagen (bis zu einem Jahr)	-1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	-1	0	1	2	1	1
Langfristige Einlagen (über ein Jahr)	0	2	0	0	-2	-3	-1	-2	-4	-5	-4	-2	1	-1	0	1
<i>(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)</i>																
Unbesicherter Interbankengeldmarkt																
Sehr kurzfristiger Geldmarkt (bis zu einer Woche)	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1
Kurzfristiger Geldmarkt (über eine Woche)	1	1	1	0	-2	0	-1	0	-3	-1	-1	-2	-1	-1	0	1
<i>(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)</i>																
Großvolumige Schuldtitel																
Kurzfristige Schuldtitel ³	0	0	0	0	-1	0	0	0	-3	-2	-1	-2	-2	0	-1	-1
Mittel- bis langfristige Schuldtitel	2	2	0	0	-3	-2	3	1	-1	-4	-2	-5	-4	-2	0	-1

Quelle: OeNB.

¹ Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

² Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

³ Antworten von 5 bzw. 7 Banken (vor 2015 von 4 bis 6 Banken).

zweieinhalb Jahre lang verschlechtert haben und die Lage nun ungünstiger ist. Es bleibt abzuwarten, ob damit die Talsohle der Entwicklung erreicht ist.

4 Auswirkungen des erweiterten Ankaufprogramms: Ertragslage der Banken belastet, mögliche Impulse für die Kreditvergabe

Die an der Umfrage teilnehmenden Banken werden seit 2015 halbjährlich zu den Auswirkungen des erweiterten Programms der EZB zum Ankauf von Vermögenswerten⁵ befragt. Die Ergebnisse fallen – wie schon vor sechs Monaten – gemischt aus.

Am deutlichsten sehen die Banken (drei von acht) leicht negative Auswirkungen auf ihre Gesamtertragslage aufgrund

von gesunkenen Nettozinssmargen⁶ – sowohl im Rückblick auf das letzte Halbjahr als auch im Ausblick auf das kommende. Diese Belastungen wurden mit etwas geringerer Deutlichkeit auch schon für die beiden Halbjahre davor angegeben.

Zwei Banken gestehen dem Ankaufprogramm eine leichte Verbesserung ihrer Finanzierungsbedingungen zu (wieder im Rückblick und im Ausblick). Aktiva, Liquiditäts- und Eigenkapitalpositionen bleiben vom Programm weitgehend unberührt (Rückblick und Ausblick). Hinsichtlich der Aktiva gehen zwei Banken jedoch davon aus, dass ihre Bestände an Staatsanleihen des Euro-raums in den nächsten sechs Monaten etwas steigen werden.

⁵ Der EZB-Rat kündigte am 22. Jänner 2015 zum Zweck der Gewährleistung der Preisstabilität ein erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten an, das ursprünglich mindestens bis September 2016 laufen sollte und in dessen Rahmen monatliche Ankäufe von Vermögenswerten in Höhe von 60 Mrd EUR geplant waren. Mittlerweile wurde die Laufzeit bis mindestens März 2017 verlängert und die monatliche Ankaufsumme auf 80 Mrd EUR erhöht (ab 1. April 2016). Das Programm umfasst Ankäufe auf dem Sekundärmarkt von auf Euro lautenden Anleihen, die von Zentralstaaten des Euro-Währungsgebiets, gewissen im Euroraum ansässigen Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen begeben werden. Zudem werden seit 8. Juni 2016 auch Unternehmensanleihen (ohne Banken) gekauft, die gewissen Kriterien entsprechen. Es schließt auch die Ankaufprogramme für Asset-Backed-Securities (ABSPP) und gedeckte Schuldverschreibungen (CBPP3) mit ein.

⁶ Zinsersparnis abzüglich Zinsaufwendungen im Verhältnis zu den verzinslichen Anlagen.

Hinsichtlich der Liquiditätspositionen vermerkten zwei Banken leicht gestiegene Einlagen von Unternehmen und privaten Haushalten aufgrund des Ankaufprogramms im letzten Halbjahr – im Ausblick auf das kommende Halbjahr erwarten drei Banken leichte Einlagenerhöhungen. Schon im Halbjahr davor wurde eine damals aufgrund des Ankaufprogramms etwas verbesserte Liquiditätsposition (Angaben von zwei Banken) mit gestiegenen Einlagen begründet. Diese durch erhöhte Einlagen vorhandene zusätzliche Liquidität wurde in den letzten sechs Monaten und soll im nächsten Halbjahr sowohl für die Refinanzierung als auch für die Kreditgewährung verwendet werden. Über die Anregung der Kreditvergabe können realwirtschaftliche Impulse entstehen, die das Wachstum beleben und schließlich die Inflation wieder näher an das Preisstabilitätsziel der EZB heranzuführen – die erklärte Absicht des Ankaufprogramms. In vergangenen Umfragen wurden kaum Auswirkungen auf die Kreditvergabe genannt.

Offen bleibt die Frage, ob die angesprochenen leicht gestiegenen Einlagen tatsächlich die vergebene Kreditsumme erhöht haben oder ob die Liquiditätspositionen lediglich strukturell beeinflusst wurden (Substitution von für die Kreditvergabe verwendeter Liquidität aus anderen Quellen). Das kann im Rahmen dieser Umfrage nicht beantwortet werden.

Abgesehen von der Bereitstellung von Liquidität für die Kreditgewährung gab es bisher nur sehr vereinzelt Angaben von Änderungen des Kreditvergabeverhaltens (Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen), die durch das Ankaufprogramm begründet waren. Dementsprechend stellt sich auch der diesbezügliche Ausblick auf das nächste Halbjahr dar.

5 Auswirkungen des negativen Einlagensatzes: Banken berichten in großer Zahl von weiter gesunkenen Zinserträgen und Kreditzinsen

Zum zweiten Mal (erstmalig vor einem halben Jahr, Befragungsrunde April 2016) wurden die an der Umfrage teilnehmenden Banken zu den Auswirkungen des seit Mitte 2014 negativen Zinssatzes der EZB-Einlagefazilität befragt, der die Untergrenze des EZB-Zinskorrident bildet und im Gleichlauf mit den Geldmarktzinsen gesunken ist. (Der Euribor, an den viele variabel verzinsten Kredite gebunden sind, ist seit Februar 2016 in allen Fristigkeiten negativ.)

Wie schon zuletzt berichteten die Banken auch diesmal in großer Anzahl von negativen Auswirkungen auf ihre Erträge⁷ – sieben von acht Banken machten entsprechende Angaben für das letzte Halbjahr. Im Ausblick auf das kommende Halbjahr erwarten sechs von acht Banken weitere negative Effekte auf ihre Erträge. Schon im Zusammenhang mit dem Ankaufprogramm wurden Belastungen der Ertragslage angesprochen (siehe Abschnitt 4).

In geringerem Ausmaß, aber immer noch mit hoher Evidenz, schrieben die Umfrageteilnehmer dem negativen Einlagensatz wiederholt einen Abwärtsdruck auf ihre Kreditzinsen zu. Im Unterschied zur Umfrage vom April 2016 sahen die Banken die Margen im letzten Halbjahr kaum weiter gedrückt. Es zeigten sich wie schon zuletzt auch nahezu keine Auswirkungen auf die Kreditnebenkosten. Zwei von acht Banken meldeten positive Auswirkungen auf ihre Kreditvolumina.

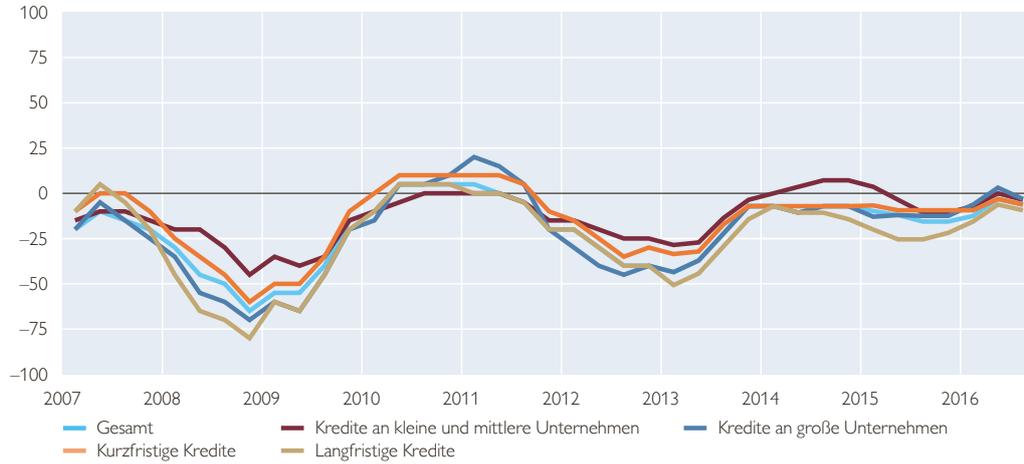
⁷ Gefragt wurde nach den Auswirkungen auf die Nettozinserträge – definiert als Differenz zwischen Zinseinnahmen und Zinsausgaben für die Bestände zinstragender Aktiva und Passiva einer Bank.

Grafik 1

Richtlinien für die Gewährung von Krediten an Unternehmen

Veränderung im letzten Quartal, Ergebnisse für Österreich

Nettoprozensatz, gleitender Durchschnitt der letzten vier Quartale, negative Werte = Verschärfung, positive Werte = Lockerung



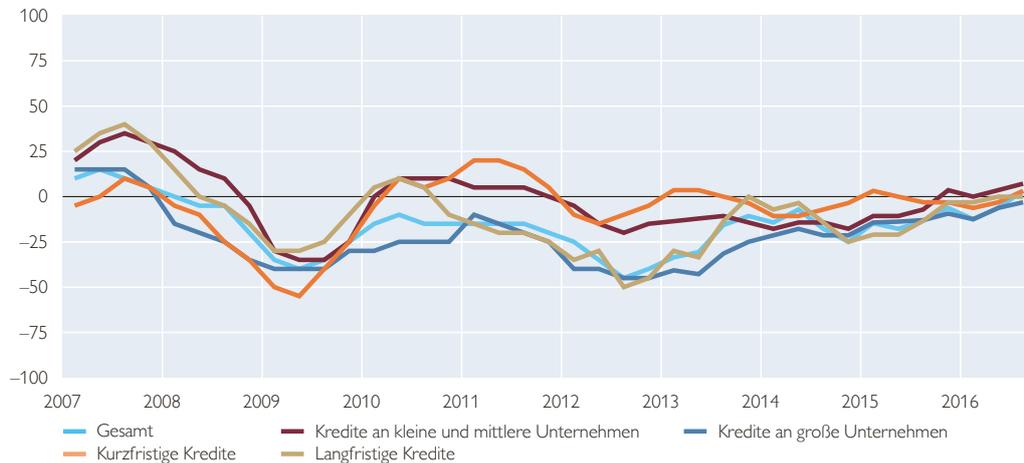
Quelle: OeNB.

Grafik 2

Nachfrage nach Krediten durch Unternehmen

Veränderung im letzten Quartal, Ergebnisse für Österreich

Nettoprozensatz, gleitender Durchschnitt der letzten vier Quartale, negative Werte = Rückgang, positive Werte = Steigerung



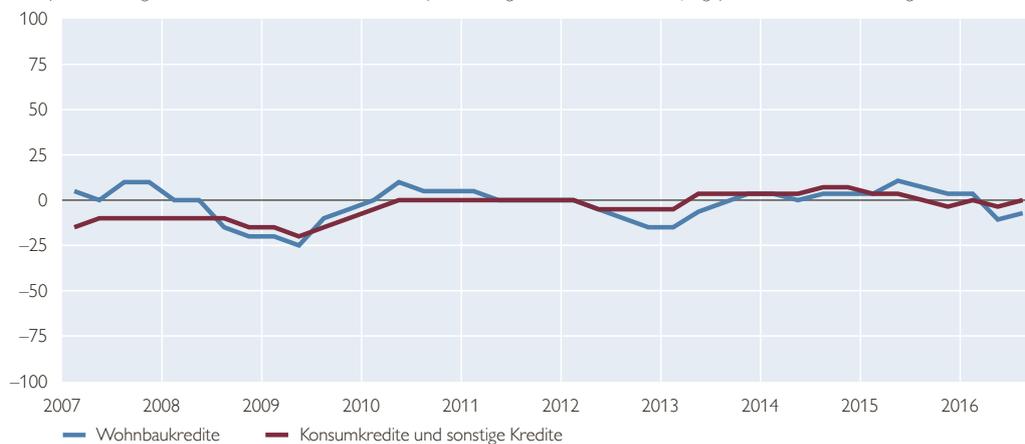
Quelle: OeNB.

Grafik 3

Richtlinien für die Gewährung von Krediten an private Haushalte

Veränderung im letzten Quartal, Ergebnisse für Österreich

Nettoprozensatz, gleitender Durchschnitt der letzten vier Quartale, negative Werte = Verschärfung, positive Werte = Lockerung



Quelle: OeNB.

Grafik 4

Nachfrage nach Krediten durch private Haushalte

Veränderung im letzten Quartal, Ergebnisse für Österreich

Nettoprozensatz, gleitender Durchschnitt der letzten vier Quartale, negative Werte = Rückgang, positive Werte = Steigerung



Quelle: OeNB.

Die Zentralbanken des Euroraums – in Österreich die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) – führen gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) seit Anfang 2003 viermal jährlich eine Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum durch, um ihren Informationsstand über das Kreditvergabeverhalten der Banken und das Kreditnachfrageverhalten von Unternehmen und privaten Haushalten zu verbessern. Dabei werden rund 140 führende Banken aus allen Ländern des Euroraums befragt, darunter acht Institute aus Österreich.

Ab der Umfrage für das erste Quartal 2015 wird ein revidierter und erweiterter Fragebogen verwendet. Einige der aktuell erhobenen Daten sind daher erst ab 2015 verfügbar.

Kreditrichtlinien sind die internen Kriterien – sowohl die schriftlich festgelegten als auch die ungeschriebenen – die bestimmen, unter welchen Voraussetzungen eine Bank Kredite vergeben möchte.

Kreditbedingungen sind die speziellen Verpflichtungen, auf die sich Kreditgeber und Kreditnehmer geeinigt haben (z. B. Margen, Nebenkosten, Sicherheitserfordernisse usw.).

Kreditmargen sind Aufschläge auf relevante Referenzzinssätze bzw. die Differenzen zwischen Kreditzinssätzen und Refinanzierungszinssätzen. Im Rahmen dieser Umfrage wird bei einer Verringerung der Margen von Lockerung und bei einer Erhöhung der Margen von Verschärfung gesprochen. Eine Lockerung der Margen ist für Kreditnehmer positiv, schränkt aber unmittelbar die Ertragsmöglichkeiten der Banken als Kreditgeber ein.

Saldo aus positiven und negativen Antworten: Die Anzahl der Banken, die auf eine Frage in positiver Richtung antworten (z. B. Lockerung der Margen, Steigerung der Nachfrage) abzüglich der Anzahl der Banken, die auf eine Frage in negativer Richtung antworten (z. B. Verschärfung der Margen, Rückgang der Nachfrage). Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen hier als Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

Nettoprozentsatz: Der Saldo aus positiven und negativen Antworten im Verhältnis zu der Anzahl der Antworten insgesamt. Wenn z. B. von acht antwortenden Banken zwei angeben, dass die Nachfrage nach Wohnbaukrediten gestiegen ist, eine angibt, dass die Nachfrage gesunken ist und die übrigen fünf angeben, dass die Nachfrage unverändert geblieben ist, dann ergibt sich ein Saldo von plus eins bzw. ein Nettoprozentsatz von +12,5 (1/8). In diesem Beispiel gibt ein Überhang von nur einer Bank eine Nachfragesteigerung an – zu wenig, um daraus eine allgemeine Aussage abzuleiten. In einem solchen Fall muss von einer weitgehend unveränderten Situation ausgegangen werden.

Wertpapieremissionen stagnieren weiterhin

Emissionen am Anleihe- und Aktienmarkt im ersten Halbjahr 2016

Andrea Fenzal

Die Jahreswachstumsrate des Anleiheumlaufs österreichischer Emittenten stagnierte auch im ersten Halbjahr 2016. Die durchschnittliche Jahreswachstumsrate bei österreichischen Anleihen lag im ersten Halbjahr 2016 bei $-0,5\%$ und damit annähernd auf demselben Niveau wie jene des Euroraums ($-0,6\%$). Vor allem der Bankensektor wies einen kontinuierlichen Rückgang bei der Anleihefinanzierung auf – nicht zuletzt aufgrund der günstigen Tenderoperationen der EZB. Hingegen nützte der öffentliche Sektor vermehrt die Refinanzierung über den Anleihemarkt. Die meisten Emissionen erfolgten bei Anleihen mit einer Laufzeit von 10 bis 15 Jahren.

1 Anleiheemissionen aller Sektoren

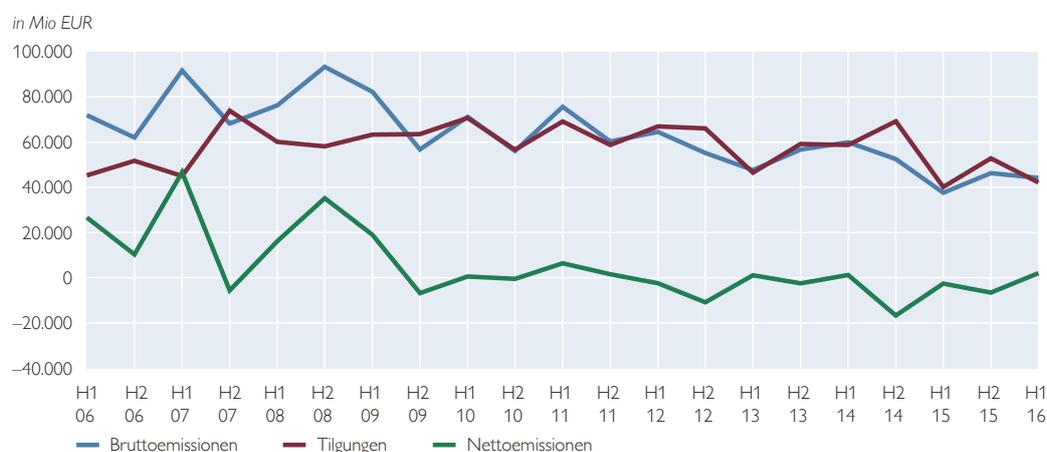
Seit rund vier Jahren stagniert die Jahreswachstumsrate des Anleiheumlaufs durchwegs im negativen Bereich. Lediglich im April sowie Mai 2016 konnten wieder knapp positive Jahreswachstumsraten von $0,3\%$ und $0,2\%$ erreicht werden. In den letzten zehn Jahren war besonders im Oktober 2006 und Dezember 2007 (durchschnittliche Jahreswachstumsrate $14,1\%$) sowie im Dezember 2008 und im Juli 2009 ($13,1\%$) eine rege Emissionstätigkeit am österreichischen Anleihemarkt zu beobachten. Erstmals im Lauf des Jahres 2010 waren Rückgänge bei der Jahreswachstumsrate zu verzeichnen. Ab

Juni 2012 blieb sie durchwegs im negativen Bereich (durchschnittliche Jahreswachstumsrate $-2,1\%$); unter anderem eine Folge der günstigen Refinanzierung des Bankensektors über die Tenderoperationen der EZB.

Das Umlaufvolumen sank in den letzten vier Jahren zwar von $496,2$ Mrd EUR auf $459,8$ Mrd EUR (Stand Juni 2016), vergleicht man aber mit 2006 – als das Volumen $364,3$ Mrd EUR betrug – lässt sich ein Anstieg von $26,2\%$ erkennen. Die aktuell geringe Emissionstätigkeit zeigt sich daran, dass im ersten Halbjahr 2016 Nettoemissionen lediglich im Umfang von $2,0$ Mrd EUR erfolgten. Im Vergleich dazu lag der Durchschnitt der per saldo begebenen

Grafik 1

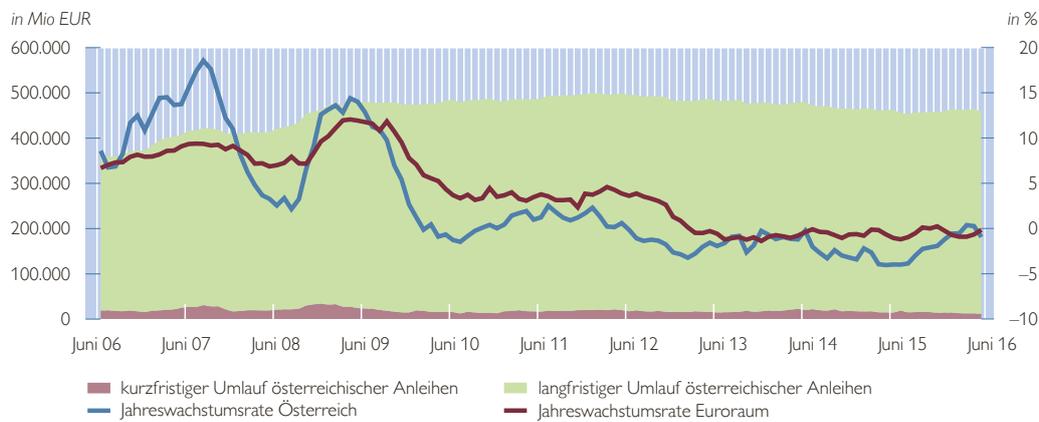
Wertpapieremissionen von Anleihen in Österreich



Quelle: OeNB.

Grafik 2

Anleiheumlauf von österreichischen Emittenten, gegliedert nach Fristigkeit



Quelle: OeNB und EZB.

Anleihen seit 2006, jeweils kumuliert über sechs Monate, bei 5,3 Mrd EUR.

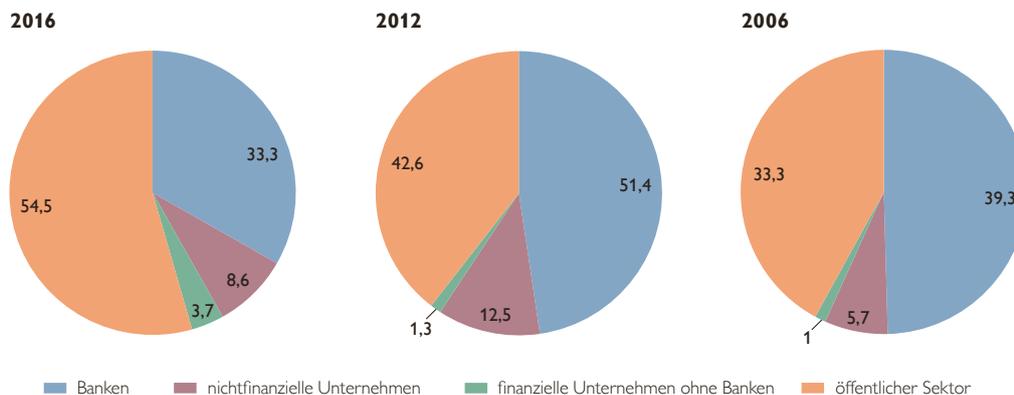
Bei der Fristigkeit der Finanzierung über Anleihen wird im Betrachtungszeitraum von Juni 2006 bis Juni 2016 erkennbar, dass langfristige Finanzierungen über den Anleihemarkt während dieser Jahre überproportional zugenommen haben. Der Umlauf kurzfristiger Anleihen (Laufzeit von maximal 12 Monaten) reduzierte sich um 39,7% von 18,7 Mrd EUR im Juni 2006 auf 11,3 Mrd EUR im Juni 2016. Hingegen stieg der Umlauf langfristiger Anleihen (Laufzeit von über 12 Monaten)

um 29,8% von 345,6 Mrd EUR im Juni 2006 auf 448,5 Mrd EUR im Juni 2016. Damit sank auch der Anteil der kurzfristigen Anleihen am Gesamtumlauf aller Anleihen im Betrachtungszeitraum um 2,7 Prozentpunkte auf 2,5%. Die begebenen Anleihen mit einer Ursprungslaufzeit von 10 bis 15 Jahren waren mit einem Anteil von rund 30% am Gesamtvolumen die beliebteste Laufzeitkategorie, gefolgt von Anleihen mit einer Laufzeit von 7 bis 10 Jahren (17,5%) und 15 bis 30 Jahren (15,2%).

Im Euroraum lag die durchschnittliche Jahreswachstumsrate im ersten

Grafik 3

Anteil der Sektoren am Umlaufvolumen in Österreich



Quelle: OeNB.

Halbjahr 2016 bei $-0,6\%$. Mit $-0,5\%$ hatte sie im März 2013 erstmals einen negativen Wert erreicht und war ab diesem Zeitpunkt bis auf zwei Ausnahmen (Oktober und Dezember) im zweiten Halbjahr 2015 durchgängig negativ. Grund dafür waren vor allem Entwicklungen in Ländern wie Griechenland, Irland, Luxemburg und Italien, die sehr hohe negative kumulierte Nettoemissionen aufwiesen. Vergleichsweise gab es im Euroraum im Jahr 2009 noch Wachstumsraten von über 10% .

Frankreich hat mit $22,7\%$ den größten Anteil am Gesamtvolumen der Euroraum-Anleihen, gefolgt von Deutschland mit $18,7\%$, Italien mit $17,0\%$ und den Niederlanden mit $11,3\%$. Österreich nimmt mit einem Anteil von $2,8\%$ den 9. Rang ein.

In den folgenden Abschnitten werden die einzelnen Sektoren analysiert und mit den Euroraum-Werten verglichen. Grafik 3 zeigt die Veränderung der Anteile der einzelnen Sektoren am gesamten Umlaufvolumen für Österreich.

2 Anleihen des Bankensektors

Der Bankensektor wies ab Ende 2009 durchgehend negative Werte bei den Nettoemissionen auf, mit durchschnittlichen Jahreswachstumsraten von $-6,1\%$. Im ersten Halbjahr 2016 ist ein deutliches Abflauen der negativen Jahreswachstumsrate zu erkennen (Juni 2016: $-3,6\%$). Aufgrund der fortgesetzt negativen Nettoemissionen verringerte sich der Umlauf der Anleihen des Bankensektors um $27,7$ Mrd EUR und sank damit weit unter den Stand von 2006 ($180,6$ Mrd EUR). Das Anleiheumlaufvolumen der Banken hat mit Juni 2016 einen Anteil von $33,3\%$ am Gesamtvolumen aller Sektoren und liegt damit 6 Prozentpunkte unter dem von 2006. Zwischenzeitlich war sogar ein Anteil des Bankensektors am gesamten Umlaufvolumen von $58,9\%$ (Februar 2009) zu beobachten. Die durchgängig rückläufige Anleiherfinanzierung seitens der Banken ist eine Folge der günstigen Refinanzierungsalternativen, insbesondere der Tenderoptionen der EZB.

Grafik 4

Jahreswachstumsraten des Umlaufvolumens der Bankanleihen



Quelle: EZB.

Die Länder im Euroraum mit dem größten Anteil von Bankanleihen sind Deutschland mit 27,9%, Frankreich mit 26,3% und Italien mit 13,7%. Österreich nimmt mit 3,6% immerhin noch den fünften Platz ein. Bei Betrachtung der Banken über den gesamten Euroraum zeigt sich seit 2013 abermals ein deutlicher Rückgang der Anleihefinanzierung. In diesem Jahr fiel die Jahreswachstumsrate des Umlaufvolumens von Banken im Euroraum sogar auf – 9,2% (Tiefststand im August 2013).

3 Anleihen des öffentlichen Sektors

In den letzten Jahren war der öffentliche Sektor der aktivste Nutzer des Anleihemarkts. Mit wenigen Ausnahmen wies dieser Sektor durchwegs positive Jahreswachstumsraten auf. Das Volumen erhöhte sich im Vergleich zu dem vor 10 Jahren um 63,5%; sein Anteil am österreichischen Anleihemarkt stieg um 21,2 Prozentpunkte auf 54,5%. Die Refinanzierung der öffentlichen Hand über den österreichischen Anleihemarkt betrug per Juni 2016 250,5 Mrd EUR. Im ersten Halbjahr 2016 wurden per saldo Staatsanleihen in Höhe von 1,9 Mrd EUR emittiert.

Nur 1,4% der Anleihen des öffentlichen Sektors hatten eine Laufzeit von bis zu einem Jahr. 98,6% waren im Juni 2016 langfristige Anleihen (mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten). Gliedert man langfristige Anleihen nach Ursprungslaufzeiten, so zeigt sich, dass knapp 40% aller Anleihen des öffentlichen Sektors eine Laufzeit von 10 bis 15 Jahren haben, während die Laufzeitkategorien 1 bis 2 Jahre bzw. 2 bis 5 Jahre zusammen weniger als 1% aller Staatsanleihen ausmachen.

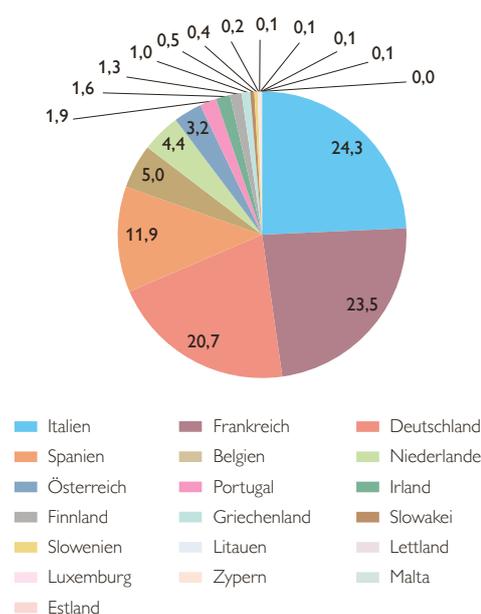
Auch im Euroraum gab es durchwegs einen Anstieg des Umlaufvolumens von Staatsanleihen. Im ersten Halbjahr 2016 stand das Volumen der

im Umlauf befindlichen Anleihen des öffentlichen Sektors im Euroraum bei 7.863 Mrd EUR und war somit um 2,2% größer als im Vorjahr. Etwa 80% aller Euroraum-Anleihen des öffentlichen Sektors wurden von nur vier Ländern begeben: Italien hat einen Anteil von 24,3%, gefolgt von Frankreich mit 23,5%, Deutschland mit 20,7% und Spanien, das etwa halb so viel emittierte wie Frankreich. Österreich war mit einem Anteil von 3,2% der siebtgrößte Emittent von Anleihen des öffentlichen Sektors.

Grafik 5

Anteil der Euroraum-Länder an Anleihen des öffentlichen Sektors im Euroraum

in %

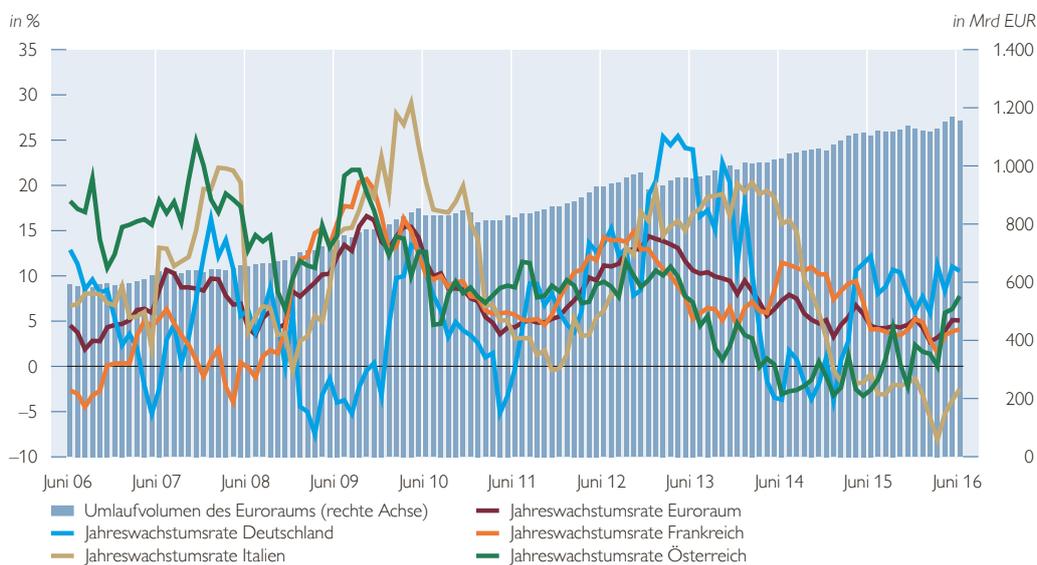


Quelle: EZB.

4 Anleihen der nichtfinanziellen Unternehmen

Während sich die Banken in den letzten Jahren weniger über den Anleihemarkt refinanzierten, nutzten die nichtfinanziellen Unternehmen (mit einer Jahreswachstumsrate von 1,7% im Juni 2016) diese Finanzierungsform verstärkt. Die durchschnittliche Jahreswachstumsrate

Anleihen der nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum



Quelle: EZB.

der vergangenen zehn Jahre liegt bei 1,5%. Der Umlaufanteil der Unternehmen am gesamten Anleihemarkt stieg in den vergangenen zehn Jahren um 2,9 Prozentpunkte auf einen Anteil von 8,6%. Im ersten Halbjahr 2016 emittierten die Unternehmen netto Anleihen im Umfang von 386 Mio EUR.

Knapp 70% aller Anleihen von nichtfinanziellen Unternehmen werden mit einer Ursprungslaufzeit zwischen 5 und 15 Jahren begeben. Mehr als die Hälfte davon hat eine Ursprungslaufzeit von 5 bis 10 Jahren. Kurzfristige Anleihen und Anleihen mit einer Laufzeit bis zwei Jahre scheinen für Unternehmen keine sinnvolle alternative Finanzierungsform zu sein.

Im Euroraum lag die Jahreswachstumsrate im Unternehmenssektor deutlich höher als in Österreich, es zeigte sich aber ein kontinuierliches Abflauen der Emissionstätigkeit in den letzten Jahren. Während die durchschnittliche Jahreswachstumsrate der letzten zehn Jahre bei 8,0% lag, be-

trug diese im Juni 2016 nur mehr 5,1%. Das anhaltende Abflachen der Wachstumsrate ist hauptsächlich durch Frankreich bedingt. Während in allen anderen Sektoren zumindest zwei Länder zusammen einen Anteil von rund 50% am Euroraum-Umlaufvolumen stellten, wies bei den nichtfinanziellen Unternehmen Frankreich allein einen Anteil von knapp 50% auf. Das Euroraum-Umlaufvolumen bei nichtfinanziellen Unternehmen betrug im Juni 2016 1.154,7 Mrd EUR und hat sich somit im Vergleich zum Stand 2006 um 95,3% erhöht. Nicht nur Frankreich galt als wichtigster Wachstumstreiber im Euroraum. Deutschland hatte mit einem Volumen – das fast viermal so hoch war wie das Anleihevolumen österreichischer Unternehmen – ein Wachstum von 10,5% und galt neben Frankreich als wichtigster Wachstumstreiber für den Anstieg der Jahreswachstumsrate im Euroraum. Italien lag mit –2,5% hingegen weit unter dem Euroraum-Durchschnitt.

5 Anleihen des Sektors für finanzielle Unternehmen ohne Banken

Der Sektor der Nichtbanken-Finanzintermediäre umfasst unter anderem firmeneigene Finanzinstitute, Kapitalgeber, Pensionskassen und Versicherungsinstitute und spielt aufgrund seines Umlaufvolumens in Höhe von 17,0 Mrd EUR – und damit einem Anteil am österreichischen Gesamtvolumen mit gerade einmal 3,7% – eine eher untergeordnete Rolle. Trotz der seit April 2015 durchgehend negativen Jahreswachstumsrate von durchschnittlich –0,7% konnte dieser Sektor seinen Umlaufanteil in den vergangenen zehn Jahren um 2,7 Prozentpunkte anheben. Im ersten Halbjahr 2016 überstiegen die Tilgungen die Bruttoemissionen um 3,7 Mrd EUR. Im Vergleichszeitraum 2015 lagen die kumulierten Nettoemissionen bei –846 Mio EUR.

Auch auf Euroraumebene ist die Jahreswachstumsrate per Juni 2016 im negativen Bereich (–2,2%). Den größten Anteil am Euroraum-Umlaufvolumen der finanziellen Unternehmen ohne Banken wiesen die Niederlande mit 28,4% auf, gefolgt von Luxemburg mit 19,8% und Irland mit 17%. Bei der Betrachtung der Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren ist ein markanter Rückgang des Anteils der Niederlande (–21,9 Prozentpunkte) und Spaniens (–16,3 Prozentpunkte) zu erkennen.

6 Börsennotierte Aktien

Die Marktkapitalisierung der an der Wiener Börse notierten Aktien betrug mit Ende des Halbjahres 2016 81,6 Mrd EUR. Im ersten Halbjahr 2016 reduzierte sich die Börsenkapitalisierung – wie schon die Jahre davor – weiter merklich (–10,7% bzw. –9,8 Mrd EUR). Betrachtet man die einzelnen Sektoren, so ist der Bankensektor der Haupttreiber des Rückgangs der Marktkapitalisierung (–22,4% im ersten Halbjahr 2016); er hat einen Anteil von 18,4% an allen börsennotierten Aktien in Österreich. Mit einem Anteil von 76,5% ist der Sektor der nichtfinanziellen Unternehmen der größte Emittent. Die Börsenkapitalisierung beträgt in diesem Sektor 62,4 Mrd EUR; sie reduzierte sich in den ersten sechs Monaten 2016 um 5,7%.

Im Euroraum war der Rückgang der Börsenkapitalisierung per Juni 2016 mit –7,9% um knapp 3 Prozentpunkte geringer als der in Österreich. Wie auch in Österreich ist der Sektor der nichtfinanziellen Unternehmen mit einem Anteil von 79,7% der größte. Die Veränderung des Umlaufvolumens der börsennotierten Aktien im Euroraum liegt bei den nichtfinanziellen Unternehmen bei –5,7%, im Vergleich zum Bankensektor, wo im ersten Halbjahr 2016 ein Rückgang der Börsenkapitalisierung um knapp ein Drittel erfolgte.

Der KMU-Faktor: Einfluss auf das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko von Risikopositionen gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen und Abbildung im aufsichtsstatistischen Meldewesen

Stefan Kinschner,
Christoph Leitner¹

Bei der Finanzierung ihrer laufenden Geschäftstätigkeit sind kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) zu einem großen Teil abhängig von Bankkrediten. Die Kreditvergabe der Banken hängt wiederum stark von den Eigenmittelvorschriften ab. Um KMUs einfacheren Zugang zu Krediten zu verschaffen, wurde 2013 der sogenannte KMU-Faktor eingeführt, durch den die Eigenmittelvorschriften der Banken für das Kreditrisiko von Risikopositionen gegenüber KMUs erleichtert werden. Der vorliegende Beitrag zeigt einen Überblick über die generelle Berechnung des Eigenmittelerfordernisses der Banken für das Kreditrisiko von Risikopositionen gegenüber KMUs und analysiert den Einfluss verschiedener Faktoren (wie dem KMU-Faktor) auf das Risikogewicht. Eingegangen wird auch auf die Abbildung des KMU-Faktors im aufsichtsstatistischen Meldewesen.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) spielen eine wesentliche Rolle für wirtschaftliches Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Europäischen Union (EU). Um ein adäquates Maß der Kreditvergabe durch Banken an KMUs – die notwendige Investitionen für die Zukunft tätigen müssen und dabei nur geringe alternative Finanzierungsquellen zur Verfügung haben – sicherzustellen, wurde im Jahr 2013 beschlossen, das Eigenmittelerfordernis von Risikopositionen gegenüber KMUs, die 1,5 Mio EUR² nicht übersteigen, durch die Anwendung eines Unterstützungsfaktors i. H. v. 0,7619 zu reduzieren (siehe EU, 2013 und EBA, 2016). Mit diesem Faktor versucht man den negativen Auswirkungen auf die Kreditvergabe an KMUs, resultierend aus der Erhöhung des Mindestkapitals von 8% auf 10,5% im Rahmen von Basel III, entgegenzuwirken ($8\% / 10,5\% = 0,7619$).

Dieser Artikel soll in weiterer Folge das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko von Risikopositionen gegenüber KMUs beleuchten und gliedert sich wie folgt: In Kapitel 1 wird der Begriff KMU kurz definiert. Danach wird das Eigenmittelerfordernis für die Forderungsklassen „Risikopositionen gegenüber Unternehmen“ und „Risikopositionen aus dem Mengengeschäft“ im Standard-Ansatz (Kapitel 2) und internen risikobasierten (IRB-) Ansatz (Kapitel 3) erläutert. Dabei werden Unterschiede bei der Behandlung von Risikopositionen gegenüber KMUs und Risikopositionen gegenüber Großunternehmen deutlich. Anhand der Formeln für den IRB-Ansatz für Risikopositionen gegenüber Unternehmen soll in Kapitel 4 der (theoretische) Einfluss des KMU-Faktors und der Unternehmensgröße auf das Risikogewicht, die Ausfallwahrscheinlichkeit

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen, stefan.kinschner@oenb.at, christoph.leitner@oenb.at

² Dieser Grenzwert bezieht sich auf den dem Institut sowie dem Mutterunternehmen und dessen Tochterunternehmen vom Kunden oder von der Gruppe verbundener Kunden insgesamt geschuldeten Betrag einschließlich etwaiger ausgefallener Risikopositionen, mit Ausnahme von Forderungen oder Eventualforderungen, die durch Wohnimmobilien besichert sind. Die Europäische Bankenaufsicht (EBA) konnte in ihrem Bericht über KMUs und den KMU-Faktor keine empirische Grundlage für diesen Grenzwert finden.

und die Korrelation genauer beleuchtet werden. In Kapitel 5 wird schließlich auf die Abbildung des KMU-Faktors im Meldewesen eingegangen.

1 Definition von kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs)

Laut Europäischer Kommission (EK) gilt jede Einheit, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt, als Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform. Dazu gehören insbesondere auch jene Einheiten, die eine handwerkliche Tätigkeit oder andere Tätigkeiten als Einpersonen- oder Familienbetriebe ausüben, sowie Personengesellschaften oder Vereinigungen, die regelmäßig einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen (EU, 2003).

Ein Unternehmen ist laut Empfehlung der EK als KMU zu klassifizieren, wenn es weniger als 250 Personen beschäftigt und entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio EUR erwirtschaftet oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio EUR nicht überschreitet (EU, 2003). In der Capital Requirements Regulation (CRR) wird jedoch lediglich der Jahresumsatz als Kriterium berücksichtigt (siehe EU, 2013)³.

2 Standardansatz (Kreditrisiko)

Beim Standardansatz hängt das Risikogewicht von der Forderungsklasse und der Bonitätsbeurteilung einer externen Ratingagentur (External Credit Assessment Institution, ECAI) ab. Das Eigenmittelerfordernis von Risikopositionen gegenüber KMUs kann bei Risikopositionen, die 1,5 Mio EUR nicht übersteigen, durch die Anwendung eines

Unterstützungsfaktors i. H. v. 0,7619 (dem sogenannten KMU-Faktor) reduziert werden (siehe EU, 2013).

Risikopositionen, die die folgenden Kriterien erfüllen, können der Forderungsklasse „Risikopositionen aus dem Mengengeschäft“ zugeordnet werden und mit einem einheitlichen Risikogewicht von 75 % angerechnet werden.

- Die Risikoposition besteht entweder gegenüber natürlichen Personen oder einem KMU,
- sie ist eine von vielen Risikopositionen mit ähnlichen Merkmalen, so dass die Risiken dieser Darlehensgeschäfte erheblich reduziert werden,
- der dem Institut sowie dem Mutterunternehmen und dessen Tochterunternehmen vom Kunden oder von der Gruppe verbundener Kunden insgesamt geschuldete Betrag einschließlich etwaiger überfälliger Positionen, mit Ausnahme von Risikopositionen, die vollständig durch Wohnimmobilien besichert sind und die der in Artikel 112 Buchstabe i genannten Risikopositionsklasse zugewiesen wurden, ist – soweit dem Institut bekannt – nicht höher als 1 Mio EUR. Das Institut unternimmt angemessene Schritte, um sich diese Kenntnis zu verschaffen (siehe EU, 2013).

Handelt es sich hingegen um „Risikopositionen gegenüber Unternehmen“, werden die Risikogewichte bei Vorliegen eines ECAI-Ratings⁴ wie folgt zugewiesen:

Bonitätsstufe	1	2	3	4	5	6
Risikogewicht	20%	50%	100%	100%	150%	150%

³ Wie im Bericht der EBA (2016) erwähnt wird, wird der Begriff KMU in der CRR nur im Rahmen der Anwendung des KMU-Faktors definiert, nicht jedoch im Standard- und IRB-Ansatz. Um sicherzustellen, dass alle Banken eine einheitliche Definition verwenden, wird vorgeschlagen, eine Harmonisierung des KMU-Begriffs in der CRR in Betracht zu ziehen.

⁴ In Österreich werden nur sehr wenige große Unternehmen von ECAIs geratet.

Gibt es keine solche Bonitätsbeurteilung, wird ein Risikogewicht i. H. v. 100% zugewiesen bzw. für den Fall, dass das Risikogewicht für Risikopositionen gegenüber dem Zentralstaat, in dessen Hoheitsgebiet das Unternehmen seinen Sitz hat, höher ist, dann wird dieses angesetzt (siehe EU, 2013).

3 IRB-Ansatz (Kreditrisiko)

Banken, die bestimmte Mindestvoraussetzungen erfüllen, dürfen ihre risikogewichteten Positionsbeträge anhand des IRB-Ansatzes berechnen. Während eine Bank beim einfachen IRB-Ansatz nur die Ausfallwahrscheinlichkeit (Possibility of Default, PD) intern bestimmen darf und die weiteren relevanten Parameter Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls (Exposure at Default, EAD), Verlust zum Zeitpunkt des Ausfalls (Loss Given Default, LGD) und die Laufzeit (Maturity, M) vorgegeben werden, darf diese bei Verwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes alle vier Parameter selbst bestimmen. Die Berechnungsmethode hängt von der jeweiligen Forderungsklasse ab. Kredite an KMUs bis zu einer Obergrenze von 1 Mio EUR können der Forderungsklasse „Risikopositionen aus dem Mengengeschäft“ zugeordnet werden und werden deshalb einer weniger strengen Korrelationsberechnung unterworfen, was sich wiederum positiv auf das Risikogewicht auswirkt. Risikopositionen, die hingegen der Kategorie „Risikopositionen gegenüber Unternehmen“ zuzuordnen sind, dürfen mit einem Jahresumsatz bis zu 50 Mio EUR mit einem entsprechend der Unternehmensgröße verringerten Risikogewicht angerechnet werden. Das Eigenmittelerfordernis von Risikopositionen gegenüber KMUs kann bei Risikopositionen, die 1,5 Mio EUR nicht übersteigen,

durch die Anwendung eines Unterstützungsfaktors i. H. v. 0,7619 (dem sogenannten KMU-Faktor) reduziert werden (EU, 2013).

3.1 Forderungsklasse „Risikopositionen gegenüber Unternehmen“

Das Risikogewicht (RW) für die Forderungsklasse „Risikopositionen gegenüber Unternehmen“ wird für eine PD zwischen 0 und 1 wie folgt berechnet:

$$RW = \left[LGD \times N \left(\frac{1}{\sqrt{1-R}} \times G(PD) + \sqrt{\left(\frac{R}{1-R} \right)} \times G(0,999) \right) - LGD \times PD \right] \times \frac{1 + (M - 2,5) \times b}{1 - 1,5 \times b} \times 12,5 \times 1,06$$

wobei $N(x)$ für die kumulative Verteilungsfunktion einer standardnormalverteilten Zufallsvariable, $G(x)$ für die inverse kumulative Verteilungsfunktion einer standardnormalverteilten Zufallsvariable steht, mit einer Laufzeit (M , in Jahren), einem Laufzeitanpassungsfaktor (b)⁵ und dem Korrelationskoeffizienten (R), welcher von der PD und dem Gesamtjahresumsatz (S in Mio EUR) abhängt:

$$R = 0,12 \times \frac{1 - e^{-50 \times PD}}{1 - e^{-50}} + 0,24 \times \left[1 - \left(\frac{1 - e^{-50 \times PD}}{1 - e^{-50}} \right) \right] - 0,04 \times \left(1 - \frac{\min\{\max\{5, S\}, 50\} - 5}{45} \right)$$

Da Banken lediglich Kapital gegen unerwartete Verluste halten müssen (erwartete Verluste sollten vollständig in

⁵ Der Laufzeitanpassungsfaktor b wird mittels Regressionsgerade über die PD geglättet: $b = (0,11852 - 0,05478 \times \ln(PD))^2$.

den Bankprodukten eingepreist sein), wird der erwartete Verlust vom Value-at-Risk (VaR)⁶ mit einem Konfidenzintervall von 99,9% abgezogen. In der Laufzeitanpassung findet sich wieder, dass langfristige Kredite risikoreicher als kurzfristige Kredite sind und jene Laufzeiteffekte bei niedrigen PDs stärker ausfallen als bei höheren PDs.

Für einen Gesamtjahresumsatz von 50 Mio EUR (oder mehr) steigt⁷ der Korrelationskoeffizient von 0,12 (PD = 1) mit sinkender PD auf 0,24 (PD = 0). Mit sinkendem Gesamtjahresumsatz wird der Korrelationskoeffizient reduziert, wobei die maximale Reduktion für einen Gesamtjahresumsatz ≤ 5 Mio EUR 0,04 beträgt. Die sogenannte Asset-Korrelation nimmt somit mit steigenden PDs ab und steigt mit der Größe des Unternehmens (siehe Basel Committee on Banking Supervision, 2005; EU, 2013).

3.2 Forderungsklasse „Risikopositionen aus dem Mengengeschäft“ (Retail)

Folgende Kriterien müssen erfüllt sein, um der Forderungsklasse „Risikopositionen aus dem Mengengeschäft“ zugeordnet werden zu können:

- a) Es sind
 - i Risikopositionen gegenüber einer oder mehreren natürlichen Personen,
 - ii Risikopositionen gegenüber einem KMU, wenn in diesem Fall der dem Institut und den Mutterunternehmen und dessen Tochterunternehmen vom Kunden oder von der Gruppe verbundener Kunden insgesamt geschuldete Betrag, einschließlich etwaiger überfälliger

Risikopositionen, jedoch mit Ausnahme von Risikopositionen, die durch Wohneigentum besichert sind, soweit dem Institut bekannt nicht über 1 Mio EUR hinausgeht; das Institut muss angemessene Schritte unternommen haben, um sich von der Richtigkeit seines Kenntnisstands zu überzeugen,

- b) sie werden vom Institut im Risikomanagement im Zeitverlauf konsistent und in vergleichbarer Weise behandelt,
- c) sie werden nicht genauso individuell wie Risikopositionen der Risikopositionsklasse „Risikopositionen gegenüber Unternehmen“ gesteuert,
- d) sie sind jeweils Teil einer größeren Zahl ähnlich gesteuerter Risikopositionen (siehe EU, 2013).

Im Vergleich zum Risikogewicht für die Forderungsklasse „Risikopositionen gegenüber Unternehmen“ erfolgt in der Formel für das Risikogewicht (RW) für die Forderungsklasse „Risikopositionen aus dem Mengengeschäft“ keine Laufzeitanpassung. Weiters wird eine andere Korrelationsfunktion verwendet. Das Risikogewicht berechnet sich wie folgt:

$$RW = \left[LGD \times N \left(\frac{1}{\sqrt{1-R}} \times G(PD) + \sqrt{\left(\frac{R}{1-R} \right)} \times G(0,999) \right) - LGD \times PD \right] \times 12,5 \times 1,06,$$

mit einem Korrelationskoeffizienten (R):

$$R = 0,03 \times \frac{1 - e^{-35 \times PD}}{1 - e^{-35}} + 0,16 \times \left[1 - \left(\frac{1 - e^{-35 \times PD}}{1 - e^{-35}} \right) \right].$$

⁶ Der VaR gibt jenen Verlust an, der mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (1 - Konfidenzintervall) innerhalb einer bestimmten Zeit nicht überschritten wird.

⁷ Der Korrelationskoeffizient sinkt exponentiell, wobei die Geschwindigkeit über den sogenannten „k-Faktor“ festgelegt wird. Der festgelegte „k-Faktor“ für „Risikopositionen gegenüber Unternehmen“ ist 50.

Der Korrelationskoeffizient steigt⁸ hier von 0,03 (PD = 1) mit sinkender PD auf 0,16 (PD = 0) (siehe Basel Committee on Banking Supervision, 2005; EU, 2013).

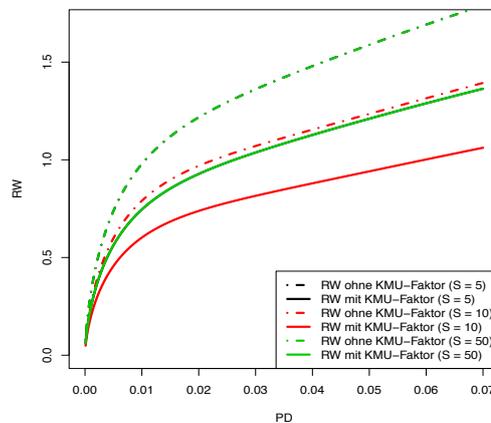
4 Risikogewicht: die wichtigsten Einflussfaktoren

Wie in Kapitel 3 und 4 dargestellt, ist das Risikogewicht abhängig von der Bonitätseinschätzung. Für im IRB-Ansatz gemeldete Risikoforderungen muss der Melder diese Bonitätseinschätzung in Form einer PD darstellen. Das Risikogewicht einer Risikoposition lässt sich demnach als monoton steigende Funktion der PD darstellen (siehe Grafik 1⁹). Je nach Jahresumsatz¹⁰ und Anwendung des KMU-Faktors steigt das Risikogewicht mit steigender PD mehr oder weniger stark.

Auffällig ist, dass das Risikogewicht mit und ohne KMU-Faktor im niedrigen PD-Bereich (bis rund 1%) stark ansteigt, die Kurve danach aber stärker abflacht. Mit der Höhe der PD steigt der Einfluss des KMU-Faktors. Die Größe des Unternehmens (gemessen am Jahresumsatz), die in die Berechnung der Korrelation und damit auch in das Risikogewicht eingeht, zeigt sich als nicht zu unterschätzender Faktor für das Risikogewicht.¹¹

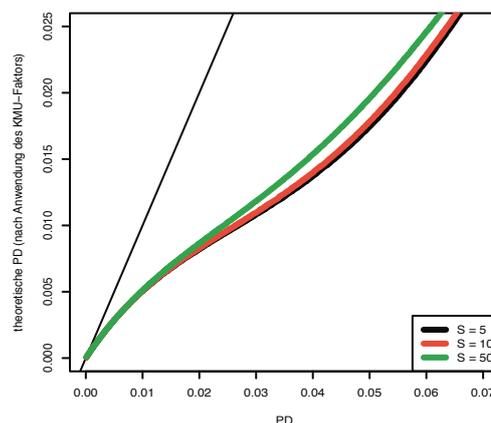
Vergleicht man die tatsächlichen PDs der KMUs mit der nach Anwendung des KMU-Faktors errechneten theoretischen PDs¹² für verschiedene

Grafik 1



Unternehmen mit variierenden Jahresumsätzen, so erkennt man, wie stark der Einfluss des KMU-Faktors auf die für das Risikogewicht maßgebende PD ist (Grafik 2). Beispielsweise ist eine PD vor Anwendung des KMU-Faktors i. H. v. 4% bei einem Jahresumsatz von 50 Mio EUR annähernd vergleich-

Grafik 2



⁸ Der Korrelationskoeffizient sinkt exponentiell, wobei die Geschwindigkeit über den sogenannten „k-Faktor“ festgelegt wird. Der festgelegte „k-Faktor“ für „Risikopositionen aus dem Mengengeschäft“ ist 35.

⁹ Der LGD wurde mit 45 % und die Laufzeit M mit 2,5 Jahren angenommen.

¹⁰ Es wurden Unternehmen mit Jahresumsätzen i. H. v. 5 Mio EUR (5 Mio EUR = Schwellenwert für „Kleinstunternehmen“ lt. Europäischer Kommission), 10 Mio EUR (10 Mio EUR = Schwellenwert für „kleines Unternehmen“ lt. EK) und 50 Mio EUR (50 Mio EUR = Schwellenwert für „mittleres Unternehmen“ lt. EK) angenommen.

¹¹ Siehe Größenanpassung in der Formel für die Korrelation der Forderungsklasse „Risikopositionen gegenüber Unternehmen“.

¹² Die theoretische PD nach Anwendung des KMU-Faktors bekommt man, indem man das von der PD abhängige Risikogewicht mit dem KMU-Faktor multipliziert und das daraus resultierende Ergebnis wiederum in die Risikogewichtformel einsetzt und numerisch nach der PD (= theoretische PD) auflöst.

bar mit einer PD nach Anwendung des KMU-Faktors i. H. v. 1,5 %. Mit steigendem Jahresumsatz sinkt der Einfluss des KMU-Faktors (auf die PD) leicht.

Grafik 3 zeigt den Einfluss des KMU-Faktors auf die Korrelation.¹³ Die Abhängigkeit von Korrelation und PD wird durch eine konvexe Funktion (siehe IRB-Formel für die Korrelation) beschrieben (das heißt, die Korrelation nimmt mit steigender PD ab). Bei Unternehmen mit einem höheren Jahresumsatz fällt die Korrelation höher aus. Ein Vergleich der verschiedenen Szenarien mit und ohne KMU-Faktor zeigt einen relativ konstanten Diversifikationseffekt i. H. v. ungefähr 4 Prozentpunkten. Nimmt man also an, dass der KMU-Faktor auf ein geringeres systematisches Risiko zurückzuführen ist, so ergibt sich, abgeleitet aus der Höhe des KMU-Faktors und der funktionalen Zusammenhänge (gemäß IRB-Formeln), ein impliziter Diversifikationseffekt von 4 Prozentpunkten.

Der KMU-Faktor ist laut EBA (2016) konsistent mit dem niedrigeren systematischen Risiko von KMUs für alle Risikoklassen im Standardansatz

und für Risikopositionen gegenüber Unternehmen im IRB-Ansatz. Bei Retail-Krediten (Forderungsklasse „Risikopositionen aus dem Mengengeschäft“) im IRB-Ansatz führt der KMU-Faktor allerdings zu Eigenmittelerfordernissen, die geringer sind als aufgrund des systematischen Risikos anzunehmen ist. Gegenüber dieser Forderungsklasse könnten Banken in Relation zu Großunternehmen zu geringe Eigenmittel halten.

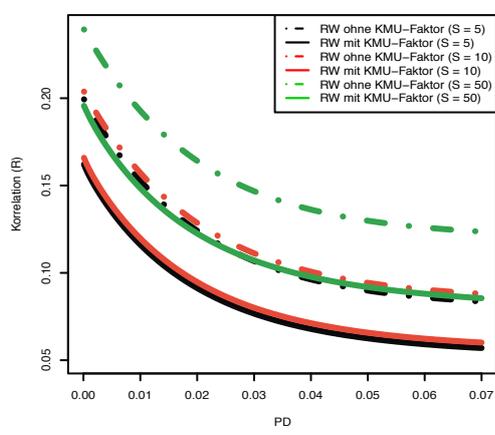
Die EBA konnte außerdem keine wesentliche Verbesserung beim Zugang zu Finanzmitteln bei KMUs im Vergleich zu Großunternehmen nach der Einführung des KMU-Faktors feststellen. Es gab auch keinerlei Hinweise, dass die Konditionen für KMUs im Vergleich zu Großunternehmen bedeutend besser wurden. Möglicherweise ist es aufgrund der limitierten Datenverfügbarkeit und der relativ neuen Einführung des KMU-Faktors zu früh, endgültige Schlüsse aus der Analyse zu ziehen. Es könnte auch sein, dass es in der Finanzindustrie noch mehr Zeit braucht, bis der Effekt voll in Entscheidungsprozesse einfließt.

5 Abbildung des KMU-Faktors im Meldewesen

In den COREP-Detailtemplates des aufsichtsstatistischen Meldewesens werden umfassende und granulare Daten (unkonsolidiert und konsolidiert) zu den Eigenmittelerfordernissen für das Kreditrisiko im Standard- und IRB-Ansatz abgebildet.

Dargestellt werden unter anderem wesentliche Positionen wie der Risikopositionswert und der risikogewichtete Positionsbetrag. Dabei ist es beispielsweise möglich, bestimmte Risikopositionen nach Sitzland des Schuldners

Grafik 3



¹³ Die Korrelation unter Berücksichtigung des KMU-Faktors bekommt man, indem man das von der PD abhängige Risikogewicht mit dem KMU-Faktor multipliziert und das daraus resultierende Ergebnis wiederum in die Risikogewichtsformel einsetzt und numerisch nach der Korrelation (Korrelation unter Berücksichtigung des KMU-Faktors) auflöst.

und Forderungsklasse (Unternehmen, Retailforderungen, durch Immobilien besichert, etc.) aufzuschlüsseln.

In Bezug auf den KMU-Faktor und seinen Einfluss auf das Eigenmittelerfordernis finden sich die Detailangaben in den Templates CA 7.0, CA 8.1, CA 9.1 und CA 9.2.

Für Standardansatzbanken wird im Template CA 7.0 unter anderem der risikogewichtete Positionsbetrag vor Anwendung des KMU-Faktors (Positionsnr.: 7733000) und nach Anwendung des KMU-Faktors (Positionsnr.: 7511100) auf unkonsolidierter und konsolidierter Ebene in vierteljährlicher Frequenz erhoben. Im Template CA 9.1 erfolgt zudem eine geografische Aufgliederung nach Sitzland des Schuldners und Forderungsklassen.

Für IRB-Banken finden sich die relevanten Informationen zum risikogewichteten Positionsbetrag vor Anwendung des KMU-Faktors (Positionsnr.: 8040000) und nach Anwendung des

KMU-Faktors (Positionsnr.: 7511200) auf unkonsolidierter und konsolidierter Ebene im Template CA 8.1 und die geografische Aufgliederung in Template 9.2.

Zum Meldetermin 31. Dezember 2015 betragen die unkonsolidierten, risikogewichteten Positionsbeträge für Kredit- und Gegenparteausfallrisiken sowie Vorleistungen nach Anwendung des KMU-Faktors aller meldepflichtigen österreichischen Kreditinstitute 333,4 Mrd EUR. 70,5 % des Betrags entfielen auf den Standardansatz und 29,5 % auf den IRB-Ansatz. Der KMU-Faktor verminderte den risikogewichteten Positionsbetrag für Kredit- und Gegenparteausfallrisiken sowie Vorleistungen um 5,6 Mrd EUR bzw. 1,6 %. Rund 30% des Effekts entfielen auf die Forderungsklasse „Risikopositionen gegenüber Unternehmen“, 57% auf „Risikopositionen aus dem Mengengeschäft“ (Retailforderungen) und 13% auf „durch Immobilien besicherte Risikopositionen“.

Literaturverzeichnis

- Basel Committee on Banking Supervision. 2005.** An Explanatory Note on the Basel II IRB Risk Weight Functions. Bank for International Settlements.
- EBA. 2016.** EBA report on SMEs and the SME Supporting Factor.
- EU. 2003.** Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen. Amtsblatt der Europäischen Union.
- EU. 2013.** Verordnung (EU) Nr. 575 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013. Amtsblatt der Europäischen Union.

Zahlungsbilanz – Entwicklungen im ersten Halbjahr 2016

Im ersten Halbjahr 2016 erzielte Österreich laut vorläufigem Ergebnis einen Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 5,5 Mrd EUR oder 3,3 % des BIP. Das ist der höchste absolute Wert seit sieben Jahren und damit seit dem globalen Handelseinbruch des Jahres 2009. Tragende Säule der Entwicklung war der Reiseverkehr, der mit einem Einnahmenüberschuss im Ausmaß von 5,8 Mrd EUR einen neuen Spitzenwert erreichte. Der Kapitalverkehr war von der Reorganisation eines internationalen Konzerns geprägt. In Folge gab es Rückgänge sowohl auf der Forderungs- als auch auf der Verpflichtungsseite der Direktinvestitionen. Die internationalen Wertpapierveranlagungen entwickelten sich im langfristigen Vergleich weiterhin schwach. Investitionen aus Österreich betrafen überwiegend Investmentfonds, die Finanzierung im Ausland wurde insgesamt verkürzt, zurückzuführen vor allem auf den heimischen Bankensektor. Mit der Veröffentlichung des Halbjahresergebnisses revidierte die OeNB routinemäßig die Zahlungsbilanz der beiden Vergleichsjahre, aktuell 2014 und 2015.

Thomas Cernohous,
Bianca Uilly,
Patricia Walter¹

Im ersten Halbjahr 2016 erzielte Österreich laut vorläufigem Ergebnis einen Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 5,6 Mrd EUR (3,3 % des BIP). Das ist der höchste absolute Wert seit sieben Jahren und damit seit dem globalen Handelseinbruch im Jahr 2009. Mit einem Einnahmenüberschuss im Ausmaß von 5,8 Mrd EUR – und damit einem neuen Spitzenwert – war der Reiseverkehr die Säule der heimischen Außenwirtschaft. Im Güterhandel wurde ein positiver Handelsüberschuss von 1,3 Mrd EUR erzielt, jedoch weniger als im Vorjahr. Im übrigen Dienstleistungsverkehr lag der Saldo das dritte Jahr in Folge unter 1 Mrd EUR. Insgesamt trugen aber alle Handelsbereiche positiv zur Wertschöpfung in Österreich bei. Der Außenbeitrag (Saldo aus Güter- und Dienstleistungsbilanz) betrug im ersten Halbjahr 7,8 Mrd EUR bzw. 4,6 % des BIP und entsprach damit annähernd dem Niveau des ersten Halbjahres 2015 (7,9 Mrd EUR). Das Defizit aus einkommensrelevanten Außenwirtschaftsströmen (Löhne, Gehälter, Vermögenseinkommen, Steuern und

Subventionen) verringerte sich im Jahresabstand und betrug –2,2 Mrd EUR.

Im Güterhandel ist im aktuellen Jahr kein eindeutiger Trend erkennbar. Vielmehr entwickeln sich die Exporte äußerst moderat, im ersten Halbjahr wuchsen sie insgesamt um +1,2 % (+0,8 Mrd EUR) nach einem Plus von 2,8 % im Jahr davor. Allerdings sind die Exportpreise im Vergleich zum Jahr 2015 rückläufig. Im Ergebnis verläuft die nominelle Exportentwicklung damit flacher als die reale bzw. preisbereinigte Entwicklung. Innerhalb der EU kam das höchste Absatzwachstum aus den „neuen“ EU-Staaten², mit einem Plus von 4,1 %. Der Handel mit Deutschland entwickelte sich mäßig positiv (+2 %). Im Gegensatz zum innergemeinschaftlichen Handel war jener mit Drittstaaten rückläufig (–2,8 % oder –0,5 Mrd EUR). Dafür gaben vor allem die Exportbeziehungen mit den USA, der Russischen Föderation, der Türkei sowie den asiatischen Schwellenländern den Ausschlag. Der Absatz in den BRICS-Staaten ging um 5,7 % zurück.³

¹ Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken; thomas.cernohous@oenb.at, bianca.ully@oenb.at, patricia.walter@oenb.at.

² Alle Mitgliedstaaten aus der sogenannten „Osterweiterung“ 2004 bis 2013: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern, Bulgarien, Rumänien, Kroatien.

³ Brasilien, Russische Föderation, Indien, China, Südafrika.

Die Güterimporte wuchsen dynamischer als die Exporte, nämlich um +2,2% oder +1,4 Mrd EUR. Noch stärker als bei den Exporten sind dabei die sinkenden Importpreise in Rechnung zu stellen, sodass die reale Entwicklung noch stärker verläuft.

Auch die Einnahmen aus Wirtschaftsdienstleistungen sind in den Sog der weltweit gedämpften Konjunktur-entwicklung geraten. Mit einem Wachstum von +2,4% oder +0,4 Mrd EUR hat sich die Exportdynamik im ersten Halbjahr 2016 deutlich eingebremst, ja fast halbiert. Während die Nachfrage aus den „neuen“ EU-Mitgliedstaaten² dynamisch verläuft (+6,4%) und jene aus den EU-15-Ländern⁴ robust wächst (+3,4%), ist sie aus Drittstaaten rückläufig (−1,8%). Ähnlich wie beim Güterhandel sind für den Rückgang die Handelspartner Russland, USA und Türkei hauptverantwortlich. Das Importwachstum von Wirtschaftsdienstleistungen hat sich im ersten Halbjahr 2016 mit einem Plus von 2,6% oder 0,4 Mrd EUR ebenfalls verlangsamt.

Im Bereich Tourismus ist 2016 für Österreich ein außerordentlich erfolgreiches Jahr. Die Reiseverkehrseinnahmen ausländischer Gäste stiegen im ersten Halbjahr um +6,3% oder +0,6 Mrd EUR auf 9,3 Mrd EUR. Das ist der höchste absolute Wert, der je in einem Halbjahr erzielt wurde, und entspricht bei der Anzahl der Übernachtungen ausländischer Gäste in Österreich einem Plus von 4,5% auf insgesamt 53,2 Millionen. Vor allem deutsche Gäste haben vermehrt in Österreich genächtigt (+4,9%, 27 Millionen Nächtigungen). Auch die Zahl der Nächtigungen der Österreicher im eigenen Land nahm im ersten Halbjahr zu (+3,3% auf 17,6 Millionen). Auch die Ausgaben

der Touristen stiegen pro Nächtigung im Vergleich zum Jahr 2015 (+1,5%). Dabei ist allerdings die allgemeine, nachfragegetriebene Teuerung in Gastronomie und Hotellerie zu berücksichtigen.

Die Ausgaben der Österreicher für Urlaubs- und Geschäftsreisen im Ausland wuchsen im ersten Halbjahr 2016 um 3,2% auf 3,5 Mrd EUR. Anhaltende Sicherheitsrisiken schlugen sich in deutlichen Ausgaberrückgängen in klassischen Reisedestinationen, insbesondere in der Türkei (−55%) und in Frankreich (−10%) nieder. Davon profitieren konnten vergleichsweise sichere Zielländer, vor allem Italien (+16,9%) und Kroatien (+30,7%).

Das Vereinigte Königreich rangierte im Jahr 2015 auf Platz 5 von Österreichs wichtigsten Zielländern, mit einem Anteil an den Gesamtexporten von 3,4% (6,2 Mrd EUR). Per saldo stellen die UK-Handelsbeziehungen für Österreich eine Nettoeinnahmequelle dar. Im ersten Halbjahr 2016 entwickelten sich die Exporte robust mit einem Plus von 4,1%. Das betraf überwiegend den Dienstleistungsverkehr. Die Importe aus dem Vereinigten Königreich wuchsen mit einem Plus von 16% außerordentlich dynamisch. Dazu trugen alle Außenwirtschaftsbereiche bei, vor allem aber der Güterhandel.

Die erwirtschafteten Exportüberschüsse führten jedoch nicht zu einer Verbesserung der österreichischen Nettovermögensposition gegenüber dem Ausland: Diese verringerte sich von +9,7 Mrd EUR per Jahresende 2015 auf +5,7 Mrd EUR zum 30. Juni 2016. Zwar wurden positive Nettotransaktionen in Höhe von 6,1 Mrd EUR gemessen, dem gegenüber stehen jedoch etwa 10 Mrd EUR aus Preis- und Wechselkurseffekten, allen voran im Bereich

⁴ Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor der sogenannten Ost-Erweiterung im Jahr 2004.

der österreichischen Staatsanleihen und der Pfund-Abwertung.

Bei Direktinvestitionen i.w.S.⁵ gab es im ersten Quartal 2016 signifikante Rückgänge sowohl auf Forderungs- als auch auf Verpflichtungsseite, die in der Kapitalbilanz deutlich sichtbar werden. Grund dafür ist der Rückzug einer Zweckgesellschaft (Special Purpose Entity) aus Österreich, die in der Vergangenheit große konzerninterne Transaktionen durch Österreich schleuste, ohne realwirtschaftlich tätig zu sein. Der dadurch verursachte Abbau von jeweils rund 28 Mrd EUR bei Aktiva (auf 880 Mrd EUR) und Passiva (auf 874 Mrd EUR), wurde auf der Forderungsseite geringfügig durch Investitionen und Übernahmen, wie etwa den Kauf des deutschen Getriebe-Herstellers „Getrag“ durch Magna, sowie reinvestierte Gewinne kompensiert, so dass sich in

Summe eine Nettotransaktion von –20,3 Mrd EUR ergab. Auf der Verpflichtungsseite gab es kleinere gegenläufige Effekte, der Nettowert betrug –21,4 Mrd EUR.

Der Einfluss von Preis- und Wechselkurseffekten war bei Direktinvestitionen i.w.S. im ersten Halbjahr dazu vergleichsweise gering, die Aktiva verloren aus diesem Posten 1,7 Mrd EUR an Wert, die Passiva wurden um 0,4 Mrd EUR aufgewertet. Sonstige Änderungen wie etwa Reklassifikationen wurden in diesem Zeitraum keine nennenswerten gemessen.

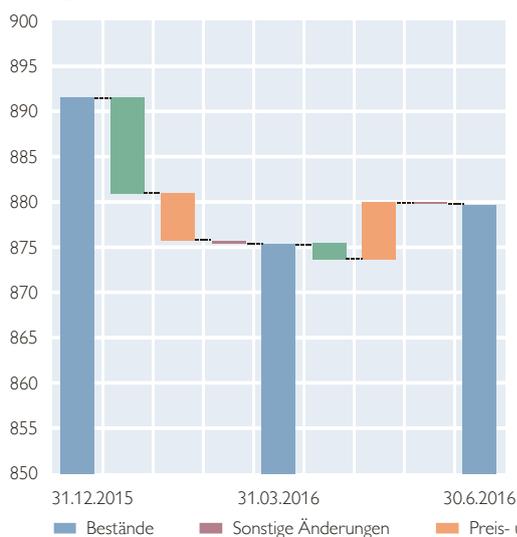
Die Forderungen grenzüberschreitender Portfolioinvestitionen stiegen seit Ende 2015 um 5,3 Mrd EUR bzw. 2% und betragen Ende Juni 2016 286,6 Mrd EUR. Dieser Anstieg war auf Transaktionen (+4 Mrd EUR) und Preiseffekte (+2 Mrd EUR) zurückzu-

Grafik 1

Kapitalbilanz – Veränderungsrechnung 1. Halbjahr 2016

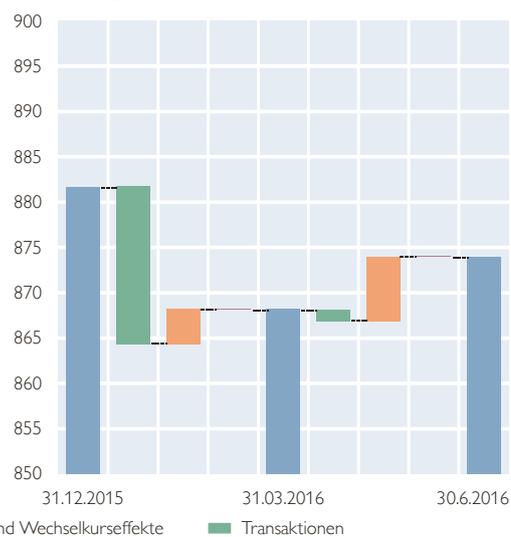
Forderungen

in Mrd EUR



Verpflichtungen

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

⁵ „Direktinvestitionen im weiteren Sinn“ werden entsprechend der Logik von Zahlungsbilanz und Internationaler Vermögensposition nach dem Asset-Liability-Prinzip dargestellt und können nicht mit der Direktinvestitionsstatistik verglichen werden.

führen, wurde aber durch negative Wechselkurseffekte in Höhe von 0,8 Mrd EUR leicht gesenkt.

In den Beständen der Portfolioinvestitions-Forderungen dominierten im ersten Halbjahr 2016 mit einem Anteil von knapp 70% die kurz- und langfristig verzinslichen Wertpapiere. Der Bestand stieg von 191,7 Mrd EUR Ende 2015 auf 196,5 Mrd EUR im zweiten Halbjahr 2016, zum Großteil aufgrund von Preiskursgewinnen in Höhe von 4,6 Mrd EUR (+2,4% in Relation zum Endstand 2015) und geringen Zukäufen in Höhe von 0,7 Mrd EUR (+0,4%). Von dieser positiven Entwicklung der ausländischen verzinslichen Wertpapiere profitierten besonders die inländischen Investmentfonds mit positiven Preiseffekten in Höhe von 2,2 Mrd EUR. Wechselkurseffekte in Höhe von –0,5 Mrd EUR wirkten sich hingegen leicht negativ auf die gesamten Bestände ausländischer verzinslicher Wertpapiere aus (–0,3%).

Neben verzinslichen Wertpapieren waren auch ausländische Investmentzertifikate beliebt: 20% der Portfolioinvestitions-Forderungen waren Ende Juni 2016 den ausländischen Investmentzertifikaten zuzuordnen. Die Bestände erhöhten sich hauptsächlich aufgrund von Zukäufen in Höhe von 3,2 Mrd EUR, ausgehend von 55,4 Mrd EUR Ende 2015 auf 57,6 Mrd EUR. Am stärksten haben inländische Investmentfonds⁶ mit Transaktionen in Höhe von 1,5 Mrd EUR zugekauft.

Die Rückgänge am Kapitalmarkt im ersten Halbjahr 2016 hatten keine große Auswirkung auf inländische Investitionen in ausländische Wertpapiere, da börsennotierte Aktien nur 11% der Portfolioinvestitions-Forderungen ausmachten. Die Bestände aus-

ländischer börsennotierter Aktien reduzierten sich von 33,5 Mrd EUR Ende 2015 auf 31,7 Mrd EUR Ende Juni 2016 – hauptsächlich aufgrund von negativen Bewertungseffekten in Höhe von 1,7 Mrd EUR (–5% in Relation zum Endstand 2015).

Die Bestände der Verbindlichkeiten grenzüberschreitender Portfolioinvestitionen erhöhten sich im ersten Halbjahr 2016 leicht um 5,4 Mrd EUR (+1% in Relation zum Endstand 2015) und betrugen im ersten Halbjahr 2016 392,4 Mrd EUR. Grund für den Anstieg waren positive Bewertungseffekte in Höhe von 10,6 Mrd EUR (+3%). Besonders ausländische Investoren im Bereich inländischer verzinslicher Wertpapiere konnten aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase Wertpapierkursgewinne in Höhe von 15 Mrd EUR (+4%) verzeichnen; der Großteil davon ist Investitionen in österreichische Staatsanleihen zuzuschreiben (+10,5 Mrd EUR bzw. +5%). Inländische börsennotierte Aktien hingegen mussten aufgrund der Rückgänge am Kapitalmarkt im ersten Halbjahr 2016 negative Preiskursveränderungen in Höhe von 4,5 Mrd EUR (–15%) verzeichnen; davon sind 2,6 Mrd EUR Kursrückgängen inländischer Bankaktien zuzuschreiben. Die Bewertungsverluste in Relation zum Endstand 2015 waren somit für inländische Aktien im Auslandsbesitz dreimal so hoch wie für ausländische Aktien im Besitz inländischer Gläubiger.

Neben den gesamt betrachteten positiven Preiseffekten gab es im ersten Halbjahr 2016 Nettomittelabflüsse in Höhe von 4,7 Mrd EUR, hauptsächlich aufgrund von Nettomittelabflüssen bei inländischen verzinslichen Wertpapieren in Höhe von 4,9 Mrd EUR (–1% in

⁶ Details zur Veranlagung der inländischen Investmentfonds (exklusive Fonds-in-Fonds-Veranlagung) kann dem Kurzbericht über die Entwicklung der inländischen Investmentfonds in diesem Heft entnommen werden.

Relation zum Endstand 2015). Die ausländischen Bestände des inländischen Finanzsektors reduzierten sich transaktionsbedingt in diesem Zeitraum um 6,4 Mrd EUR, die ausländischen Bestände der österreichischen Staatsanleihen stiegen hingegen transaktionsbedingt um 2,2 Mrd EUR. Insgesamt betragen die Bestände ausländischer Gläubiger an österreichischen Staatsanleihen Ende Juni 2016 218,3 Mrd EUR. Das entspricht knapp 71 % aller emittierten österreichischen Staatsanleihen.

Standard-Revisionen der Zahlungsbilanz durch die OeNB

Regelmäßig revidiert die Oesterreichische Nationalbank im September jedes Jahres die Ergebnisse der Zahlungsbilanz der beiden Vorjahre, da notwendige Informationen aus Unternehmensbilanzen sowie aktuelle Statistik- und Registerdaten nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung verfügbar sind. Bis dahin enthält die Statistik vorläufige Ergebnisse bzw. Schätzungen, die vor allem in wirtschaftlich turbulenten Phasen mit erhöhter Unsicherheit behaftet sind. Aktuell betreffen die Revisionen die Jahre 2014 und 2015. In der Güterbilanz kam es dadurch in beiden Jahren zu einer Verringerung des Handelsüberschusses (2014: –0,5 Mrd EUR; 2015: –1,1 Mrd EUR). Dazu trug neben den Revisionen der Außen-

handelsstatistik auch die von Statistik Austria durchgeführte Qualitätssicherung der Überleitungen zur Zahlungsbilanz (Transithandel, Warenverkehr ohne Grenzübertritt, Korrektur ausländischer Einheiten) bei. Auch bei den Dienstleistungen verringerte sich der Saldo gegenüber den Vorversionen der Jahre 2014 und 2015 (2014: –1,1 Mrd EUR; 2015: –1,6 Mrd EUR). Neben der Verfügbarkeit neuer Daten zur Rückversicherung kamen beim Import nichtfinanzieller Leistungen Informationen zur EU-Mehrwertsteuer in Anwendung. Die vorläufigen Schätzungen der Direktinvestitionserträge für das Jahr 2014 wurden mit Daten aus den nun vorliegenden Jahresabschlüssen ersetzt, was erfahrungsgemäß zu größeren Revisionen führen kann. Im Jahr 2014 lagen sowohl die Erträge von österreichischen Unternehmensbeteiligungen im Ausland als auch jene ausländischer DI-Beteiligungen in Österreich deutlich unter den Schätzwerten, im DI-Ertragssaldo ergibt sich eine Revision von +3,2 Mrd EUR. Auf Basis dieser Meldedaten wurde auch die Schätzung der Direktinvestitionserträge 2015 im Saldo von 0,8 Mrd EUR auf 1,7 Mrd EUR erhöht. In Summe ist der Umfang der Revisionen jenen der Vorjahre vergleichbar und stellt damit keinen außerordentlichen Revisionsanfall dar.

DATEN

Redaktionsschluss: 18. Oktober 2016

Die jeweils aktuellsten Daten sowie weitere Indikatoren können auf der OeNB-Website www.oenb.at abgerufen werden:

Statistische Daten: www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html

Dynamische Abfrage: www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie

Veröffentlichungskalender: www.oenb.at/isaweb//releasehierarchie.do?lang=DE

Tabellenübersicht

1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	59
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	60
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	61
4 Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	62
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	63
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	64
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	65
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	66
9 Sonstige Finanzintermediäre	67
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	68
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	69
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	70
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	71
14 Direktinvestitionen	72

Tabelle 1

Österreichischer Beitrag¹ zu den Euro-Geldmengen M3

	2013	2014	2015	Apr. 16	Mai 16	Juni 16	Juli 16	Aug. 16
<i>in Mio EUR</i>								
M3 (M2 + 1. + 2. + 3.)	273.114	284.513	297.132	308.121	303.615	303.553	305.800	304.442
1. Einlagen aus Repo-Geschäften ⁵	292	227	x	x	x	x	x	x
2. Begebene Geldmarktfondsanteile ²	182	156	82	88	93	89	88	85
3. Begebene Schuldverschreibungen von bis zu 2 Jahren ²	4.435	4.527	5.646	5.879	4.833	5.006	5.193	5.300
M2 (M1 + 4. + 5.)	268.205	279.603	291.354	302.154	298.689	298.458	300.519	299.057
4. Einlagen mit Bindungsfrist von bis zu 2 Jahren	119.292	118.267	108.326	109.381	108.835	108.341	108.532	108.711
5. Einlagen mit Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten	492	3.401	4.918	4.790	5.262	5.801	6.498	6.234
M1 (6.)	148.421	157.935	178.110	187.983	184.592	184.316	185.489	184.112
6. Täglich fällige Einlagen	148.421	157.935	178.110	187.983	184.592	184.316	185.489	184.112
Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten								
Einlagen mit Bindungsfrist von über 2 Jahren von Nicht-MFIs im Euroraum	58.471	54.528	50.075	50.766	48.838	48.834	48.617	48.384
Einlagen mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten von Nicht-MFIs (ohne Zentralstaaten) im Euroraum	0	0	0	0	0	0	0	0
Begebene Schuldverschreibungen von über 2 Jahren ²	139.977	122.486	114.007	109.269	110.680	109.397	108.842	108.469
Kapital und Rücklagen ³	100.149	88.403	86.139	86.881	86.559	88.539	88.848	89.479
Titrierte und nicht titrierte Kredite an Nicht-MFIs im Euroraum⁴								
Öffentliche Haushalte	79.104	92.031	101.519	107.892	110.848	113.990	115.350	115.972
Sonstige Nicht-MFIs	414.852	384.394	384.818	384.040	385.503	387.075	387.859	387.754
Buchkredite	339.296	335.739	339.923	339.585	340.925	342.539	343.590	343.664
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums	88.748	94.230	88.092	92.894	92.731	92.031	89.144	89.312

Quelle: OeNB.

¹ Ohne Bargeldumlauf.

² Positionen sind um entsprechende Forderungen an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.

³ Die Position „Kapital und Rücklagen“ ist um Aktien und sonstige Anteilsrechte an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.

⁴ Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für nicht titrierte Kredite der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.

⁵ Exklusive Repogeschäfte mit Clearinghäusern.

Ausleihungen¹ innerhalb und außerhalb des Euroraums

	2014	2015	Feb. 16	März 16	Apr. 16	Mai 16	Juni 16	Juli 16	Aug. 16
<i>in Mio EUR</i>									
Ausleihungen im Euroraum									
Nichtbanken Finanzintermediäre	30.652	28.271	28.710	28.478	28.924	28.945	29.133	29.287	28.968
Vertragsversicherungen und Pensionskassen	104	108	141	131	120	102	116	109	119
Nichtfinanzielle Unternehmen	159.627	160.362	160.886	161.137	159.683	160.484	160.616	161.027	161.010
Private Haushalte	144.136	144.136	150.964	151.426	150.857	151.395	152.673	153.167	153.567
Ausleihungen für Konsumzwecke	20.717	19.956	19.992	20.090	19.696	19.924	20.056	19.983	20.144
Ausleihungen für Wohnbau	90.709	96.926	96.913	97.250	97.352	97.495	98.366	98.745	99.021
Sonstige Ausleihungen	34.433	34.300	34.059	34.102	33.808	33.975	34.250	34.438	34.402
Öffentliche Haushalte	29.194	29.040	28.975	28.737	29.531	29.260	29.479	29.306	29.224
Ausleihungen außerhalb des Euroraums									
Banken	48.425	38.123	44.287	38.382	42.858	43.591	38.178	39.022	41.019
Nichtbanken	57.063	57.441	57.941	56.829	56.692	57.090	55.790	55.502	55.465
Öffentliche Haushalte	3.326	3.366	3.312	3.183	3.203	3.206	3.187	3.167	3.171

Quelle: OeNB.

¹ Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für Ausleihungen der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.

Tabelle 3

Kundenzinssätze¹ – Neugeschäft

	2013	2014	2015	Feb. 16	März 16	Apr. 16	Mai 16	Juni 16	Juli 16	Aug. 16
Einlagenzinssätze²										
von privaten Haushalten³										
mit vereinbarten Laufzeiten										
bis 1 Jahr	0,73	0,58	0,38	0,33	0,32	0,32	0,31	0,29	0,31	0,33
1 bis 2 Jahre	0,96	0,81	0,44	0,45	0,36	0,31	0,31	0,33	0,35	0,35
über 2 Jahre	1,56	1,40	0,86	0,85	0,87	0,75	0,72	0,76	0,74	0,72
von nichtfinanziellen Unternehmen³										
mit vereinbarten Laufzeiten										
bis 1 Jahr	0,42	0,42	0,30	0,21	0,23	0,22	0,21	0,28	0,20	0,25
Kreditzinssätze²										
an private Haushalte³										
für Konsum										
Effektivzinssatz ⁴	4,73	4,93	4,81	5,15	5,21	5,19	5,20	5,12	5,16	5,21
Wohnbau	2,39	2,29	2,02	2,03	1,99	1,94	1,93	1,95	1,91	1,91
Effektivzinssatz ⁴	2,84	2,73	2,46	2,45	2,43	2,38	2,38	2,38	2,38	2,33
für sonstige Zwecke										
freie Berufe	2,48	2,47	2,26	2,19	2,27	2,31	2,17	2,22	2,17	2,04
freie Berufe	2,73	2,67	2,34	2,35	2,34	2,41	2,22	2,27	2,24	2,13
an nichtfinanzielle Unternehmen³										
Kredite bis 1 Mio EUR										
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	1,99	2,04	1,78	1,80	1,71	1,63	1,50	1,61	1,65	1,53
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,56	2,47	2,21	2,18	2,20	2,18	2,05	2,04	2,08	2,10
Kredite über 1 Mio EUR										
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	1,77	1,74	1,61	1,62	1,51	1,50	1,52	1,57	1,50	1,56
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	1,48	1,43	1,28	1,21	1,21	1,17	1,21	1,24	1,17	1,25
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,43	2,38	2,15	2,17	1,95	1,98	1,96	1,95	1,89	2,04

Quelle: OeNB.

¹ Der Zinssatz ist der vereinbarte annualisierte Jahreszinssatz in Prozent pro Jahr. In diesem Zinssatz sind nur etwaige unterjährige Zinskapitalisierungen, aber keine sonstigen Kosten enthalten.

² In Euro.

³ Der Subsektor „freie Berufe und selbstständig Erwerbstätige“ war bis einschließlich Mai 2004 Teil des Sektors „nichtfinanzielle Unternehmen“ und ist seit Juni 2004 im Sektor „private Haushalte“ enthalten.

⁴ Ohne „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“.

Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD¹

	2013	2014	2015	Q2 13	Q2 14	Q2 15	Q2 16
	<i>in Mio EUR</i>						
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	32.040	40.475	58.639	30.463	27.220	46.866	57.645
Kredite und Forderungen inklusive Finanzierungsleasing	782.074	763.987	734.897	800.031	764.293	762.353	634.205
Schuldverschreibungen, Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32) und andere nicht festverzinsten Wertpapiere	179.336	177.377	171.108	188.037	179.642	177.622	156.883
Finanzderivate inklusive solcher für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert ²	26.698	41.131	33.893	30.018	33.631	36.753	34.344
Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	19.954	19.132	19.965	20.905	22.356	19.318	18.687
Materielle Vermögenswerte	18.498	13.289	15.943	19.110	19.357	13.167	138.609
Immaterielle Vermögenswerte	4.646	3.141	3.011	7.148	3.538	3.059	2.662
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	26.467	19.624	18.620	29.730	21.564	20.328	18.725
Aktiva insgesamt	1.089.713	1.078.155	1.056.075	1.125.442	1.071.601	1.079.466	1.061.760
Einlagen von Zentralbanken	10.286	13.815	16.423	9.575	12.381	17.569	13.267
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	167.805	158.827	129.211	183.761	168.831	156.954	119.559
Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken	541.454	554.473	575.113	536.776	524.162	565.185	512.854
Schuldverschreibungen und andere finanzielle Verbindlichkeiten gemäß IAS 39	196.230	178.807	165.583	203.475	187.532	168.180	140.282
Finanzderivate inklusive solcher für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	25.489	33.963	26.208	28.449	27.774	28.987	26.183
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	919	949	870	1.059	1.341	1.019	752
Nachrangige Verbindlichkeiten	22.681	21.364	21.738	22.127	22.605	22.247	22.815
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital	0	0	0	0	1	0	0
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	2.248	1.546	5.216	3.575	1.979	1.275	107.464
Steuerschulden und sonstige Verbindlichkeiten	27.861	23.816	24.373	38.305	28.817	25.183	24.064
Rückstellungen	13.300	15.566	13.086	13.347	15.041	14.646	12.664
Eigenkapital und Fremddanteile ³	81.058	75.028	78.256	84.612	80.718	78.221	81.857
Passiva insgesamt	1.089.713	1.078.155	1.056.075	1.125.442	1.071.601	1.079.466	1.061.760

Quelle: OeNB.

¹ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute.

Im Rahmen des Belegs „Vermögens- und Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute insgesamt (CBD 66)“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

² Für diese Positionen werden lediglich Daten von IFRS bzw. FINREP-Meldern dargestellt.³ Darin enthalten sind auch „Fonds für allgemeine Bankrisiken“.

Tabelle 5

Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors¹ gemäß Teil 2 und 3 CRR

	Q2 15	Q3 15	Q4 15	Q1 16	Q2 16
<i>in Mio EUR</i>					
Eigenmittel	89.541	87.298	87.793	86.768	88.942
Kernkapital	68.374	67.082	69.281	69.237	71.771
Hartes Kernkapital	67.969	66.686	68.941	68.904	71.295
Zusätzliches Kernkapital	405	396	340	332	476
Ergänzungskapital (T2)	21.167	20.216	18.512	17.531	17.172
Gesamtrisikobetrag	561.947	549.462	537.447	539.255	539.321
Risikogewichtete Forderungsbeträge für das Kredit-, Gegenparteausfall- und Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	489.240	480.184	470.837	469.741	469.100
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	30	0	2	1	2
Gesamtforderungsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	15.512	12.144	12.084	12.839	12.569
Gesamtbetrag der Risikopositionen für operationelle Risiken	51.727	52.080	50.041	51.934	53.186
Zusätzlicher Risikopositionsbeitrag aufgrund fixer Gemeinkosten ²	0	0	0	0	3
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Anpassung der Kreditbewertung	5.400	5.024	4.446	4.689	4.335
Gesamtbetrag der Risikopositionen in Bezug auf Großkredite im Handelsbuch ³	39	29	38	50	21
Sonstige Risikopositionsbeträge ⁴	0	0	0	0	104
<i>in %</i>					
Harte Kernkapitalquote (CET1)	12,10	12,14	12,83	12,78	13,22
Kernkapitalquote (T1)	12,17	12,21	12,89	12,84	13,31
Gesamtkapitalquote	15,93	15,89	16,34	16,09	16,49
<i>Anzahl</i>					
Anzahl der Banken	545	540	539	539	533

Quelle: OeNB.

¹ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Eigenmittel gemäß Teil 2 und 3 CRR auf Basis CBD (Consolidated Banking Data) 67“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Eigenmittelausstattung des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

² Nur von Investmentfirmen zu melden.

³ Artikel 92(3) Punkt (b) (ii) und 395 bis 401 CRR.

⁴ Artikel 3, 458, 459.

Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD¹

	Q2 15	Q2 16
	in Mio EUR	
Zinsergebnis	9.349	7.239
Zinsen und ähnliche Erträge	17.125	12.055
(Zinsen und ähnliche Aufwendungen)	7.776	4.816
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital) ²	0	0
Dividenderträge und Erträge aus Beteiligungen	322	307
Provisionsergebnis	3.863	3.247
Provisionserträge	5.357	4.427
(Provisionsaufwand)	1.494	1.181
Gewinne oder (–) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto	262	501
Gewinne oder (–) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto ²	–77	127
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS ²	752	4
Sonstige betriebliche Erträge	1.299	1.177
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	1.306	1.374
Betriebserträge, netto	14.463	11.228
(Verwaltungsaufwendungen)	8.025	7.264
(davon: Personalaufwendungen)	4.681	4.367
(davon: Sachaufwendungen)	3.344	2.898
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inklusive Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen)	701	823
Betriebsergebnis	5.737	3.141
(Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	1.897	376
(Sonstige Rückstellungen) ²	104	6
(Wertminderung oder (–) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	–27	–29
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert ²	31	0
Anteil des Gewinns oder (–) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ²	413	389
Gewinn oder (–) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuftem langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen ²	21	21
Außerordentliches Ergebnis	–4	–6
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	4.224	3.191
(Ertragssteuern)	896	692
Gewinn oder (–) Verlust aus fortzuführenden Geschäften nach Steuern	3.327	2.499
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern ²	–208	779
(Fremdanteile) ²	482	386
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	2.637	2.892

Quelle: OeNB.

¹ Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten der Bankkonzerne und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute.

Im Rahmen des Belegs „Vermögens- und Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute insgesamt (CBD 66)“ werden quartalsweise konsolidierte (Bankkonzerne) und unkonsolidierte Daten (Einzelkreditinstitute) zu einer einheitlichen Darstellung der Vermögens- und Ertragslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen automatisiert zusammengeführt.

² Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Anmerkung: Abzugsposten sind in Klammern dargestellt.

Tabelle 7

Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)

	2013		2014		2015		Q1 16		Q2 16	
	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	553	0,3	559	0,4	523	0,3	528	0,3	516	0,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	454	0,3	430	0,3	352	0,2	376	0,2	402	0,2
Herstellung von Waren	22.571	13,8	21.887	14,0	21.712	13,6	21.625	13,0	21.911	13,2
Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	6.334	3,9	6.653	4,3	6.312	4,0	6.126	3,7	6.101	3,7
Bau	10.308	6,3	10.574	6,8	10.464	6,6	10.547	6,4	10.653	6,4
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	17.256	10,6	16.347	10,5	15.766	9,9	15.821	9,5	15.333	9,2
Beherbergung und Gastronomie	7.480	4,6	6.942	4,4	7.130	4,5	6.940	4,2	7.085	4,3
Verkehr und Lagerei	9.566	5,8	7.347	4,7	7.528	4,7	7.260	4,4	7.432	4,5
Information und Kommunikation	1.531	0,9	1.450	0,9	1.469	0,9	1.383	0,8	1.282	0,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	52.337	32,0	51.168	32,7	53.230	33,4	53.614	32,3	53.435	32,1
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	12.565	7,7	11.939	7,6	12.132	7,6	19.143	11,5	19.219	11,6
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	5.999	3,7	5.782	3,7	5.103	3,2	5.012	3,0	4.971	3,0
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	3.149	1,9	1.628	1,0	1.601	1,0	1.646	1,0	1.652	1,0
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.607	1,0	1.293	0,8	1.413	0,9	1.419	0,9	1.436	0,9
Solidarkreditnehmergruppen	11.823	7,2	12.330	7,9	14.481	9,1	14.609	8,8	14.828	8,9
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	163.533	100	156.329	100	159.216	100	166.049	100	166.258	100
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	163.533	20,8	156.329	20,2	159.216	21,0	166.049	22,0	166.258	22,3
Sonstige inländische Kreditnehmer	25.992	3,3	26.160	3,4	27.329	3,6	27.196	3,6	27.368	3,7
Öffentlicher Sektor	59.085	7,5	69.395	9,0	68.870	9,1	68.673	9,1	68.596	9,2
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	245.107	31,2	223.650	28,9	222.484	29,4	208.118	27,5	204.121	27,3
Ausland¹	164.850	21,0	164.021	21,2	154.890	20,4	152.435	20,2	149.787	20,1
Euroraum ohne Österreich	126.189	16,1	134.360	17,4	125.193	16,5	133.876	17,7	130.763	17,5
Summe Kredite gem. ZKR – alle Sektoren	784.755	100	773.915	100	757.983	100	756.346	100	746.894	100

Quelle: OeNB.

¹ Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt

	2013		2014		2015		Q1 16		Q2 16	
	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % ¹
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	549	99,3	553	98,9	516	98,7	521	98,7	508	98,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	436	96,0	412	95,8	331	94,0	356	94,7	382	95,0
Herstellung von Waren	21.271	94,2	20.586	94,1	20.302	93,5	20.216	93,5	20.490	93,5
Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	5.894	93,1	6.077	91,3	5.772	91,4	5.654	92,3	5.638	92,4
Bau	9.954	96,6	10.251	96,9	10.157	97,1	10.237	97,1	10.332	97,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	15.787	91,5	15.129	92,5	14.613	92,7	14.689	92,8	14.233	92,8
Beherbergung und Gastronomie	7.292	97,5	6.695	96,4	6.929	97,2	6.728	96,9	6.857	96,8
Verkehr und Lagerei	7.529	78,7	5.826	79,3	5.940	78,9	5.659	77,9	5.771	77,7
Information und Kommunikation	1.187	77,5	1.111	76,6	1.086	73,9	1.059	76,6	1.005	78,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	49.829	95,2	48.139	94,1	50.150	94,2	50.772	94,7	50.785	95,0
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	11.648	92,7	10.899	91,3	11.223	92,5	17.561	91,7	17.673	92,0
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	5.442	90,7	5.184	89,7	4.496	88,1	4.420	88,2	4.379	88,1
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	2.772	88,0	1.370	84,2	1.359	84,9	1.385	84,1	1.398	84,6
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.481	92,2	1.195	92,4	1.301	92,1	1.295	91,3	1.318	91,8
Solidarkreditnehmergruppen	11.752	99,4	12.266	99,5	14.406	99,5	14.510	99,3	14.734	99,4
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	152.824	93,5	145.692	93,2	148.581	93,3	155.063	93,4	155.502	93,5
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	152.824	93,5	145.692	93,2	148.581	93,3	155.063	93,4	155.502	93,5
Sonstige inländische Kreditnehmer	25.659	98,7	25.877	98,9	27.076	99,1	26.951	99,1	27.135	99,1
Öffentlicher Sektor	52.484	88,8	61.332	88,4	60.770	88,2	60.722	88,4	60.665	88,4
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	227.140	92,7	200.815	89,8	199.415	89,6	185.674	89,2	181.409	88,9
Ausland ²	156.464	94,9	149.222	91,0	141.480	91,3	138.903	91,1	136.356	91,0
Euroraum ohne Österreich	104.879	83,1	106.786	79,5	99.527	79,5	107.838	80,6	104.701	80,1
Summe Kredite gem. ZKR – Kreditinstitute insgesamt	719.451	91,7	689.724	89,1	676.848	89,3	675.151	89,3	665.768	89,1

Quelle: OeNB.

¹ Bezogen auf alle Sektoren (siehe Tabelle 7).² Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Tabelle 9

Sonstige Finanzintermediäre

	2013	2014	2015	Q4 14	Q1 15	Q2 15	Q3 15	Q4 15	Q1 16	Q2 16
<i>in Mio EUR</i>										
Investmentfonds										
Bereinigtes Fondsvolumen (abzüglich der „Fonds-in-Fonds“-Veranlagungen)	128.444	138.642	143.249	138.642	147.992	144.919	140.329	143.249	141.982	143.294
Veränderung des bereinigten Fondsvolumens	6.338	14.460	9.053	3.935	10.416	1.270	364	4.943	497	1.969
Bereinigte Nettomittelveränderung	345	2.989	3.960	848	2.323	953	2	682	-1.019	282
Kapitalveränderung durch Ausschüttungen zum Ex-Tag	2.362	2.130	2.223	1.144	533	317	362	1.011	373	281
Kapitalveränderung durch Kurswertveränderungen und Erträge	3.631	9.341	2.870	1.943	7.560	-3.709	-4.230	3.250	124	1.406
Pensionskassen										
Vermögensbestand	17.299	19.059	19.527	19.059	20.190	19.951	19.218	19.697	19.680	19.890
in Euro	16.870	18.543	19.023	18.543	19.629	19.430	18.752	19.193	19.198	19.359
in Fremdwährung	429	516	504	516	561	521	467	504	481	531
Inländische Investmentzertifikate	13.522	15.450	16.276	15.450	17.048	16.788	16.011	16.445	16.292	16.191
Ausländische Investmentzertifikate	1.928	2.364	2.081	2.364	1.948	1.925	1.945	2.081	2.270	2.621
Versicherungen										
Inländische Rentenwertpapiere	17.150	17.046	15.940	16.821	16.813	15.958	16.052	15.939	15.908	15.995
Ausländische Rentenwertpapiere	27.429	30.231	30.667	30.477	30.423	30.661	30.601	30.666	31.771	32.144
Inländische Anteilswerte und sonstige inländische Wertpapiere	28.067	27.096	27.176	26.987	27.973	27.802	26.704	27.143	26.901	26.947
Ausländische Anteilswerte und sonstige ausländische Wertpapiere	5.653	6.055	6.426	6.114	6.364	6.322	6.427	6.411	6.328	6.370
Summe der Aktiva	110.748	113.604	113.704	113.662	115.980	115.217	114.835	114.495	115.499	115.024

Quelle: OeNB.

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen im zweiten Quartal 2016

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Bestände in Mio EUR										
Geldvermögen										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR)	x	12.732	12.732	x	x	x	x	x	x	2.184
Bargeld	1.380	3.398	3.396	0	0	2	0	21.757	0	3.991
Täglich fällige Einlagen	42.974	87.845	69.102	6.608	9.402	2.354	379	111.420	4.247	70.765
Sonstige Einlagen	17.047	183.229	174.817	2.300	3.921	2.108	82	116.838	1.898	67.597
Kurzfristige Kredite	29.151	73.816	69.626	2	2.379	1.809	0	990	0	18.942
Langfristige Kredite	90.195	390.497	366.022	14	19.869	4.592	0	847	46	77.563
Handelskredite	46.232	11	0	0	11	0	0	7	0	17.505
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	23	3.140	2.635	471	14	20	1	1.074	1	10.103
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	6.818	315.940	171.055	84.700	3.299	56.428	458	34.378	1.683	339.115
Börsennotierte Aktien	20.423	42.059	3.797	20.457	16.832	973	0	19.120	703	34.399
Nicht börsennotierte Aktien	40.957	107.464	30.720	145	69.214	7.349	36	2.852	7	36.351
Investmentzertifikate	10.097	132.691	14.761	50.354	14.736	33.587	19.253	52.057	2.499	19.560
Sonstige Anteilsrechte	160.235	109.725	28.462	1.494	73.673	6.096	0	109.069	1.292	161.727
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	71.770	x	2.089
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	6.812	5.865	0	0	0	5.865	0	12.651	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	39.544	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	5.559	17.604	9.702	45	6.207	1.611	39	16.005	22	12.059
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	477.906	1.486.016	956.827	166.591	219.558	122.793	20.247	610.379	12.397	873.949

Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

Geldvermögensbildung										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR)	x	0	0	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	29	499	499	0	0	-1	0	670	0	565
Täglich fällige Einlagen	4.478	3.412	3.168	-363	506	210	-109	14.132	383	-940
Sonstige Einlagen	564	-14.956	-15.120	190	-195	203	-34	-5.594	-156	-318
Kurzfristige Kredite	-2.544	-3.845	-3.271	2	-368	-209	0	3	0	-496
Langfristige Kredite	1.460	7.772	8.772	6	-774	-214	-17	36	0	4.208
Handelskredite	3.572	-6	-1	0	-5	0	0	6	0	2.337
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-22	-2.211	-2.138	-37	2	-36	-1	70	1	-2.980
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-583	11.203	12.598	-2.383	153	861	-26	-2.128	-94	-9.093
Börsennotierte Aktien	8	-371	209	-41	-502	-36	0	997	-5	1.261
Nicht börsennotierte Aktien	298	-26.441	1.260	21	-27.285	-441	5	106	-10	634
Investmentzertifikate	-54	4.212	271	2.583	1.238	-475	594	2.783	105	-193
Sonstige Anteilsrechte	9.657	395	-702	-170	1.853	-586	0	554	4	-24.400
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-847	x	-87
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	236	-65	0	0	0	-65	0	437	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	600	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-898	-3.542	-2.807	333	-1.050	-14	-4	928	-13	-2.967
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	16.201	-23.945	2.737	140	-26.426	-804	407	12.756	215	-32.468
Nettogeldvermögen	-248.636	20.543	34.556	-3.023	-18.550	6.924	636	433.938	9.831	-5.760
Finanzierungssaldo	1.619	1.178	1.431	-1.436	1.957	-810	35	9.013	108	-9.731

Quelle: OeNB.

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten im zweiten Quartal 2016

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Bestände in Mio EUR										
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) ¹	x	2.184	2.184	x	x	x	x	x	x	12.732
Bargeld	x	29.987	29.987	x	x	x	x	x	x	692
Täglich fällige Einlagen	x	308.626	308.626	x	x	x	x	x	x	29.862
Sonstige Einlagen	x	310.775	310.775	x	x	x	x	x	x	87.906
Kurzfristige Kredite	45.674	14.182	0	668	11.520	1.987	7	11.761	370	51.261
Langfristige Kredite	227.337	36.205	0	69	35.046	1.089	1	163.429	2.125	123.726
Handelskredite	44.850	4	0	0	4	0	0	21	1	18.693
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	481	7.369	7.369	x	0	0	0	x	x	2.541
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	43.638	170.212	152.975	0	13.191	4.046	0	x	x	202.305
Börsennotierte Aktien	62.962	19.112	14.989	x	285	3.838	x	x	x	42.906
Nicht börsennotierte Aktien	38.606	73.452	57.069	512	7.793	7.895	183	x	x	99.658
Investmentzertifikate	x	168.374	90	168.284	0	0	x	x	x	57.648
Sonstige Anteilsrechte	236.693	178.541	19.593	59	157.720	1.169	0	x	29	128.797
Lebensversicherungsansprüche	x	69.872	x	x	0	69.872	x	x	x	3.986
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	22.474	x	x	0	22.474	x	x	x	2.853
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	10.794	28.613	7.169	x	0	2.024	19.420	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	15.506	25.492	11.444	21	12.552	1.475	0	1.231	41	14.142
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	726.542	1.465.473	922.271	169.614	238.108	115.869	19.611	176.442	2.566	879.709

Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Finanzierung										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) ¹	x	0	0	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	x	1.542	1.542	x	x	x	x	x	x	254
Täglich fällige Einlagen	x	25.585	25.585	x	x	x	x	x	x	-3.511
Sonstige Einlagen	x	-18.775	-18.775	x	x	x	x	x	x	-2.273
Kurzfristige Kredite	-723	-943	0	-247	-655	-42	0	-1.002	-55	-2.920
Langfristige Kredite	4.636	1.628	0	-45	1.410	263	0	4.857	156	2.050
Handelskredite	6.081	-7	-7	0	0	0	0	-8	0	335
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	62	-583	-583	x	0	0	0	x	x	-927
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	2.770	-11.146	-7.975	x	-3.667	496	0	x	x	-1.698
Börsennotierte Aktien	222	97	124	x	-27	0	0	x	x	1.555
Nicht börsennotierte Aktien	-488	754	723	x	102	-70	0	x	x	-26.069
Investmentzertifikate	x	1.522	-32	1.553	0	0	0	x	x	5.610
Sonstige Anteilsrechte	3.771	-25.176	1.497	-2	-26.637	-34	0	x	3	8.463
Lebensversicherungsansprüche	x	-1.231	0	x	0	-1.231	0	x	x	297
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	619	0	x	0	619	0	x	x	-12
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-82	690	225	x	0	94	372	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-1.667	301	-1.017	317	1.090	-90	0	-104	2	-3.892
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	14.583	-25.124	1.306	1.576	-28.383	5	372	3.743	106	-22.737
Nettogeldvermögen	-248.636	20.543	34.556	-3.023	-18.550	6.924	636	433.938	9.831	-5.760
Finanzierungssaldo	1.619	1.178	1.431	-1.436	1.957	-810	35	9.013	108	-9.731

Quelle: OeNB.

¹ Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslands gegenübergestellt wird.

Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global

		2013	2014	2015	Q3 15	Q4 15	Q1 16	Q2 16
		<i>in Mio EUR</i>						
Leistungsbilanz	Netto	6.295	7.895	6.277	1.064	730	5.182	414
	Credit	195.905	201.600	213.747	53.795	54.508	55.020	52.586
	Debet	189.610	193.705	207.470	52.731	53.777	49.837	52.172
Güter	Netto	-995	1.039	1.498	44	-407	369	897
	Credit	123.695	124.975	128.149	32.160	32.530	31.417	32.807
	Debet	124.691	123.936	126.652	32.116	32.937	31.048	31.910
Dienstleistungen	Netto	10.190	9.409	10.015	1.931	2.027	5.836	653
	Credit	48.611	50.708	52.395	13.581	13.085	15.189	11.500
	Debet	38.420	41.299	42.380	11.650	11.057	9.353	10.847
Primäreinkommen	Netto	1.017	697	-1.852	-513	-326	-54	-377
	Credit	20.970	23.132	28.800	6.949	7.523	7.295	7.270
	Debet	19.953	22.435	30.652	7.462	7.848	7.349	7.647
Sekundäreinkommen	Netto	-3.917	-3.250	-3.384	-398	-564	-969	-759
	Credit	2.629	2.785	4.403	1.105	1.371	1.118	1.010
	Debet	6.546	6.035	7.787	1.503	1.934	2.087	1.769
Vermögensübertragungen	Netto	-489	-352	-1.679	-1.568	-163	-275	-649
	Credit	82	175	558	137	111	66	87
	Debet	571	527	2.237	1.705	275	342	736
Kapitalbilanz	Netto	10.923	2.604	5.252	2.565	1.050	6.679	-577
Direktinvestitionen i.w.S.	Netto	7.885	-1.973	6.480	2.540	1.801	3.827	-2.669
Forderungen	Netto	8.200	-551	10.334	3.956	28	-21.352	1.097
Verpflichtungen	Netto	315	1.422	3.854	1.416	-1.773	-25.179	3.765
Direktinvestitionen i.e.S.	Netto	7.418	-3.999	5.977	2.365	1.621	3.804	163
Im Ausland	Netto	11.725	-547	8.570	2.014	1.602	5.057	-58
In Österreich	Netto	4.308	3.452	2.593	-351	-19	1.253	-221
Portfolioinvestitionen	Netto	-2.193	12.452	13.412	4.890	2.726	-446	9.208
Forderungen	Netto	2.231	7.243	734	-1.130	548	901	3.113
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	3.108	3.552	5.098	174	3.090	1.449	1.793
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	-2.055	4.639	-3.592	-2.422	-1.086	-300	1.288
Geldmarktpapiere	Netto	1.178	-948	-772	1.118	-1.456	-247	32
Verpflichtungen	Netto	4.424	-5.209	-12.678	-6.019	-2.178	1.348	-6.095
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	1.315	676	1.242	-167	215	-85	259
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	1.773	-5.761	-9.805	-6.797	-482	1.831	-4.738
Geldmarktpapiere	Netto	1.336	-124	-4.115	945	-1.911	-398	-1.616
Sonstige Investitionen	Netto	8.645	-8.618	-13.810	-3.634	-1.935	2.656	-7.363
Forderungen	Netto	-3.461	-18.113	-16.637	-1.547	-8.715	9.457	-6.274
davon Handelskredite	Netto	29	-191	-507	-148	-801	476	193
davon Kredite	Netto	3.754	-3.644	-1.828	-2.680	1.552	275	-673
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-8.544	-15.040	-14.329	1.080	-9.840	8.471	-5.722
Verpflichtungen	Netto	-12.106	-9.495	-2.827	2.087	-6.780	6.801	1.089
davon Handelskredite	Netto	202	-315	799	544	-89	237	403
davon Kredite	Netto	-279	-92	3.994	1.099	1.810	-331	-465
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-12.261	-9.007	-7.575	440	-8.621	6.888	1.119
Finanzderivate	Netto	-3.810	-1.386	-521	-999	-1.430	107	-526
Offizielle Währungsreserven	Netto	395	2.129	-309	-233	-111	536	773
Statistische Differenz	Netto	5.116	-4.939	654	3.069	483	1.772	-342

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2013 endgültige Daten, 2014 und 2015 revidierte Daten, 2016 provisorische Daten.

Tabelle 13

Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland

	Q3 14 – Q2 15			Q3 15 – Q2 16		
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto
	<i>in Mio EUR</i>					
Dienstleistungen	51.858	41.864	9.994	53.355	42.907	10.447
Gebühren für Lohnveredelung	857	1.922	-1.067	914	1.919	-1.005
Reparaturdienstleistungen	487	580	-91	537	646	-108
Transport	12.604	12.944	-341	12.939	13.086	-148
Internationaler Personentransport	1.853	1.853		1.771	1.747	23
Frachten	8.789	9.897	-1.108	9.114	10.138	-1.024
Transporthilfsleistungen	1.475	896	581	1.524	856	667
Post- und Kurierdienste	486	297	190	529	344	185
Reiseverkehr	16.172	8.163	8.011	16.974	8.317	8.656
Geschäftsreisen	2.302	1.425	875	2.392	1.462	929
Urlaubsreisen	13.871	6.736	7.135	14.582	6.855	7.728
Bauleistungen	658	747	-90	690	661	29
Versicherungsdienstleistungen	598	901	-302	488	970	-482
Finanzdienstleistungen	2.423	1.422	1.002	2.343	1.683	662
Finanzdienstleistungen im engeren Sinn	1.040	758	282	990	794	197
unterstellte Bankgebühr (FISIM)	1.383	664	719	1.353	889	464
Patente, Lizenzen, Franchise und Handelsmarken	829	1.340	-509	850	1.452	-603
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	5.078	3.500	1.581	5.273	3.578	1.693
Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	11.256	9.324	1.931	11.440	9.573	1.868
Forschungs- und Entwicklungsleistungen	1.858	667	1.190	1.861	780	1.082
Rechts- und Wirtschaftsdienste, Werbung und Marktforschung	3.022	3.493	-469	3.001	3.512	-511
Technische Dienstleistungen	3.306	1.742	1.564	3.262	1.560	1.704
Dienstleistungen für Landwirtschaft, Bergbau und Recycling	71	70	1	75	60	15
Operational Leasing	486	197	288	580	228	352
Handelsleistungen	944	1.101	-157	920	1.099	-179
Übrige unternehmensbezogene Dienstleistungen	1.569	2.054	-486	1.742	2.336	-593
Dienstleistungen für persönliche Zwecke, für Kultur und Erholung	419	925	-506	418	929	-509
Regierungsleistungen, a.n.g.	474	98	376	486	92	396
Dienstleistungsverkehr nach Regionen						
EU-28	39.277	32.860	6.417	40.624	34.142	6.482
davon Euroraum-19	31.169	23.942	7.226	32.210	24.618	7.592
davon Deutschland	20.902	13.218	7.684	21.553	13.354	8.201
davon Italien	2.573	2.331	240	2.596	2.516	80
davon Vereinigtes Königreich	2.035	1.815	219	2.176	2.055	122
davon Ungarn	1.352	1.383	-31	1.390	1.358	33
Extra-EU-28	12.580	9.003	3.576	12.730	8.764	3.966
davon Schweiz	3.586	1.950	1.636	3.838	1.901	1.936
davon USA	1.532	1.460	71	1.600	1.454	146
davon Russische Föderation	1.031	685	346	857	652	204
davon China	552	334	218	641	345	297

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2013 endgültige Daten, 2014 und 2015 revidierte Daten, 2016 provisorische Daten.

Transaktionen Aktiver Direktinvestitionen

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
	<i>in Mio EUR</i>									
nach Komponenten										
Transaktionen	Netto	26.186	19.598	7.917	7.237	15.763	10.203	11.725	-547	8.570
Eigenkapital	Netto	23.580	14.484	7.846	3.239	12.341	5.523	7.268	-3.040	3.081
Neuinvestitionen (+)	Netto	29.498	19.570	20.364	12.499	21.981	20.457	20.310	32.554	13.886
Desinvestitionen (-)	Netto	5.919	5.087	12.518	9.260	9.640	14.934	13.042	35.595	10.805
Reinvestierte Gewinne	Netto	6.376	1.937	544	2.210	2.091	947	1.306	-1.114	3.492
Sonstiges DI-Kapital ¹	Netto	-3.770	3.178	-473	1.788	1.332	3.733	3.152	3.607	1.997
Forderungen (+)	Netto	3.025	3.288	1.755	1.697	-1.261	1.415	4.502	3.263	1.912
Verbindlichkeiten (-)	Netto	6.795	110	2.228	-90	-2.592	-2.318	1.351	-345	-85
nach Zielregion										
Global		26.186	19.598	7.917	7.237	15.763	10.203	11.725	-547	8.570
EU-28		19.248	11.329	3.074	1.137	7.125	3.215	9.549	1.502	4.225
Deutschland		2.757	475	1.180	673	3.476	-952	2.924	-805	303
Italien		565	432	926	131	-137	699	-949	-339	616
Vereinigtes Königreich		396	-19	80	-45	1.090	-208	1.130	-806	98
Niederlande		-1893	3758	-2157	856	-44	-4352	5335	5183	407
Ungarn		2.009	1.047	-743	136	390	227	-357	-214	-299
Tschechische Republik		1.220	1.587	217	692	371	1.400	819	356	313
Rumänien		1.310	1.012	1.000	461	744	825	789	-1.056	1.288
Extra-EU-28		6938	8269	4843	6101	8638	6988	2176	-2050	4345
Schweiz		-3056	685	-149	651	590	1294	-210	362	704
Türkei		3.276	180	586	1.251	1.676	1.540	-1.503	428	9
USA		380	245	593	165	791	537	1.602	1.115	396
Russland		3.004	1.427	985	1.235	1.386	686	917	247	13
China ⁴		182	162	419	690	624	-263	-440	-173	542
Europa		22.922	17.363	5.031	4.823	12.114	8.659	11.143	1.579	5.503
Euroraum-19		6.422	6.411	1.719	1.463	3.390	84	6.965	3.808	2.264
MOEL ³		17.566	10.002	2.990	3.168	6.165	4.928	2.464	-3.254	2.692

Transaktionen Passiver Direktinvestitionen

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
	<i>in Mio EUR</i>									
nach Komponenten										
Transaktionen	Netto	18.620	4.933	6.672	1.945	7.636	3.105	4.308	3.452	2.593
Eigenkapital	Netto	4.253	7138	3.998	1.619	7.418	1.753	5.113	3.553	1.437
Neuinvestitionen (+)	Netto	22.312	9.210	10.612	14.380	13.825	7.152	11.456	20.334	9.636
Desinvestitionen (-)	Netto	18.058	2.072	6.615	12.761	6.407	5.399	6.343	16.781	8.199
Reinvestierte Gewinne	Netto	3.743	-2.513	-1.206	964	1.839	237	-2.654	-2.564	2.728
Sonstiges DI-Kapital ²	Netto	10.623	308	3.881	-639	-1620	1114	1849	2463	-1572
Forderungen (+)	Netto	987	-641	-303	596	4.012	-279	-265	658	-710
Verbindlichkeiten (-)	Netto	11.610	-334	3577	-43	2.392	835	1.584	3.121	-2.282
nach Herkunftsregionen										
Global		18.620	4.933	6.672	1.945	7.636	3.105	4.308	3.452	2.593
EU-28		13.682	5.018	2.899	3.795	3846	2962	-939	-1771	4923
Deutschland		-8.410	4.307	-1168	-255	2490	2466	1309	-1421	2914
Italien		10.424	668	237	2418	273	-689	-1724	-2013	417
Vereinigtes Königreich		2.540	-36	-74	538	433	-325	430	-1.221	394
Niederlande		3.086	-87	176	1.340	-235	485	1.127	1.183	321
Luxemburg		2.478	72	276	134	74	147	1081	926	1053
Belgien		1.260	-198	319	238	63	-281	-311	24	-38
Spanien		-320	682	1.398	289	64	320	-66	-444	-86
Frankreich		444	42	171	197	123	110	-678	196	-265
Extra-EU-28		4.938	-85	3.773	-1.850	3.791	142	5.247	5.223	-2.330
Schweiz		-66	419	482	556	701	-355	311	-349	-103
USA		3313	-979	2784	-1441	-559	-609	-565	155	-3870
Russland		1358	-222	-46	254	591	624	3663	559	1044
Japan		-245	39	-18	-161	174	51	-30	773	294
Europa		14.727	5.430	3.251	4.400	5.990	3.061	2.954	-1.614	6.205
Euroraum-19		11.353	4.231	2.549	3.318	3.116	3.038	108	-472	4.456
MOEL ³		1213	-397	-83	24	824	603	3561	511	1186

Quelle: OeNB.

¹ Nettogewährung Konzernkredite bei Aktiven Direktinvestitionen: Nettoveränderung der Forderungen abzüglich Nettoveränderung der Verpflichtungen.² Nettogewährung Konzernkredite bei Passiven Direktinvestitionen: Nettoveränderung der Verpflichtungen abzüglich Nettoveränderung der Forderungen.³ Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.⁴ Einschließlich Hongkong.

Anmerkung: Bis 2013 endgültige Daten, 2014 und 2015 revidierte Daten.